

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

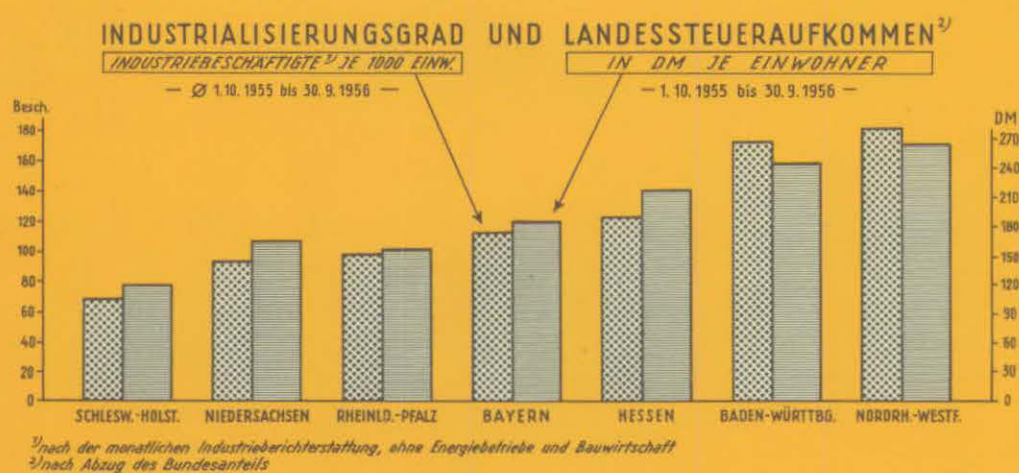
April 1958

10. Jahrgang · Heft 4



INHALT

Gesamtüberblick	73	Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1956	96
Die Bundestagswahl am 15. 9. 1957 in Schleswig-Holstein — Teil II —	75	Kurzberichte	
Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1956	84	Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1957 . .	100
Der Normalwohnungsbestand in Schleswig-Holstein	92	Tabellenteil	25*
<i>Graphik des Monats: „Die Landwirtschaft in den Bundesländern“</i>			90



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		Oktober 1956 bis Februar 1957	Oktober 1957 bis Februar 1958	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	76	70	- 9
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950=100	189	223	+ 18
Beschäftigte ²	1 000	158	167	+ 5
Umsatz ^{2 3}	Mio DM	390	477	+ 23
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mio	21	25	+ 19
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mio Std	8	7	- 9
Erteilte Baugenehmigungen ⁶	Anzahl	1 058	1 061	0
HANDEL				
Ausfuhr ⁷	Mio DM	47	67	+ 44
Einzelhandelsumsatz	1957=100	98	107	+ 9
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	2 024	2 446	+ 21
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	109	102	- 6
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	131	134	+ 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	123	125	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51=100	126	132	+ 5
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1950=100	114	118	+ 4
Ernährung	1950=100	120	125	+ 4
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mio DM	873 ^a	858 ^a	- 2
Abnahme	Mio DM	10 ^a	3 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹¹				
Bestand	Mio DM	1 512 ^a	1 802 ^a	+ 19
Zunahme	Mio DM	22 ^a	30 ^a	x
Spareinlagen ¹²				
Bestand	Mio DM	696 ^a	857 ^a	+ 23
Zunahme	Mio DM	12 ^a	20 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mio DM	28	30	+ 6
Landessteuern ¹⁴	Mio DM	35	35	+ 1

1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 7) 1957/58 vorläufiges Ergebnis 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni Neuberechnung; siehe "Wirtschaft und Statistik" Heft 7, Juli 1956, Seite 352 9) 4-Personen-Arbeitnehmerhaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinkommen 10) an die Nichtbankenlandschaft 11) an die Nichtbankenlandschaft; einschl. durchlaufender Kredite
12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet (Oktober bis Januar)

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

April 1958



10. Jahrgang · Heft 4

Gesamtüberblick*

ENDE 1957 NOCH 41 700 LAGERBEWOHNER

Am Jahresende 1957 wurden in Schleswig-Holstein 399 Wohnlager gezählt gegenüber 449 am 30. Juni 1957. Von den Lagern waren 257 anerkannte Vertriebenenlager (am 30. Juni 1957 = 282), 8 Lager heimatloser Ausländer und 134 nicht anerkannte Lager. In den 399 Lagern wohnten rund 41 700 Personen. Die Zahl der Lagerbewohner hat sich im letzten halben Jahr um 6 300 verringert.



WEITERER RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die jahreszeitliche Entlastung des Arbeitsmarktes, die im März eingesetzt hat, setzte sich im April verstärkt fort. Ende April wurden rund 47 000 Arbeitslose gezählt, das waren 25 000 weniger als Ende März. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt ein durchaus günstiges Bild; vor einem Jahr waren zum gleichen Zeitpunkt noch 12 000 Personen mehr arbeitslos.

Am 31. 3. 1958 ermittelte das Landesarbeitsamt rund 714 000 beschäftigte Arbeitnehmer; davon waren 241 000 (34 %) weiblich.



12 300 AUSLÄNDER POLIZEILICH GEMELDET

Die Zahl der polizeilich gemeldeten Ausländer war am 31. 12. 1957 mit rund 12 300 gegenüber dem Vorjahre etwa unverändert.

*) Angaben für den Bund jeweils ohne Saarland und Berlin (West)



ZUNAHME DES UMSATZES, ABNAHME DER BESCHÄFTIGTENZAHL

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ging im März um rund 1 400 auf 161 300 zurück, während im Vorjahr zur gleichen Zeit schon eine Zunahme um rund 1 000 zu verzeichnen war; dennoch liegt die Beschäftigtenzahl noch um rund 5 000 höher als im März des Vorjahres.

Der Umsatz stieg um 36 Mio DM auf 446 Mio DM; er war um rund 29 Mio DM grösser als im März 1957.



ERNEUTER PREISANSTIEG IM WOHNUNGSBAU

Die Preise im Wohnungsbau, die von Mai bis November 1957 ziemlich stabil waren, haben von November 1957 bis Februar 1958 erneut angezogen. Der Preisindex für den Wohnungsbau ist in dieser Zeit um 1,3 % auf 257,8 (1936 = 100) in Kiel und 253,8 in Lübeck angestiegen. Hierfür war im wesentlichen die Erhöhung der Lohnkosten durch die Einführung einer Zusatzversorgung

für das Baugewerbe ab Januar 1958 massgeblich. Daneben haben sich auch die Preise für Handwerkerarbeiten allgemein weiter erhöht.



229 BERUFSBILDENDE SCHULEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Am 15. 11. 1957 gab es in Schleswig-Holstein 229 berufsbildende Schulen, und zwar 61 Berufsschulen, 70 Berufsfachschulen¹, 90 Fachschulen², 6 Ingenieurschulen und 2 Pädagogische Hochschulen.

Diese Schulen wurden von rund 100 700 Schüler bzw. Studierenden besucht, das sind fast soviel wie im Vorjahr.



STRASSENVERKEHRsunFÄLLE MIT PERSONENSCHADEN ZURÜCKGEGANGEN

Die Zahl der Strassenverkehrsunfälle mit Personenschaden ist im März 1958 gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel auf 546 zurückgegangen. Dabei wurden 666 Personen verletzt (- 20%). 16 Personen wurden getötet, 14 weniger als im März 1957. Insgesamt wurden im März 1 871 Strassenverkehrsunfälle von der Polizei registriert (+ 12 %).



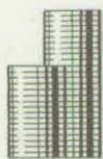
WENIGER TBC-FÜRSORGEFÄLLE

Am 31. 12. 1957 wurden von den Gesundheitsämtern der kreisfreien Städte und Landkreise 24 775 (Vorjahr 26 366) Tuberkulose-Fürsorgefälle erfasst. Auf 10 000 Einwohner entfielen 1957 109 Fürsorgefälle gegenüber 117 am 31. 12. 1956. Damit setzte sich der seit dem Jahre 1950 festgestellte Rückgang der Tbc-Fürsorgefälle weiter fort. Auch die Zahl der Neuerkrankungen ist in diesem Zeitraum zurückgegangen.



HOHE MILCHLEISTUNG

Mit einer Tagesmilchleistung von 10,2 kg je Kuh wurde für den Monat Februar die bisher höchste Milchleistung erzielt. Sie ist gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1957 um 11 % gestiegen.



525 DM JE SCHÜLER

Die "unmittelbaren Ausgaben" des Landes und der Gemeinden für Volks- und Hilfsschulen betragen im Rechnungsjahr 1956 rund 131 Mio DM. Diese Aufwendungen wurden für 249 344 Schüler verausgabt. Danach entfallen auf einen Schüler 525 DM (Rechnungs-

1) Schulen, die ersatzweise anstelle einer Berufsschule besucht werden

2) Schulen, die der beruflichen Fortbildung dienen und nicht als Hochschulen anerkannt sind

jahr 1955 = 448 DM). Die Steigerung des je-Schüler-Betrages gegenüber dem Rechnungsjahr 1955 betrug 17 %. Die absolute Erhöhung der "unmittelbaren Ausgaben" nur 13 %.



AUSFUHRSTEIGERUNG UM 24 %

Für die letzten 12 Monate (März 1957 bis Februar 1958) ergibt sich gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum eine Ausfuhrsteigerung um 24 %.



GEMEINDESTEUERAUFKOMMEN WEITERHIN STEIGEND

Im 4. Rechnungsvierteljahr 1957 (1.1. - 31.3.1958) erreichten die kassenmässigen Einnahmen aus Gemeindesteuern eine Höhe von 56,0 Mio DM. Sie lagen damit nur unwesentlich höher (+ 0,9 %) als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Im Rechnungsjahr 1957 beliefen sich die Gesamteinnahmen auf 219,7 Mio DM, darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 110,7 Mio DM. Gegenüber dem Vorjahre erhöhten sich die Einnahmen um 14,8 Mio DM (+ 7,2 %), darunter 10,0 Mio DM Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer (+ 9,9 %).



HÖHERE WOCHEN- UND MONATSVERDIENSTE IN INDUSTRIE UND BAUGEWERBE

In Industrie und Baugewerbe leisteten die männlichen Arbeiter im Februar 1958 durchschnittlich 45,9 Wochenstunden (das sind 0,2 weniger als im Februar 1957) und die Frauen 43,9 Wochenstunden (- 0,8). Dabei verdienten die Männer im Durchschnitt 2,38 DM brutto je Stunde und die Frauen 1,47 DM (13,0 % bzw. 11,6 % mehr als im Februar 1957), so dass sich ein durchschnittlicher Bruttowochenverdienst von 112 DM bei den Männern und von 65 DM bei den Frauen ergab (13,7 % bzw. 9,9 % höher als im Februar 1957).

Die Angestellten in Industrie und Baugewerbe verdienen durchschnittlich im Februar 1958

	männlich	weiblich
kaufmännische Angestellte	580 DM	377 DM
technische Angestellte	688 DM	399 DM

Diese Monatsgehälter liegen für die kaufmännischen Angestellten um 6,4 % bzw. 5,0 % höher als im Februar 1957, für die technischen Angestellten um 8,3 % bzw. 0,3 % höher.

Im Handel verdienten die männlichen kaufmännischen Angestellten durchschnittlich 535 DM, die weiblichen 328 DM, das sind 8,1 % bzw. 7,9 % mehr als im Februar 1957.

Unter der Voraussetzung, dass die Stimmabgabe bei einer am selben Tage stattgefundenen Landtagswahl die gleiche wie zur Bundestagswahl gewesen wäre, hätte sich bei einer Umrechnung der Bundeswahlergebnisse auf Landtagswahlkreise eine Sitzverteilung von 39 Sitzen (darunter 4 Überhangsmandate) für die CDU, 23 für die SPD, 6 für den GB/BHE, 4 für die FDP und 1 für die SSW ergeben. – Bei einer Umrechnung auf die politischen Kreise zeigt sich, dass der Stimmenanteil der SPD in den 7 nördlichen Kreisen (Flensburg-Stadt, Flensburg-Land, Südtondern, Husum, Eiderstedt, Schleswig und Eckernförde) mit 21,5 % erheblich niedriger liegt als in den übrigen 14 südlichen Kreisen (33,7 %). Der Anteil der CDU ist in den nördlichen Kreisen nur wenig geringer (46,6 %) als in den südlichen Kreisen (47,9 %). – Bei einer Umrechnung auf die Gemeindegrößenklassen tritt zutage, dass der Stimmenanteil der CDU mit wachsender Gemeindegrößenklasse abnimmt. So erreichte die CDU in den Gemeinden bis unter 2 000 Einwohner mit 54,4 % ihren höchsten Stimmenanteil. Bei der SPD liegen die Verhältnisse umgekehrt. Ihr Stimmenanteil ist in den kleinsten Gemeinden am geringsten und steigt mit wachsender Größenklasse an. Eine Ausnahme hierbei stellen jedoch die 4 kreisfreien Städte dar, in denen die CDU einen beachtlich hohen Stimmenanteil hat. – Wie zur Bundestagswahl 1953 wurde auch 1957 wieder in einzelnen ausgewählten Wahlbezirken die Wahl nach Geschlecht und Altersgruppen getrennt festgehalten. Von rund 64 800 in die Stichprobe einbezogenen Wahlberechtigten waren rund 56 % Frauen und rund 44 % Männer. 12 von jeweils 100 Wahlberechtigten blieben der Wahl fern. Der Anteil der Nichtwähler war bei den Frauen mit rund 13 % höher als bei den Männern mit rund 10 %. Das geringste Interesse an der Wahl zeigten die 21- bis unter 25jährigen, also die sogenannten Jungwähler. Mit steigendem Alter nimmt die Wahlbeteiligung aber stark zu. So gab es bei den 50- bis 60jährigen nur 8 % Nichtwähler, während es bei den Jungwählern rund 22 % waren. Bei der Stimmabgabe bevorzugten die Frauen die CDU in stärkerem Masse als die Männer, während umgekehrt die Männer sowohl bei der SPD als auch bei der FDP und DP einen grösseren Stimmenanteil verzeichneten. Von rund 54 000 Stimmzetteln mit jeweils 2 gültigen Stimmen (Erst- und Zweitstimme), mit also insgesamt rund 108 000 Stimmen, wurden rund 51 300 Stimmzettel mit 102 600 Stimmen einheitlich für eine Partei abgegeben. Nur rund 2,76% Stimmzettel trugen das Votum für zwei verschiedene Parteien.

Die Bundestagswahl am 15. 9. 1957 in Schleswig-Holstein

Teil II. Umgerechnete Ergebnisse und Ergebnisse einer repräsentativen Wahlfeststellung

Im Novemberheft des 9. Jahrganges der Statistischen Monatshefte wurden bereits Ergebnisse der Bundestagswahl veröffentlicht. Bei der allgemeinen Bedeutung und dem Interesse, das Wahlergebnissen entgegengebracht wird, erscheint es gerechtfertigt, wenn im folgenden noch einige weitere Ausführungen zu diesem Thema dargebracht werden.

A. Umrechnungen der Bundeswahlergebnisse

1. Die Umrechnung der Bundeswahlergebnisse auf Landtagswahlkreise

Bei einer Umrechnung der Bundeswahlergebnisse auf Landtagswahlkreise ist zu beachten, daß die Bundeswahlergebnisse den Willen des Wählers hinsichtlich der Zusammensetzung des Bundestages wiedergeben. Eine Landtagswahl zum gleichen Zeitpunkt würde mit großer Wahrscheinlichkeit ein anderes Meinungsbild des Wählers wiedergegeben haben, da bei einer Landtagswahl im allgemeinen Fragen des Landes und der Landespolitik im Vordergrund des Wahlkampfes stehen, bei einer Bundestagswahl aber neben den innenpolitischen Momenten auch außenpolitische Meinungen an den Wähler herangetragen werden. Allerdings wird kaum festzustellen sein, ob und in welchem Umfang die Wähler auf diese verschiedenen Wahlebenen reagieren. Die Chancen einer kleineren oder mehr regional begrenzten Partei sind überdies bei einer Bundestagswahl geringer als bei einer Landtagswahl. Der diese Chancen abwägende Wähler könnte bei seiner Stimmenabgabe diese Tatsache berücksichtigt haben und in dem Bestreben, seine Stimme mit Sicherheit zum Zuge kommen zu lassen, diese einer der beiden großen Parteien gegeben haben. Gleichwohl soll

dem Interesse, daß einer derartigen Umrechnung stets und mit Recht beigelegt wird, im folgenden nachgekommen werden!

Von einigem Interesse hinsichtlich der in diesem Jahr stattfindenden Landtagswahlen dürfte die auf jeden Landtagswahlkreis entfallende Zahl der Wahlberechtigten sein.

Die Wahlkreiseinteilung zur Landtagswahl wurde vor der letzten Landtagswahl im Jahre 1954 vorgenommen. Infolge der Bevölkerungsver-schiebung, die sich seitdem ergeben hat, veränderte sich die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Landtagswahlkreisen unterschiedlich stark. Ihre durchschnittliche Zahl sank in der Zeit von 1954 bis 1957 von 36 877 auf 36 695 Wahlberechtigte - ohne die ausgegebenen, aber einschließlich der abgegebenen Wahlscheine - dies entspricht einer durchschnittlichen Abnahme von 0,5%.

Innerhalb der Wahlkreise sind die prozentualen Veränderungen jedoch größer gewesen. Der größte Wahlkreis (40 Lauenburg-Nord 45 541 Wahlberechtigte) hat um 43,2% mehr Wahlberechtigte als der kleinste Wahlkreis (8 Südangeln-Schwansen) mit 31 806 Wahlberechtigten. Dieser große Unterschied ist allerdings u. a. darauf zurückzuführen, daß in dem Wahlkreis 40 sich das Lager Wentorf befindet. Die Zahl der wahlberechtigten Lagerinsassen hat sich gegenüber 1954 erheblich erhöht, in diesem Landtagswahlkreis stieg die Zahl der Wahlberech-

1) Schwierig ist bei einer derartigen Umrechnung die Zuordnung der Briefwähler, da die Briefwahlergebnisse lediglich nach Bundestagswahlkreisen vorliegen. Es werden deshalb in dieser Darstellung die Briefwähler - bis auf geringe Ausnahmen - unberücksichtigt gelassen. Damit werden gewisse Abweichungen in Kauf genommen, die sich aber bei Relativzahlen lediglich in der ersten Stelle hinter dem Komma auswirken.

tigten in drei Jahren um 8 800 Personen. Aber auch der nächst größte Landtagswahlkreis 19 (Pinneberg/Elbmarschen) liegt noch mit 44 468 Wahlberechtigten um 39,8% über dem kleinsten Wahlkreis. Hier nahm die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 1953 um 12,5% zu. Ein Vergleich der - hinsichtlich der Wahlberechtigten - unterschiedlich großen Landtagswahlkreise seit der letzten Landtagswahl ergibt folgende Unterschiede:

Von der durchschnittlichen Größe der Landtagswahlkreise wichen

	1954	1957
um 0 b. u. 2,5 %	10 Wahlkreise	11 Wahlkreise
um 2,5 b. u. 5 %	19 "	7 "
um 5 b. u. 10 %	12 "	14 "
um 10 % und mehr	1 "	10 "

ab.

In vierzehn Landtagswahlkreisen - gegenüber keinem Wahlkreis im Jahre 1954 - errechnet sich für die CDU die absolute Mehrheit und in weiteren 25 Wahlkreisen - gegenüber 19 Wahlkreisen im Jahre 1954 - entfällt auf sie die relative Mehrheit. Die SPD hält unverändert gegenüber 1954 in einem Landtagswahlkreis (28 Kiel-Ost) die absolute Mehrheit und würde in zwei weiteren die relative Mehrheit erhalten haben. 1954 hat sie dagegen in 22 Wahlkreisen die relative Mehrheit besessen.

Unter der Voraussetzung, daß die Stimmenabgabe bei einer am selben Tage stattgefundenen Landtagswahl die gleiche wie zur Bundestagswahl gewesen wäre, hätte sich bei Zugrundelegung des Gesetzes zur Änderung des Landtagswahlgesetzes² folgende Sitzverteilung ergeben:

	Verteilung der Sitze auf				
	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	SSW
Nach den Teilungszahlen des Höchstzahlverfahrens (§ 3 Abs. 2 LWG) entfallen auf die Parteien folgende Sitze	35	23	6	4	1
Zahl der direkt gewählten Bewerber	39	3	-	-	-
dennach beträgt die Zahl der Sitze aus der Landesliste (§ 3 Abs. 3 LWG)	-	20	6	4	1
es ergeben sich dennach Sitze insgesamt	39	23	6	4	1

Gesamtsitzzahl 73, darunter 4 Überhangsmandate für die CDU

Der BHE wäre also entsprechend seines Anteils von 8,3% an den gültigen Stimmen mit sechs Sitzen vertreten gewesen, die DP, die einen Sitz im Bundestag für Schleswig-Holstein erhalten hatte, wäre, da ihr Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen unter 5% in Schleswig-Holstein lag, nicht mehr in den Landtag gekommen. Der SSW, für den eine 5%-Klausel nicht besteht, würde auf Grund der Sitzverteilung nach dem d'Hondtschen Verfahren einen Sitz im Landtag erhalten haben. Auf Grund der vielen

direkt gewählten Vertreter der CDU, deren Zahl über der nach dem d'Hondtschen Verteilungssystem ihr zustehenden Sitze liegt, hätte die CDU 4 Überhangsmandate erreicht. Die Zahl der Landtagsabgeordneten würde sich somit von 69 auf 73 erhöht haben.

2. Die Umrechnung der Bundeswahlergebnisse auf die politischen Kreise

Vgl. hierzu Tab.-Gr. B, S. 25 ff. in "Stat. von Schlesw.-Holst.", Heft 24

Eine Umrechnung der Bundestagswahlergebnisse auf die politischen Kreise hat einen zusätzlichen Erkenntniswert, da - im Gegensatz zu den jeweils verschiedenen Wahlkreiseinteilungen, die stets mehr oder weniger willkürlich sind - die politischen Kreise eine Verwaltungseinheit darstellen, die nicht selten auf traditionellen oder geografischen Gegebenheiten beruht. Eine eingehendere Untersuchung der auf die Parteien entfallenden Stimmen läßt in vielen Fällen uns schwer erkennen, daß eine jeweilige Partei-Resonanz sich mehr oder weniger stark auf einige bestimmte Kreise konzentriert.

So ist der Anteil der SPD in den nördlichen sieben Kreisen³ erheblich niedriger als in den übrigen 14 südlichen Kreisen. Der Stimmenanteil der SPD betrug in den nördlichen Kreisen 21,5% gegenüber 33,7% in den vierzehn südlichen Kreisen. Der Anteil der CDU ist in den nördlichen Kreisen dagegen nur wenig geringer (46,6%) als in den südlichen Kreisen (47,9%). Der SSW ist - bedingt durch das im Norden angrenzende Dänemark - in den sieben nördlichen Kreisen mit einem Anteil von 12,2% fast ausschließlich dort vertreten. In den südlichen Kreisen zusammen erreichte er 0,2% aller gültigen Stimmen. Auch der Anteil der DP ist in den sieben nördlichen Kreisen offensichtlich höher als in den südlichen Kreisen.

Interessant ist die Tatsache, daß - neben dem SSW - sowohl der GB/BHE, die FDP und die DP regional mehr oder weniger stark konzentriert sind. So erzielt die DP ihren höchsten Stimmenanteil in den einander angrenzenden Kreisen Eiderstedt, Husum und Flensburg-Land, der Anteil aller gültigen Stimmen (ohne Briefwahl) dieser drei Kreise beträgt an allen gültigen Stimmen des Landes (ebenfalls ohne Briefwahl) 6%, der Anteil der DP-Stimmen dieser Kreise an allen Stimmen, die in Schleswig-Holstein für die DP abgegeben wurden, dagegen 16%. - Die FDP hatte ihren höchsten Stimmenanteil in den - ebenfalls zusammenhängenden - Kreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn. Ein Viertel aller FDP-Stimmen des Landes konzentrierte sich auf die drei Kreise, deren Anteil an den gültigen Stimmen dagegen nur 19% beträgt. - Für den GB/BHE wurden dagegen die höchsten Stimmenanteile in den

3) Flensburg-Stadt und Flensburg-Land, Südtondern, Husum, Eiderstedt, Schleswig und Eckernförde

2) Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31. 5. 1955 (Seite 124)

miteinander benachbarten Kreisen Eutin, Oldenburg und Segeberg festgestellt, die insgesamt 18% aller GB/BHE-Stimmen ausmachen. Der Anteil dieser drei Kreise an allen gültigen Stimmen beträgt jedoch nur 11%.

3. Die Umrechnung der Bundeswahlergebnisse auf die Gemeindegrößenklassen

Vgl. hierzu Tab.-Gr. B, S. 25 ff. in "Stat. von Schlesw.-Holst.", Heft 24

Die Bedeutung einer Umrechnung der Wahlergebnisse auf die Gemeindegrößenklassen liegt darin, daß wirtschaftliche wie soziologische Unterschiede zwischen der Bevölkerung in den Gemeindegrößenklassen bestehen, die u. U. in mehr oder weniger starkem Umfang bestimmend für die Stimmenabgabe auf die Parteien sein können. So überwiegt in den kleinen Gemeinden der bäuerliche Wähler, der Arbeiter ist dagegen in der Großstadt relativ am stärksten vertreten. Dementsprechend ergeben sich auch Unterschiede in der Stimmenabgabe, die im übrigen in ihren Grundzügen mit einer gewissen Einheitlichkeit auch in früheren Wahlen festgestellt werden konnten. Derartige Vergleiche mit früheren Wahlen namentlich mit den Landtagswahlen werden allerdings dadurch erschwert, daß neben der schon erwähnten Möglichkeit, andersartige Wahlentscheidungen, je nachdem für welche politische Ebene die Volksvertretung gewählt werden soll, auch noch Parteiverbindungen untereinander berücksichtigt werden müßten.

Die Wähler der Gemeinden bis unter 1 000 Einwohner bevorzugen eindeutig die CDU; hier erhielt diese Partei mit Abstand in jeder Wahl die höchsten Stimmenanteile, sie erreichte 1957 mit 54,4% einen Höchststand. Mit nächst großem Stimmenanteil für die CDU folgte in den zwei letzten Wahlen die Gemeindegrößenklasse von 1 000 bis unter 2 000 Einwohner. In den übrigen Gemeindegrößenklassen ist eine Abhängigkeit zwischen Gemeindegröße und Stimmenanteil, wie sie noch zum Teil in früheren Wahlen bestand, 1957 nicht mehr festzustellen. Den geringsten Anteil an den gültigen Stimmen erhielt die CDU bei jeder Wahl in der Gemeindegrößenklasse von 25 000 bis unter 50 000 Einwohner. In dieser Größenklasse befinden sich 1957 acht Städte - in früheren Wahlen 9 Städte - unter denen der Stimmenanteil für die CDU insbesondere in den Städten Elmshorn und Schleswig unterdurchschnittlich ist. In Elmshorn hat die SPD 1957 wie auch in den Vorjahren stets die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigen können. In der Stadt Schleswig ist der Stimmenanteil der CDU dadurch geringer, daß der GB/BHE und der SSW eine überdurchschnittlich starke Resonanz fanden.

Beachtlich hoch - in früheren Jahren den Landesdurchschnitt sogar übersteigend - ist der Stimmenanteil der CDU in den vier kreisfreien Städten.

Die Stimmenanteile der SPD in den Gemeindegrößenklassen weisen im Vergleich zu früheren Wahlen in etwa einheitliche Grundzüge auf. Ihr Anteil ist in den kleinsten Gemeinden am geringsten und steigt - einheitlicher als in umgekehrter Weise bei der CDU - mit wachsender Größenklasse an. Diese Reihenfolge wird jedoch auch durch die Gemeindegrößenklasse von 25 000 bis unter 50 000 Einwohner unterbrochen. Da bereits festgestellt wurde, daß die SPD in den nördlichen Kreisen relativ weniger Resonanz findet als in den südlichen, mag der Grund dieser Unterbrechung darin liegen, daß - einschließlich der Stadt Rendsburg - vier von den acht Städten in dem nördlichen Teil des Landes liegen.

Der Stimmenanteil des BHE ist ebenfalls abhängig von der Gemeindegrößenklasse. Noch im Jahre 1953 besteht der Zusammenhang: wachsende Gemeindegröße und geringerer Stimmenanteil. 1957 durchbrechen lediglich die Kleinstgemeinden diese nicht mehr ganz so offensichtliche Abhängigkeit.

Für die FDP war in den beiden Vergleichsjahren kein derartig offensichtlicher Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Stimmenanteil festzustellen, doch ergibt sich für 1957 plötzlich eine - wenn auch nur in geringem Umfang - steigende Resonanz mit größerer Gemeinde, allerdings mit Ausnahme der vier kreisfreien Städte. Für die DP und die übrigen Parteien besteht keine sichtbare Abhängigkeit des Stimmenanteils von der Gemeindegrößenklasse.

Lediglich für den SSW ist die Gemeindegröße wieder von Einfluß. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß er seine Wähler weit überwiegend in den sieben nördlichen politischen Kreisen findet. Es ist deshalb richtiger, lediglich die Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen in diesem Gebiet wiederzugeben.

Es ist deutlich zu erkennen, daß der SSW bei jeder Wahl in den größeren Gemeinden eine stärkere Resonanz gefunden hat als in den rein

Anteil der SSW-Stimmen¹ in den Gemeindegrößenklassen der sieben nördlichen Kreise²

Gemeindegrößenklassen	1948	1949	1953	1954	1957		
					Anteil der SSW-Stimmen	Anteil der Größenklassen	
						an SSW-Stimmen	an der Bevölkerung
bis unter 1 000 E.	17,2	14,1	8,3	9,2	6,5	18	36
1 000 b.u. 2 000 "	17,1	13,6	8,7	8,8	6,3	6	12
2 000 " 5 000 "	18,0	14,7	10,5	11,3	11,3	11	12
5 000 " 10 000 "	27,9	22,1	13,9	13,7	10,8	3	3
10 000 " 25 000 "	29,7	20,4	12,2	13,3	8,3	6	9
25 000 " 50 000 "	36,5	27,8	17,9	17,8	14,0	8	7
50 000 und mehr E.	49,0	44,0	32,2	36,1	26,2	47	20

1) einschl. SPF im Jahre 1948 2) Flensburg-Stadt und Land, Südtondern, Husum, Eiderstedt, Schleswig und Eckernförde

bäuerlichen Gemeinden der untersten Gemeindegrößenklasse.

Besonders hoch ist der Stimmenanteil des SSW in der höchsten Gemeindegrößenklasse. Er erklärt sich dadurch, daß sich in dieser Größenklasse nur die Ergebnisse der Stadt Flensburg widerspiegeln. Dort wählten noch im Jahre 1947 (Landtagswahl) 60,7% aller Wähler die dänische Partei (damals wurde sie SSV = Südschleswische Vereinigung genannt). 1957 waren es nur rd. ein Viertel der Wähler, die ihre Stimme dem SSW gaben.

B. Die Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen (Ergebnis einer repräsentativen Wahlfeststellung)

1. Methode

Wie zur Bundestagswahl 1953 wurde auch 1957 wieder in einzelnen - nach einem bestimmten Schema ausgewählten - Wahlbezirken die Wahl nach Geschlecht und Altersgruppen getrennt festgehalten. Von insgesamt 2 735 Wahlbezirken in Schleswig-Holstein wurden 96 Wahlbezirke mit 64 826 Wahlberechtigten und 57 271 Wählern in diese Stichprobe einbezogen. Die Auswahl umfaßte somit 4,2% aller Wahlberechtigten wie auch aller Wähler in Schleswig-Holstein. Da in einer Gemeinde bzw. Stadt bisweilen mehrere Wahlbezirke für die Sonderauszählung bestimmt wurden - so z. B. in Kiel sechs⁴, in Lübeck sieben Wahlbezirke -, wurden nur in insgesamt 73 Gemeinden bzw. Städten derartige wahlstatistische Feststellungen getroffen⁵. Bei der Auswahl war berücksichtigt worden, daß jede Gemeindegrößenklasse mit dem ihr etwa zukommenden Bevölkerungsgewicht in der Repräsentation vertreten war. Eine möglichst gleichmäßige regionale Verteilung war ebenfalls gesichert: in jedem Wahlkreis befanden sich einige dieser Wahlbezirke; bis auf den Kreis Eiderstedt waren auch alle politischen Kreise vertreten.

Bei der Wahlrepräsentation wurden folgende Merkmale festgehalten und ausgewertet:

a) Die Wähler insgesamt

darunter

aa) Wähler auf Wahlschein, also solche, die im Wählerverzeichnis einer anderen Gemeinde aufgeführt waren und sich von ihrer (Heimat-) Gemeinde einen Wahlschein ausstellen ließen, der ihnen die Ausübung ihres Wahlrechts in jedem beliebigen Wahlbezirk ihres Wahlkreises gestattete.

4) Die Stadt Kiel hatte darüber hinaus noch drei weitere Wahlbezirke in die Auswahl einbezogen. Da aber die Stimmenabgabe zwischen Stadt und Land unterschiedlich ist, wurden diese Ergebnisse hier unberücksichtigt gelassen, sie hätten die Genauigkeit der Repräsentation in Frage gestellt.

5) Die Rechtsgrundlage für diese Sonderauszählung bildet der § 52, Absatz 2, des Bundeswahlgesetzes vom 7. 5. 1956

bb) die Wähler, die einen Wahlschein von der Auswahlgemeinde erhalten hatten, um entweder in einem anderen Wahlbezirk ihr Wahlrecht auszuüben oder - was überwiegend der Fall war - von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch zu machen.

b) Die Nichtwähler

c) Die Stimmenabgabe der Wähler

Die Merkmale zu a) und b) wurden nach Geschlecht und sieben Geburtsjahrgruppen ausgezählt. Die Auszählarbeiten konnten - nach der Wahl - von den einzelnen Gemeinden ohne Schwierigkeiten auf Grund des Wählerverzeichnisses durchgeführt werden. Auf diese Weise ließ sich die nach Geschlecht und Alter unterschiedliche Wahlbeteiligung feststellen.

Der Übersichtlichkeit wegen werden die Ergebnisse im folgenden nicht nach Geburtsjahrgruppen sondern nach Altersgruppen wiedergegeben.

Es entspricht die

Geburtsjahrgruppe	1936 - 1933	etwa der	Altersgruppe	21 b. u. 25 Jahre
"	1932 - 1928	" "	"	25 " " 30 "
"	1927 - 1918	" "	"	30 " " 40 "
"	1917 - 1908	" "	"	40 " " 50 "
"	1907 - 1898	" "	"	50 " " 60 "
"	1897 - 1888	" "	"	60 " " 70 "
"	1887 u. früher	" "	"	70 Jahre u. älter

Die Merkmale der Stimmenabgabe nach Geschlecht und Alter wurden durch den Stimmzettel selbst festgehalten. Die Feststellungen beschränkten sich neben dem Geschlecht auf nur drei Geburtsjahrgruppen, und zwar entspricht:

Geburtsjahrgruppe	1936 - 1928	etwa der	Altersgruppe	21 b. u. 30 Jahre
"	1927 - 1898	" "	"	30 " " 60 "
"	1897 u. früher	" "	"	60 Jahre u. älter

Für die Stimmenabgabe waren also sechs Merkmale (Männer und Frauen mit je drei Geburtsjahrgruppen) zu unterscheiden. Um die spätere Auszählung zu erleichtern, wurde auf die rechte obere Ecke des Stimmzettels neben die Angabe des Geschlechts und der Geburtsjahrgruppe auch ein Schlüsselbuchstabe (A - F) gesetzt. Überdies wurden die Wähler der betreffenden Wahlbezirke durch eine gut sichtbare Bekanntmachung auf die Sonderauszählung hingewiesen. Der Wähler selbst wurde bei dieser wahlstatistischen Feststellung nicht in Anspruch genommen.

Im übrigen war sichergestellt, daß der Grundsatz der geheimen Wahl auf keinen Fall verletzt wurde.

Um den Gemeinden eine zusätzliche Arbeit zu ersparen und eine einheitliche Auszählung zu garantieren, wurden die Gemeinden der ausgewählten Wahlbezirke gebeten, die Stimmzettel - sortiert nach Geschlecht und einzelnen Altersgruppen - in angemessenem Zeitabstand nach

der Wahl dem Statistischen Landesamt zu übersenden. Die dem Kreiswahlleiter von den Gemeinden mit der Wahlniederschrift zugestellten Stimmzettel, die der näheren Klärung bedurften⁶ wurden vom Statistischen Landesamt ebenfalls angefordert. Die Stimmzettel wurden dann im Statistischen Landesamt ausgezählt, wobei neben den für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen nach Geschlecht und Altersgruppe auch die verschiedenen Parteikombinationen von Erst- und Zweitstimme ermittelt wurden.

2. Ergebnisse der Stichprobe

a) Wahlberechtigte und Wähler

Von den 64 826 Wahlberechtigten waren 55,6% Frauen und 44,4% Männer. Diese Relation entspricht in etwa auch der Feststellung der Bevölkerungsstatistik. Hier wurde der Prozentsatz nach dem Bevölkerungsstand vom 31.12.1955 mit 55,8% Frauen und 44,2% Männern ermittelt. Stellt man die Relation des Geschlechts und der Altersgruppen zwischen den Wahlberechtigten der Auswahlgemeinde zur Bundestagswahl im Jahre 1957 mit den entsprechenden Relationen der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes - Stand Ende 1955 - gegenüber, so erkennt man an den stark einander angenäherten Werten, daß die Stichprobe einen guten Bevölkerungsquerschnitt wiedergibt, daß also die Grundlage der folgenden Wahlunter-

suchung recht gut der Wirklichkeit entsprach.

Die kleineren Abweichungen in der Tabelle 2 (unten) haben ihren Grund zum Teil darin, daß die Altersgruppen nicht völlig miteinander vergleichbar sind. Die Altersgruppe der 21- und 22jährigen in der zur Zeit vorliegenden fortgeschriebenen Wohnbevölkerung entspricht 1957 den etwa 23 bis 24 Jahre alten Wahlberechtigten. Hinzu kommen die Bevölkerungsveränderungen (Umsiedlungen) in der Zeit seit Januar 1956, die nicht im gleichen Ausmaß alle Altersgruppen betrafen und der Umstand, daß in der Zahl der Wahlberechtigten die von Altersgruppe zu Altersgruppe recht unterschiedliche Zahl der Briefwähler nicht enthalten ist.

Die gute Auswahl der Wahlbezirke und die weitgehende Richtigkeit der repräsentativ gewonnenen Wahlergebnisse werden darüber hinaus noch durch weitere Anhaltspunkte bestätigt, so z. B. durch die Wahlbeteiligung und durch die Verteilung der Stimmen auf die Parteien. Für das Land wurde eine Wahlbeteiligung ohne Briefwähler von 88,2% festgestellt, für die Auswahlgemeinden betrug diese Wahlbeteiligung - ebenfalls ohne Briefwähler - 88,3%. Auch die auf die Parteien entfallenden Anteile der Erst- und Zweitstimmen sind in der Gesamtheit der ausgewählten Wahlbezirke denen des Landesergebnisses weitgehend angenähert, so daß auch diese Ergebnisse auf eine gute Aussagekraft der weiteren - nicht mehr durch Landesergebnisse gestützten - Feststellungen schließen lassen.

Die nach Alter und Geschlecht aufgegliederten Wahlergebnisse der DRP und des BdD und bei den Erststimmen noch der DG sind in den weiteren Ausführungen unter "Sonstige Parteien" zusammengefaßt worden. Ihre Stimmenanteile sind so gering - auf sie entfallen insgesamt bei den Erst- wie auch bei den Zweitstimmen weniger als 1% aller gültigen Stimmen - daß bei einer Ausgliederung nach Geschlecht und Altersgruppen sowie der Kombination von Erst- und Zweitstimmen die repräsentativ gewonnenen Ergebnisse als nicht gesichert betrachtet werden müssen.

Tab. 2 Anteil der Altersgruppen nach der Bevölkerungsstatistik und nach der Sonderauszählung der Wahl 1957

Altersgruppen in Jahren	Nach der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung Stand: 31.12.1955 ¹			Nach der Sonderauszählung der Wahl 1957		
	Frauen	Männer	insg.	Frauen	Männer	insg.
	in %					
21 b. u. 25	6,5	8,2	7,2	7,3	8,9	8,0
25 " " 30	8,2	9,4	8,7	7,9	9,5	8,6
30 " " 40	17,4	15,3	16,5	18,2	16,2	17,3
40 " " 50	22,0	21,0	21,6	19,7	18,0	19,0
50 " " 60	19,7	20,8	20,2	20,1	21,2	20,6
60 " " 70	14,9	14,1	14,5	15,5	14,7	15,2
70 und älter	11,3	11,3	11,3	11,3	11,4	11,4
insgesamt	100	100	100	100	100	100

1) neuere Zahlen der nach Altersgruppen ausgegliederten Wohnbevölkerung lagen zur Zeit der Veröffentlichung nicht vor

Tab. 3 Vergleich des Landeswahlergebnisses mit dem Ergebnis der 96 ausgewählten Wahlbezirke

	Von 1 000 gültigen														
	Erststimmen ¹							Zweitstimmen ¹							
	entfielen auf														
	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	DP	SSW	sonstige Parteien ²	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	DP	SSW	sonstige Parteien ³	
im Landesergebnis	497	314	74	49	32	25	7	476	313	84	55	38	25	9	
in den 96 Wahlbezirken	497	313	71	48	36	26	8	479	312	81	54	40	26	9	

1) ohne Briefwähler. Da in der Summe der Auswahlbezirke die Ergebnisse der Briefwähler nicht mit enthalten sind, müssen bei einer Gegenüberstellung mit dem Landesergebnis diese Briefwähler ebenfalls unberücksichtigt bleiben und das um so mehr, als die Stimmenanteile der Briefwählergebnisse auf die Parteien, insbesondere bei der CDU, SPD - weniger bei den übrigen Parteien - mit den Parteianteil im Landesergebnis ohne Briefwahl differieren

2) BdD, DG und DRP

3) BdD, DRP

6) Es handelt sich um Stimmzettel, bei denen die Stimmenabgabe zu Bedenken Anlass gab und über deren Gültigkeit der Kreiswahlausschuss

- evtl. abweichend von den Wahlvorständen der Gemeinden - entschieden hat (§ 73 BWO)

b) Die Nichtwähler nach Geschlecht und Altersgruppen

Von 100 Wahlberechtigten sind 12 der Wahlurne ferngeblieben. Der Anteil der Nichtwähler ist bei den Frauen mit 12,7% höher als bei den Männern mit 10,3%. Von 100 Nichtwählern waren 61 Frauen, darunter 12 Frauen, die 70 Jahre und älter waren, obwohl der Anteil dieser Altersgruppe an allen Wahlberechtigten nur 6% beträgt. Diese unterschiedliche Stimmenthaltung stimmt mit den Feststellungen früherer Wahlen überein.

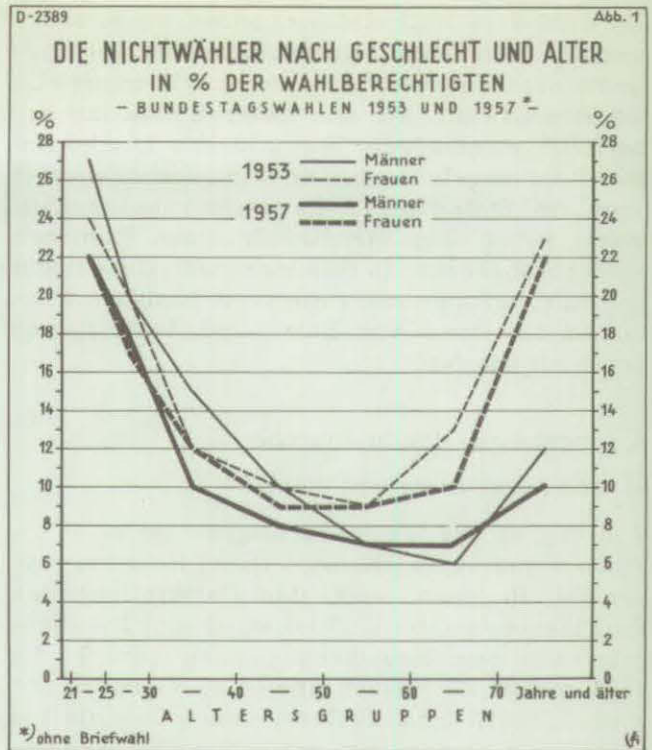
Hinsichtlich der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppe macht sich allerdings störend bemerkbar, dass die Briefwähler unberücksichtigt blieben, da die Frauen in stärkerem Masse als die Männer von der Briefwahl Gebrauch gemacht haben. Hinzu kommt, dass auch in den Altersgruppen diese Wahlmöglichkeit recht unterschiedlich benutzt wurde. Relativ gut gesicherte Schätzergebnisse lassen sich auf Grund der Auszüge aus den Wählerverzeichnissen der ausgewählten Wahlbezirke gewinnen. Es wurden nämlich sowohl die Wähler nach Geschlecht und Altersgruppen gesondert ausgezählt, die einen Wahlschein abgegeben haben, also Wahlberechtigte anderer Gemeinden sind, als auch die, die in den ausgewählten Wahlbezirken einen Wahlschein erhalten haben. In ihrer Zahl überwiegen die Briefwähler erheblich. Von den insgesamt 57 271 Wählern der Repräsentation wurden 192 Wähler gezählt, die einen Wahlschein abgaben, 3 752 Wahlberechtigte erhielten einen Wahlschein bzw. beantragten die Briefwahl. Wieviele davon Wahlbriefe erhielten, ist jedoch nicht bekannt. Die Briefwähler lassen sich nur schätzungsweise er rechnen: Geht man nun von der Annahme aus, dass die ausgegebenen Wahlscheine in etwa den abgegebenen entsprechen, kann man die obige Zahl von 3 752 Wahlberechtigten um 192 Wahlscheinwähler vermindern. Damit erhält man die wahrscheinliche Zahl der Personen, die eine Briefwahl beantragt haben, also insgesamt 3 560 Wahlberechtigte. Im Landesergebnis wurde jedoch festgestellt, dass von den Wahlbriefen 6,9 % aus formellen Gründen abgelehnt wurden. Es dürfte somit schätzungsweise 3 314 Briefwähler gegeben haben, die in den Wählerverzeichnissen der ausgewählten Wahlbezirke geführt worden waren. Es ist allerdings nicht bekannt, für welche Parteien sich die Briefwähler entschieden haben. Werden nunmehr in der Untersuchung diese Briefwähler in der geschilderten Weise den Wahlberechtigten und den Wählern jeder Altersgruppe zugerechnet, so ergeben sich folgende Unterschiede zwischen der Wahlbeteiligung mit bzw. ohne Briefwähler.

Dass diese Berechnungsmethode zutreffend ist, wird dadurch bestätigt, dass sich nunmehr – einschliesslich der Briefwähler – eine Wahlbeteiligung für die Stichprobe von 88,6 % errechnet und somit dem Landesergebnis der Wahl mit 88,7 % sehr nahe kommt.

Die wahlstatistische Untersuchung hat weiter ergeben, daß das geringste Interesse an der

Tab. 4 Anteil der Nichtwähler an den Wahlberechtigten in %

Altersgruppen in Jahren	Frauen		Männer		insgesamt	
	einschl.	ausschl.	einschl.	ausschl.	einschl.	ausschl.
	Briefwähler					
21 b. u. 25	20,7	21,5	21,2	22,1	21,0	21,8
25 " " 30	16,8	17,2	17,1	17,6	17,0	17,4
30 " " 40	11,5	11,7	10,2	10,3	11,0	11,1
40 " " 50	9,0	9,0	7,6	7,7	8,4	8,5
50 " " 60	8,9	9,0	6,9	6,9	8,0	8,0
60 " " 70	10,1	10,3	6,6	6,5	8,6	8,7
70 u. älter	20,8	22,0	10,3	10,4	16,1	16,9
insgesamt Landesergebnis	12,5	12,7	10,2	10,3	11,4	11,7
					11,3	11,8



Wahl die 21- bis unter 25jährigen, also die sogenannten Jungwähler zeigten, denn mit wachsendem Alter nimmt die Wahlbeteiligung und somit doch wohl auch das Interesse an dem politischen Geschehen stark zu; bei den 50- bis 60jährigen gab es nur 8% Nichtwähler, während es bei den Jungwählern 21,8% waren. Der Anteil der Stimmenthaltung nimmt bei den älteren Jahrgängen wieder zu und beläuft sich bei den über 70jährigen auf 16,9%.

Wenn auch die Altersgruppen der Männer und Frauen sich hinsichtlich der Stimmenthaltung grundsätzlich ähnlich verhalten, so gibt es doch bemerkenswerte Verhaltensunterschiede. So bringen zum Beispiel die Männer bis zu einem Lebensalter von 30 Jahren der Wahl relativ weniger Interesse entgegen als die Frauen des entsprechenden Alters. Bei den über 30jährigen ist dann allerdings das Wahlinteresse der Männer relativ größer als bei den Frauen. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern werden mit wachsendem Alter größer. Bei den über 70jährigen ist der Anteil der Nichtwähler

Die Wahlenthaltung bei drei Bundestagswahlen nach Altersgruppen und Geschlecht

Tab. 5

Altersgruppen in Jahren	In % der entsprechenden Altersgruppe des jeweiligen Geschlechts enthielten sich der Stimme					
	1949		1953		1957	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
21 b. u. 25	27	30	24	27	22 ^a	22 ^a
25 " " 30	17	19	20	20	17	18
30 " " 40	17	19	12	15	12	10
40 " " 50	13	14	10	10	9	8
50 " " 60	12	10	9	7	9	7
60 " " 70	14	8	13	6	10	7
70 u. älter	25	13	23	12	22	10
insgesamt	18	17	14	12	13	10

a) Frauen 21,5 %, Männer 22,1 %

bei den Frauen doppelt so hoch wie der der Männer. Dieses bei Männern und Frauen unterschiedliche Wahlinteresse konnte bereits in früheren Jahren festgestellt werden. Wie schon an anderer Stelle erörtert⁷, ist die Wahlenthaltung der Frauen in der höchsten Altersgruppe zum Teil mit dadurch zu erklären, daß diese Frauen zu einem Zeitpunkt 21 Jahre alt wurden, als es für sie ein Wahlrecht noch nicht gab.

c) Die Stimmenabgabe nach Geschlecht und Altersgruppe

Die Sonderuntersuchung ermittelte als ein weiteres interessantes Ergebnis, in welchem Ausmaß eine Partei von den einzelnen Altersgruppen mehr oder weniger stark bevorzugt wurde und außerdem, in welchem Ausmaß der Wähler davon Gebrauch gemacht hat, seine Erststimme einer anderen Partei zu geben als seine Zweitstimme.

Die ungültigen Stimmen

Obwohl der Anteil der Frauen an allen Wahlberechtigten 55,6% betrug, entfallen auf sie 68% aller ungültigen Stimmen.

Die Stimmenabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen auf die Parteien

Die Untersuchung hat ergeben, daß die Frauen eindeutig die CDU in stärkerem Maße bevorzugten als die Männer, während die Männer wiederum sowohl bei der SPD als auch bei der FDP und DP einen größeren Stimmenanteil zu verzeichnen haben als die Frauen. - Der Zug zu einem 2-Parteien-System ist bei den jüngeren Wählern größer. Der Stimmenanteil, der auf CDU und SPD in den jüngsten Altersgruppen entfällt, beträgt 83% gegenüber 78% in den beiden anderen Altersgruppen. Ähnlich wie schon im Jahre 1953 haben sich die Frauen in jeder Altersgruppe mit absoluter Mehrheit für die CDU entschieden. Dabei haben sich die Ergebnisse relativ gesehen gegenüber 1953 kaum verändert, abgesehen von einem geringfügig gesunkenen Stimmenanteil in der jüngsten Altersgruppe. Hier wählten nicht mehr 53%, sondern nur noch 52% der Frauen die CDU.

Dieser Verlust wird aber ausgeglichen durch ein - ebenfalls geringfügiges - Steigen der CDU-Stimmen im Jahre 1957 bei der am stärksten besetzten Altersgruppe der 30- bis unter 60jährigen Frauen, so daß der Anteil aller gültigen Frauenstimmen, die der CDU den Vorzug gaben, sich insgesamt gegenüber 1953 etwas erhöht hat.

Auch bei den männlichen Wählern fiel die Wahlentscheidung für die CDU ähnlich günstig aus wie im Jahre 1953, wenn auch in allen Altersgruppen der Stimmenanteil etwas zurückging, und zwar insbesondere bei den Wählern der jüngsten Altersgruppe. Hier sinkt der Anteil von 47% auf 44%. In den beiden anderen - stärker besetzten - Altersgruppen ist der Anteil gegenüber 1953 unwesentlich gesunken, so daß er durch das relative Ansteigen der Frauenstimmen völlig aufgefangen und sogar noch etwas übertroffen wurde. Der relativ höhere Stimmenanteil der CDU gegenüber 1953 im Landesergebnis (ohne Briefwahl) von 47,1% auf 47,6% ist mit großer Wahrscheinlichkeit allein auf den relativ größeren Stimmenzuwachs bei den 30- bis 60jährigen Frauen zurückzuführen.

Tab. 6 Die ungültigen Zweitstimmen nach Geschlecht und Altersgruppen in %

Altersgruppen in Jahren	Von 100 ungültigen Stimmen entfallen auf		Ungültige Stimmen in % der abgegebenen Stimmen jeder Personengruppe	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
21 b. u. 30	11	6	6	4
30 b. u. 60	39	19	5	3
60 und älter	19	7	6	3
insgesamt	68	32	5	3

73% der ungültigen Stimmen der Altersgruppe der über 60 Jahre alten Wähler entfallen auf die Frauen. Relativ beträgt der Anteil der Männer an den ungültigen Stimmen in fast jeder Altersgruppe nur die Hälfte des Anteils der Frauen, in der ältesten Altersgruppe sogar nur ein knappes Drittel.

Tab. 7 Verteilung der Zweitstimmen nach Geschlecht und Altersgruppen in %

Geschlecht Altersgruppen in Jahren	Gültige Stimmen insgesamt	darunter für						dagegen 1953	
		CDU	SPD	BHE	FDP	DP	SSW	CDU	SPD
Frauen									
21 b. u. 30	100	52	32	6	5	3	3	53	26
30 b. u. 60	100	51	29	8	5	3	3	50	25
60 und älter	100	55	25	10	4	3	3	54	24
insgesamt	100	52	28	8	5	3	3	51	25
Männer									
21 b. u. 30	100	44	38	5	6	3	3	47	30
30 b. u. 60	100	42	35	8	6	5	3	42	29
60 und älter	100	45	32	10	5	5	3	46	29
insgesamt	100	43	35	8	6	5	3	44	29

7) Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Dezember 1954, 6. Jahrgang, Heft 12, S. 501 - 504, Februar 1954, 6. Jahrgang, Heft 2, S. 50 - 54

Die Zuwachsrate der SPD ist sowohl auf eine gestiegene Resonanz bei den weiblichen als auch bei den männlichen Wählern zurückzuführen und hier wiederum namentlich durch die Wahlscheidung der jüngsten Jahrgänge, in zweiter Linie der mittelsten Altersgruppe.

In der vorstehenden Tabelle werden Vergleichszahlen nur für die CDU und SPD gebracht, da die Wahlrepräsentation 1953 weniger als 2% betrug, und dadurch für die übrigen Parteien die Ergebnisse nicht mehr gesichert sind.

Der auf die SPD entfallende Anteil an den gültigen Stimmen sinkt mit wachsender Altersgruppe, steigt dagegen eindeutig beim BHE. Bei der CDU ist der größte Stimmenanteil ebenfalls in der ältesten Altersgruppe festzustellen. Die 60jährigen und älteren Wahlberechtigten (Männer und Frauen) haben mit knapp überwiegender Mehrheit die CDU als Partei bevorzugt.

Aufschlußreich ist auch die Aufgliederung der einzelnen Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen, wie sie in Tabelle 8 wiedergegeben ist.

Anteil der Parteien¹
an weiblichen und männlichen Wählern nach Altersgruppen
Tab. 8 (Zweitstimme)

Geschlecht Altersgruppen in Jahren	Von 100 Wählern der					
	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	DP	SSW
waren ...						
Frauen						
21 b. u. 30	8,2	7,7	5,5	6,4	5,5	7,7
30 b. u. 60	34,5	30,1	33,5	32,3	28,8	31,9
60 und älter	16,1	11,2	17,0	11,0	12,2	14,3
insgesamt	58,8	49,0	56,0	49,7	46,5	53,9
Männer						
21 b. u. 30	7,0	9,0	4,7	8,5	6,6	7,3
30 b. u. 60	22,7	29,4	24,2	30,6	32,8	25,8
60 und älter	11,6	12,6	15,1	11,2	14,1	13,0
insgesamt	41,2	51,0	44,0	50,3	53,5	46,1
Männer und Frauen insgesamt						
21 b. u. 30	15,2	16,7	10,2	14,9	12,1	15,0
30 b. u. 60	57,2	59,5	57,7	62,9	61,6	57,7
60 und älter	27,7	23,8	32,1	22,2	26,3	27,3
insgesamt	100	100	100	100	100	100

1) ohne BdD und DRP

Die Frauen haben demnach relativ stärker die CDU und den GB/BHE und SSW bevorzugt und wählten dagegen relativ weniger DP, SPD und FDP. Der Anteil der Männer ist bei der DP am höchsten, an 2. Stelle steht die SPD, gefolgt an 3. Stelle von der FDP. In diesen drei Parteien überwiegen die männlichen Wähler. Im Altersaufbau ihrer Wähler weist die SPD den größten Anteil an Jungwählern auf; den nächst hohen Anteil an Jungwählern hat die CDU. Der GB/BHE weist dagegen die relativ höchste Quote an Wählern auf, die 60 Jahre und älter sind.

d) Die unterschiedliche Stimmenabgabe zwischen Erst- und Zweitstimme

Da jeder Stimmzettel nach Erst- und Zweitstimme ausgezeichnet wurde, war es möglich,

festzustellen, in welchem Umfang der Wähler mit seiner Zweitstimme eine andere Partei als mit seiner Erststimme gewählt hat. Dabei ergeben sich folgende zwei Möglichkeiten der Untersuchung:

1. es werden die Stimmzettel einbezogen, die in einer Stimme, entweder der Erst- oder Zweitstimme ungültig, mit der anderen Stimme aber gültig waren
2. es werden die Stimmzettel mit einer gültigen und einer ungültigen Stimme aus der folgenden Untersuchung ausgeschaltet, da im allgemeinen nicht angenommen werden kann, daß der Wähler mit Vorbedacht von seiner Erst- oder Zweitstimme nicht Gebrauch gemacht hat.

Der zweiten Betrachtungsweise sollte der Vorzug gegeben werden.

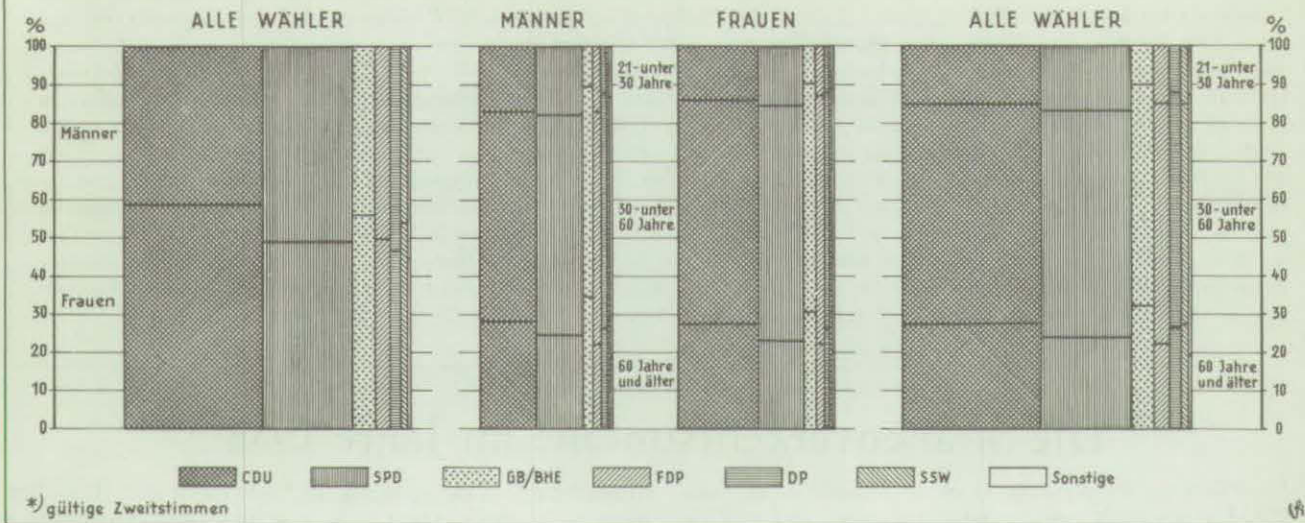
Mit beiden Stimmen gültig sind insgesamt 54 030 Stimmzettel, d. h. also 108 060 Stimmen. Von diesen sind 102 594 Stimmen einheitlich abgegeben worden (reine Kombinationen), d. h. die Erststimme wurde für die gleiche Partei abgegeben wie die Zweitstimme. 2 733 Stimmzettel tragen das Votum für zwei verschiedene Parteien. Mithin sind also nur 5,1% der gültigen Stimmen unterschiedlich abgegeben worden (gemischte Kombination). Werden in diese Berechnung auch die Stimmzettel mit einer ungültigen Stimme einbezogen, so beträgt der Prozentsatz der "gemischten Kombinationen" 9,3%! Der Prozentsatz der Stimmenkombination - einmal mit und einmal ohne die Stimmzettel mit einer ungültigen Stimme - beläuft sich in den jeweiligen Altersgruppen bei Männern und Frauen wie folgt:

Altersgruppen in Jahren	Frauen		Männer		insgesamt	
	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit
ungültige (n) Stimmen						
21 b. u. 30	5,2	10,9	6,2	9,5	5,7	10,2
30 b. u. 60	4,7	9,7	5,6	8,5	5,1	9,2
60 und älter	4,1	10,2	5,1	7,7	4,5	9,0
Summe mithin "reine Kombina- tion"	4,6	10,0	5,6	8,4	5,1	9,3
	95,4	90,0	94,4	91,6	94,9	90,7

Die jüngeren Altersgruppen gaben demnach in stärkerem Maße ihre Zweitstimme einer anderen Partei als ihre Erststimme. Die Männer bevorzugten die gemischten Kombinationen mehr als die Frauen, und zwar in jeder Altersgruppe. Anders wird das Bild, wenn die Stimmzettel mit einer gültigen und einer ungültigen Stimme mit in die Betrachtung einbezogen werden, da diese Fälle bei den Frauen jeder Altersgruppe sehr viel häufiger sind als bei den Männern.

In der Stichprobe sind bis auf SSW und GB/BHE alle nur denkbaren Parteikombinationen ver-

DIE WÄHLER* DER EINZELNEN PARTEIEN NACH GESCHLECHT UND ALTERSGRUPPEN IN % BUNDESTAGSWAHL 1957 IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



treten. Die weitaus häufigsten sind

Art der gemischten Kombination		in % der Stimmzettel mit gemischten Kombinationen - ohne ungültige Stimmzettel -
Erststimme	Zweitstimme	
CDU	GB/BHE	19,0
CDU	DP	16,4
CDU	FDP	11,1
CDU	SPD	6,6
DP	CDU	5,4
SPD	CDU	4,9
GB/BHE	CDU	4,5
FDP	CDU	4,0
SPD	FDP	4,0
SPD	GB/BHE	3,5

Auf die übrigen 27 Kombinationen (insgesamt 37) entfallen 20,6%.

Ein vollständiges Bild über die unterschiedliche Auswirkung der Kombinationsmöglichkeiten, die dem Wähler mit seinem Zweitstimmenrecht gegeben wurde, wird erst vermittelt, wenn neben der Verteilung der Kombinationen auf die verschiedenen Arten auch die Auswirkungen auf die einzelnen Parteien dargestellt werden.

Von je 100 Wählern einer Partei haben ... % der Wähler ihre

	Zweitstimme einer anderen Partei gegeben	Erststimme
CDU	5,6	2,1
SPD	2,3	2,0
GB/BHE	5,1	15,4
FDP	8,2	17,6
DP	14,0	23,2
SSW	6,7	3,8

Es ergibt sich, daß von 100 Wählern, die mit ihrer Zweitstimme die Landesliste der DP wählten, 23 Wähler sich mit ihrer Erststimme für eine andere Partei entschieden haben, umgekehrt haben aber nur 14 von 100 Wählern, die ihre Erststimme der DP gaben, ihre Zweitstimme einer anderen Partei gegeben. Die geringste "Wählerfluktuation" hat die SPD.

Bemerkenswert ist, daß im Landesergebnis

wie auch in der Stichprobe für die kleineren Parteien (GB/BHE, FDP, DP, BdD und DRP) im Unterschied zu der CDU und SPD mehr Zweitstimmen als Erststimmen abgegeben wurden. Eine Ausnahme davon macht der SSW, bei dem die Erststimmen überwiegen. Am häufigsten wurde von der unterschiedlichen Abgabe von Erst- und Zweitstimmen im Wahlkreis 2 Gebrauch gemacht.

Im Jahre 1953 ergab sich ein Anteil der gemischten Kombinationen (ohne ungültige Stimmen) von 8,5%. Dieser sehr viel höhere Anteil gegenüber 1957 überrascht auf den ersten Blick, er wird jedoch dadurch erklärlich, daß sich 1953 häufig zwangsläufig eine gemischte Kombination dadurch ergab, weil - im Gegensatz zu 1957 - einige Parteien nicht in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatten (mit Erststimme zu wählen), obwohl diese Parteien im gesamten Wahlgebiet mit der Zweitstimme gewählt werden konnten⁸. Schaltet man diese Fälle von zwangsläufig gemischten Kombinationen aus, kommt man im Jahre 1953 auf einen Anteil gemischter Kombinationen von 4,9% an allen gültigen Stimmen; allerdings hat man durch diese Ausschaltung aber auch die Kombinationsmöglichkeiten stark eingeengt. Ein Vergleich mit 1953 ist also hinsichtlich der mehr oder weniger stark benutzten Parteienkombinationen nicht zweckmäßig.

Vergleiche auch: "Die Bundestagswahl am 15. 9. 1957 in Schleswig-Holstein" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 9. Jahrgang, Heft 11, November 1957, Seite 335 ff. und "Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter bei der Bundestagswahl am 15. September 1957" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 10. Jahrgang N.F., Heft 1, Januar 1958, Seite 6 ff.
Dipl.-Volksw. J. Sachse

⁸) So stellte die DP in vier Wahlkreisen, die FDP in zwei Wahlkreisen, der GB/BHE in einem Wahlkreis, der SSW in acht Wahlkreisen, die DNS in fünf Wahlkreisen, die DRP in neun Wahlkreisen keinen Kandidaten auf und andererseits die SHLP - ohne auf der Landesliste zugelassen zu sein (mit Zweitstimme zu wählen) in acht Wahlkreisen Kandidaten auf.

Während über das Unfallgeschehen im Strassenverkehr im Jahre 1957 schon vereinzelt Angaben bekannt wurden, liegt eine zusammenfassende Darstellung der Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1956 erst jetzt vor. Insgesamt ereigneten sich in Schleswig-Holstein im Jahre 1956 22 800 Verkehrsunfälle, das sind 10 % mehr als 1955. Die Zahl der bei den Unfällen verunglückten Personen erhöhte sich gegenüber 1955 um 5 % auf 13 000 Personen. – Von rund 4 900 Unfällen in nicht geschlossener Ortslage waren 53 % mit Personenschäden verbunden, von den rund 17 900 Unfällen in geschlossener Ortslage dagegen nur 43 %. Insgesamt haben die Unfälle mit Personenschäden um 4 % zugenommen. – Unterschieden nach der Unfallart hat in geschlossener Ortslage die wegen ihres Umfangs wichtige Gruppe "Auffahren eines fahrenden Fahrzeuges" mit 19 % die stärkste Zunahme zu verzeichnen. Ausserhalb der geschlossenen Ortslage sind die Unfälle durch Zusammenstoss und Auffahren, die je etwa ein Drittel aller Unfälle ausmachen, nur wenig gestiegen. – Etwa gleich gegenüber dem Vorjahr blieb die Zahl der Unfälle, an denen Krafträder, Lastkraftwagen und Fahrräder beteiligt waren. Die Unfälle mit Beteiligung von Mopeds stiegen um 44 % und die mit Personenwagenbeteiligung um 16 %. – "Übermässige Geschwindigkeit" als Unfallursache hat bei den Unfällen insgesamt um 13 % zugenommen, während die Zahl der Unfälle infolge Alkoholeinfluss sogar um 20 % anstieg. – Bei den Unfällen im Jahre 1956 wurden insgesamt 428 Personen getötet, 5 000 schwer und 7 600 leicht verletzt. Damit stieg die Zahl der Getöteten gegenüber dem Vorjahr um 7 %, die der Schwerverletzten um 11 %, die der Leichtverletzten aber nur um 1 %. – Von der Gesamtzahl der Verunglückten waren etwa 11 % Jugendliche unter 14 Jahren und etwa 10 % über 60jährige.

Die Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1956

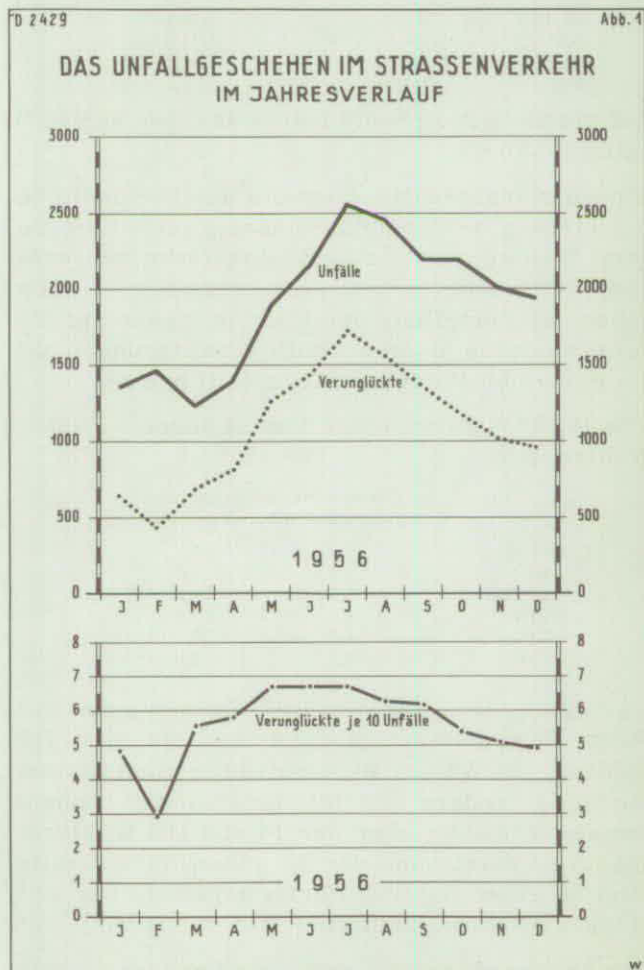
Während über das Unfallgeschehen im Strassenverkehr im Jahre 1957 schon vereinzelt Angaben bekannt wurden, liegt eine zusammenfassende Darstellung der Strassenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein im Jahre 1956 noch nicht vor. Diese Lücke soll durch nachstehende Veröffentlichung geschlossen werden.

Allgemeine Entwicklung

Auch im Jahre 1956 hat sich der ständige Anstieg der Zahl der Strassenverkehrsunfälle fortgesetzt. Mit 22 800 Unfällen wurde das Vorjahresergebnis um 10% übertroffen. Diese Zuwachsrate ist allerdings kleiner als die vorjährige, die 15% betragen hatte. Man kann hieraus aber keine Besserung der Verhältnisse folgern, da die Unfallzahl stark von der Witterung abhängig ist. Dieser Einfluß zeigt sich direkt in den Witterungserscheinungen wie Sichtbehinderung durch Regen oder Nebel und im Straßenzustand und indirekt in der Verkehrsdichte, die besonders in den Sommermonaten starken Schwankungen unterworfen sein kann. Leider liegen über diese Faktoren keine Angaben vor, die es gestatten würden, die Unfallzahl so zu bereinigen, daß sie nur noch ein Spiegelbild menschlicher Fehlleistungen ist. Erst dann ließe sich der Einfluß der Verkehrserziehung erkennen.

Bei den Unfällen verunglückten 13 000 Personen, von denen 428 getötet wurden. Das sind 5% Verunglückte mehr als im Vorjahre. Die Zahl der verunglückten Personen ist also weniger angestiegen als die Unfallzahl. Aber auch hierin darf man keine grundsätzliche Besserung der Verhältnisse erblicken. Der Anteil der schweren Unfälle, also solcher mit Personenschäden, ist von der Struktur des Verkehrs abhängig. Von den 4 933 Unfällen in nicht geschlossener Ortslage waren 53% mit Personenschäden verbunden, von den 17 865 Unfällen in geschlossener Ortslage dagegen nur 43%. Da die Verkehrsdichte in nicht geschlossener Ortslage sehr von der Witterung abhängt, ist die Schwere der Unfälle unter anderem ebenfalls von der Witterung

abhängig. Ein anschauliches Beispiel hierfür bietet die Tabelle 1, in der der jahreszeitliche Verlauf des Unfallgeschehens dargestellt ist. Man erkennt den starken Saisonrhythmus, der dem stetigen Anstieg überlagert ist. Dadurch ergibt sich ein jahreszeitlicher Höhepunkt im Juli. Der Saisonverlauf der Zahl der Verunglückten ist wegen der jahreszeitlichen Strukturänderung relativ weiter gespannt, so daß die Unfälle im Sommer schwerer sind. Eine auffällige Unterbrechung zeigt der Februar. Die



Tab. 1 Unfallgeschehen 1956 nach Monaten

Monat	Unfälle	Verunglückte	Verunglückte je 10 Unfälle
Januar	1 354	648	4,8
Februar	1 464	428	2,9
März	1 246	692	5,6
April	1 393	804	5,8
Mai	1 890	1 262	6,7
Juni	2 142	1 425	6,7
Juli	2 551	1 719	6,7
August	2 454	1 557	6,3
September	2 186	1 359	6,2
Oktober	2 183	1 182	5,4
November	2 000	1 022	5,1
Dezember	1 935	957	4,9
Insgesamt	22 798	13 055	5,7

ungewöhnliche Kälte und die fast den ganzen Monat anhaltende Schneeglätte dürfte den Verkehr sehr eingeschränkt haben. Trotzdem war wegen der Glätte die Unfallzahl überdurchschnittlich hoch. Der schwierige Straßenzustand hatte aber dazu gezwungen, langsam zu fahren. So verliefen die meisten Unfälle recht glimpflich und hatten nur Sachschaden zur Folge. In der Tabelle spiegelt sich das in der auffällig niedrigen Zahl der Verunglückten.

Ähnliche Einflüsse, die aber zeitlich und regional stärker begrenzt sind, übt die Witterung während des ganzen Jahres aus und beeinflusst damit das ganze Unfallgeschehen in der einen oder anderen Richtung. Es ist deshalb nicht möglich, anhand der Zahlen der Unfälle oder der Verunglückten quantifizierte Aussagen über die Entwicklung des Verhaltens der Verkehrsteilnehmer zu machen. Man kann allenfalls die allgemeine Entwicklungsrichtung erkennen.

Entwicklungsunterschiede in den Ortslagen

Am deutlichsten und deshalb auch deutbarsten tritt die Entwicklung des Verhaltens der Verkehrsteilnehmer zu Tage, wenn man wegen ihrer grundsätzlich anderen Verkehrsstruktur nach Ortslagen trennt. Es ergeben sich dann die folgenden Zuwachsraten:

	bei geschlossener Ortslage		bei nicht geschlossener Ortslage	
	Unfälle	Veränd. geg. 1955	Unfälle	Veränd. geg. 1955
Unfälle mit Personenschaden	7 701	+ 4 %	2 623	+ 6 %
nur mit Sachschaden	10 164	+ 18 %	2 310	+ 6 %

Insgesamt haben die Unfälle mit Personenschaden um 4% zugenommen. Das ist weniger, als dem Anstieg der Zahl der Verunglückten (+ 5%) entspricht. Es wird sich nachher auch noch zeigen, daß die Schwere der Personenschäden tatsächlich zugenommen hat. In der nicht geschlossenen Ortslage haben die Unfälle beider Schadensgruppen gleichmäßig zugenommen. In der geschlossenen Ortslage dagegen wird der Anstieg vornehmlich durch "Unfälle nur mit Sachschaden" bewirkt. Hierfür sind

hauptsächlich zwei Gründe zu nennen. Erstens wird der städtische Verkehr immer dichter. Dadurch wird eine einheitliche, nicht zu hohe Geschwindigkeit erzwungen, die die Schwere der Zusammenstöße mildert, so daß häufig nur Sachschaden entsteht. Zweitens ist aber die Zahl der Rad- und Motorradfahrer, soweit sie an Unfällen beteiligt waren, etwa konstant geblieben und damit relativ in der insgesamt gestiegenen Verkehrsteilnehmerzahl zurückgegangen. Man darf annehmen, daß auch die Verkehrsbeteiligung dieser beiden Gruppen geringer geworden ist. Sie haben aber in hohem Maße die Opfer der Unfälle gestellt. Bei einem Anteil von rund einem Viertel der Verkehrsteilnehmer entfiel die Hälfte der Verunglückten auf diese beiden Gruppen. Diese Entwicklung wird zu einem Teil kompensiert durch das Zunehmen der Mopedfahrer.

Tiefere Einblicke gibt die Tabelle 2, bei der nach der Unfallart, aber nicht nach Schadensklassen unterschieden ist. In der geschlossenen Ortslage hat die auch wegen ihres Umfangs wichtige Gruppe "Auffahren eines fahrenden Fahrzeuges" die stärkste Zunahme zu verzeichnen. Überwiegend handelt es sich hier um Auffahren auf ein voranfahrendes oder im Verkehr vorübergehend haltendes Fahrzeug, also um eine für den dichten städtischen Verkehr typische Unfallart. Wesentlich weniger ist die stärkste Gruppe "Zusammenstoß zwischen fahrenden Fahrzeugen" angestiegen. Soweit es sich hierbei um Unfälle zwischen zwei Kraftwagen handelt, überwiegen die reinen Sachschadensunfälle. Ist einer der Beteiligten Rad- oder Motorradfahrer, so wird es sich meist um schwere Unfälle handeln. Eine Untergliederung nach diesen Gesichtspunkten erfolgt leider nicht. Ein klar erkennbarer Schwerpunkt des Unfallgeschehens liegt bei den Unfällen zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger. Ihre Zuwachsraten sind überdurchschnittlich groß. Obwohl die Gruppe nur 2 000 Unfälle umfaßt, ist sie sehr wichtig, da es sich fast ausschließlich um schwere Unfälle handelt. Sie machen also einen erheblichen Teil der 7 700 Unfälle mit Personenschaden aus. Im Gegensatz zu den Unfällen mit Rad- oder Motorradfahrern ist hier auch keine

Tab. 2 Unfälle nach der Unfallart

Unfallart	Geschlossene Ortslage		Nicht geschlossene Ortslage	
	Unfälle	Veränd. geg. 1955 in %	Unfälle	Veränd. geg. 1955 in %
Zusammenstoß zwischen fahrenden Fahrzeugen	7 686	+ 9	1 675	+ 2
Auffahren eines fahrenden Fahrzeuges	6 010	+ 19	1 674	+ 3
Unfälle zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger	1 996	+ 18	371	+ 28
Andere Unfälle	2 173	- 3	1 213	+ 11
Insgesamt	17 865	+ 11	4 933	+ 6

Besserung durch einen Strukturwandel zu erhoffen, Maßnahmen, die dem Fußgänger das Überschreiten der Fahrbahn erleichtern, sind also dringend nötig. Eine der wichtigsten ist die inzwischen eingeführte Geschwindigkeitsbegrenzung.

Außerhalb der geschlossenen Ortslage sind die Unfälle durch Zusammenstoß und durch Auffahren, die je etwa ein Drittel aller Unfälle ausmachen, nur wenig gestiegen. Überdurchschnittlich ist dagegen der Zuwachs in der Gruppe "andere Unfälle". Hier handelt es sich vorwiegend um Unfälle mit nur einem Teilnehmer, zu einem kleinen Teil auch um solche zwischen Radfahrern und Fußgängern. Die Gefährdung des Fußgängers auf freier Landstraße, deren Fahrbahn er nicht nur überqueren, sondern auf der er auch ständig gehen muß, zeigt die im Verhältnis zur Verkehrsdichte hohe Zahl von fast 400 Unfällen. Die außerordentlich hohe Zuwachsrate von 28% läßt erkennen, daß der Schutz des Fußgängers nicht ausreicht.

Die unterschiedliche Verkehrsstruktur in den beiden Ortslagen erkennt man gut an der Zahl der an Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer und besonders an ihren Zuwachsraten, wie sie in Tabelle 3 dargestellt sind. In der geschlossenen Ortslage wuchs die Zahl der Verkehrsteilnehmer im gleichen Maße wie die der Unfälle. Außer der starken Zunahme der Mopeds fällt auch die der Personenwagen auf. Etwa gleich geblieben ist die Zahl der Lastwagen, der Krafträder und -roller und der Radfahrer. Die Zunahme der Fußgänger liegt etwas unter dem Durchschnitt. In der nicht geschlossenen Ortslage hat die Zahl der Verkehrsteilnehmer nicht in dem Maße zugenommen wie die Zahl der Unfälle. Das liegt daran, daß die Unfälle mit nur einem Teilnehmer überdurchschnittlich angestiegen sind. Auch hier treten die Mopeds und die Personenwagen hervor, wobei allerdings auffällt, daß die Zuwachsrate der Mopeds fast so groß ist wie in den Ortschaften, während die

Tab. 3 An Unfällen beteiligte Verkehrsteilnehmer 1956

Art des Verkehrsteilnehmers	Geschlossene Ortslage		Nicht geschlossene Ortslage	
	Verkehrsteilnehmer	Veränd. geg. 1955 in %	Verkehrsteilnehmer	Veränd. geg. 1955 in %
Krafträder und -roller	4 639	+ 2	1 308	-
Personenkraftwagen	13 958	+ 23	3 579	+ 11
Kraftomnibusse	634	+ 13	154	- 9
Lastkraftwagen ¹	5 950	- 1	1 731	- 7
Sonstige Kraftfahrzeuge	188	- 11	110	+ 28
Kraftfahrzeuge insgesamt	25 369	+ 12	6 882	+ 3
Fahrräder	3 945	- 1	676	+ 2
Mopeds	1 733	+ 46	505	+ 41
Fussgänger	2 716	+ 9	459	+ 9
Sonstige Verkehrsteilnehmer	1 208	+ 16	489	- 12
Verkehrsteilnehmer insgesamt	34 971	+ 11	9 011	+ 4

1) einschl. Zugmaschinen

Zunahme der Personenwagen knapp halb so groß ist und sich damit in den Rahmen der allgemein kleineren Änderungen einpaßt. Der verhältnismäßig große Anstieg bei den Fußgängern wurde schon von anderer Seite her beleuchtet durch die Tatsache des auffälligen Ansteigens der Unfälle zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger in Tabelle 2.

Unfälle mit 1 und 2 Verkehrsteilnehmern

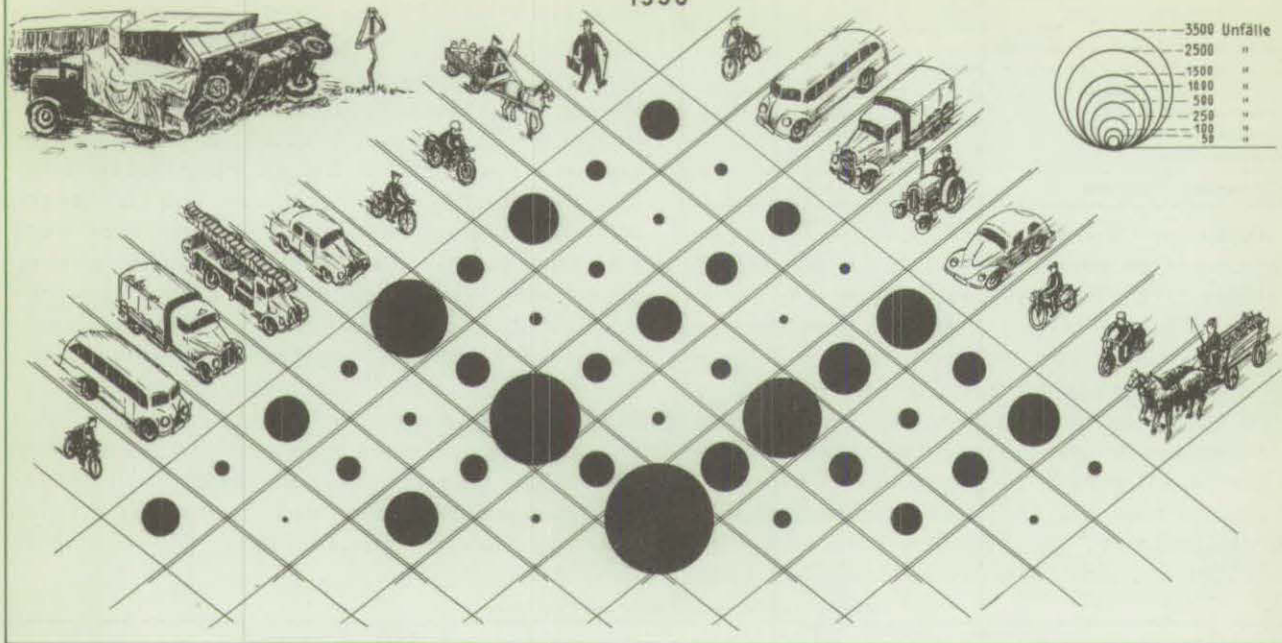
Weitere Aufschlüsse über die Unfallbeteiligung erhält man, wenn man die Unfälle mit einem und mit zwei Teilnehmern herausgreift, wie es in Tabelle 4 geschehen ist. Die Unfälle mit einem Teilnehmer, die sich in ihrer Art von denen mit mehreren Teilnehmern scharf unterscheiden, haben gegenüber dem Vorjahr um 16% zugenommen. Von den insgesamt 3 037 Unfällen ereigneten sich zwei Fünftel in nicht geschlossener Ortslage. Für diesen Teil betrug die Zunahme sogar 21%. Ordnet man nach Verkehrsteilnehmern, wobei leider nach Ortslagen zusammengefaßt werden muß, so ergeben sich bemerkenswerte Zuwachsraten. Die Zahl der Einzelunfälle mit Krafträdern blieb gleich, auch die von Radfahrern und Lastkraftwagen stieg nur gering an, nämlich um 4% bzw. 6%. Die sehr große Zuwachsrate der Mopeds von 52% erklärt sich hauptsächlich durch die erheblich

Tab. 4 Unfälle mit 1 und 2 Verkehrsteilnehmern 1956

Art des anderen Verkehrsteilnehmers	Art des einen Verkehrsteilnehmers								
	Krafträder und -roller	Personenkraftwagen	Kraftomnibusse	Lastkraftwagen	Sonstige ¹ Kraftfahrzeuge	Fahrräder	Mopeds	Fussgänger	Sonstige Verkehrsteilnehmer
Unfälle mit 1 Verkehrsteilnehmer	729	1 242	21	476	117	145	279	x	28
Unfälle mit 2 Verkehrsteilnehmern									
Krafträder und -roller	238	1 629	61	515	98	695	281	720	320
Personenkraftwagen	1 629	3 156	324	2 476	327	1 505	627	954	627
Kraftomnibusse	61	324	2	142	25	49	25	32	27
Lastkraftwagen	515	2 476	142	718	166	427	203	294	239
Sonstige Kraftfahrzeuge ¹	98	327	25	166	12	52	30	21	16
Fahrräder	695	1 505	49	427	52	367	157	368	72
Mopeds	281	627	25	203	30	157	65	267	96
Fussgänger	720	954	32	294	21	368	267	x	54
Sonstige Verkehrsteilnehmer	320	627	27	239	16	72	96	54	14
Alle Verkehrsteilnehmer	4 557	11 625	687	5 180	747	3 692	1 751	2 710	1 465

1) einschl. Zugmaschinen

DIE UNFÄLLE ZWISCHEN ZWEI VERKEHRSTEILNEHMERN 1956



gestiegene Verwendung dieser Fahrzeuge. Allerdings scheint ihre Beteiligung an Einzelunfällen unverhältnismäßig gewachsen zu sein. Das trifft auch für die Personenkraftwagen zu, deren Unfallbeteiligung überhaupt um 20%, an Einzelunfällen aber um 30% gestiegen ist.

Während die Einzelunfälle 13% aller Unfälle umfassen, kommen auf Unfälle mit zwei Teilnehmern 81%, so daß mit diesen beiden Gruppen praktisch das ganze Unfallgeschehen dargestellt ist. Mit 18 493 Unfällen mit zwei Teilnehmern hat sich diese Zahl gegenüber dem Vorjahre um 10% erhöht. Nur 18% dieser Unfälle ereigneten sich außerhalb der Ortschaften, wobei die Zahl nur wenig (+ 2%) zugenommen hatte. Der Schwerpunkt dieser Unfälle liegt in der geschlossenen Ortslage. Diese Gruppe hat auch um 11% zugenommen.

Der zweite Teil der Tabelle 4 ist nicht einfach zu lesen, da alle Unfälle mit Ausnahme derer zwischen zwei gleichen Teilnehmern in der Tabelle zweimal erscheinen, nämlich in der Spalte jedes der beteiligten Verkehrsteilnehmer. Man kann aber für jede Gruppe klar erkennen, mit welchen anderen Teilnehmern sie kollidiert. Dadurch ergeben sich Schwerpunkte, an denen die Unfallverhütung ansetzen muß. Besonders aufschlußreich wird die Tabelle, wenn man nach Schadensklassen untergliedert, worauf aber an dieser Stelle verzichtet wird. Etwa gleich gegenüber dem Vorjahre blieb die Zahl der Unfälle, an denen Krafträder (+ 1%), Lastkraftwagen (- 2%) und Fahrräder (\pm 0%) beteiligt waren. Die Unfälle mit Beteiligung von Mopeds stiegen um 44% und die mit Personenkraftwagenbeteiligung um 16%. Interessant ist es nun zu

sehen, wer jeweils der andere Beteiligte ist. In genau der Hälfte der Fälle kollidieren Fußgänger mit Rad-, Motorrad- oder Mopedfahrern. Da beide Teilnehmer durch keinen Fahrzeugaufbau geschützt sind, verlaufen diese Unfälle fast immer blutig. Die starke Beteiligung der Zweiradfahrzeuge ist insofern bemerkenswert, als ihre Geschwindigkeit meist verhältnismäßig gering ist und sie sich durch besondere Wendigkeit auszeichnen. Die Zweiradfahrzeuge stoßen in rund der Hälfte der Fälle mit Kraftwagen (einschl. Omnibussen) zusammen. Auch diese Unfälle haben eine hohe Quote an Personenschäden, da ein Teilnehmer ungeschützt und die Wucht des Zusammenstoßes oft groß ist. Sachschäden treten als einzige Folge dagegen besonders bei Unfällen zwischen Kraftwagen auf. Das sind bei den Personenkraftwagen etwa die Hälfte, bei den Lastwagen fast zwei Drittel der Fälle.

Unfallursachen

Ursachen und Begleitumstände der Unfälle werden durch die Polizeibeamten "vorläufig" festgestellt. Die Gesamtzahl der Unfallursachen ist um 6% gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Wie man aus Tabelle 5 sieht, sagt dieser Anstieg aber wenig, da Straßenzustand und Witterungseinflüsse vom Wetter abhängig sind. Damit kommt eine wesentliche Komponente, die außerhalb des menschlichen Verhaltens liegt, hinein. Die Ursachen beim Führer eines Fahrzeuges und beim Fußgänger erhöhten sich um je 12%, obwohl die Zahl der beteiligten Verkehrsteilnehmer dieser Gruppen um nur 10 bzw. 9% zunahm.

Tab. 5 Ursachen und Umstände 1956

Ursache	Anzahl	Veränderung gegenüber 1955 in %
Ursache beim Führer des Fahrzeuges	20 778	+ 12
beim Fahrzeug und seiner Ladung	896	- 8
beim Fußgänger	2 446	+ 12
Strassenverhältnisse	3 893	- 15
Witterungseinflüsse	780	- 17
Andere Einflüsse	860	+ 7
Unfallursachen insgesamt	29 653	+ 6

In ähnlicher Weise kann man die einzelnen Fahrzeugarten vergleichen (Tab. 6). So ging die Zahl der Ursachen bei Krafradfahrern um 1% zurück, während deren Beteiligung an Unfällen um 1% gestiegen war. Beiden Lastwagenfahrern nahmen die Ursachen um 2% zu, obwohl die Beteiligung um 3% gesunken war. Auch bei den Personenwagen stiegen die Ursachen stärker als die Beteiligung (22% gegenüber 20%).

Berechnet man die Zahl der Ursachen je Verkehrsteilnehmer, so ergeben sich auffällige Unterschiede. Die Zahl liegt hoch bei Last-

kraftwagen, Mopeds und Fahrrädern, niedrig bei Krafrädern und nimmt etwa eine Mittellage bei den Personenwagen ein. Zum Vergleich muß man noch die 0,77 Ursachen je Fußgänger hinzuziehen. Diese sehr hohe Zahl erinnert daran, daß eine Korrelation zwischen Schwere des Personenschadens und Ursache bei dem betreffenden Teilnehmer besteht. Die Zahlen sind also nur vergleichbar bei gleicher Gefährdung. Man darf deshalb nur Personen- und Lastwagen oder Krafräder, Mopeds und Fahrräder vergleichen. Die Gründe der Unterschiede werden erkennbar, wenn man die einzelnen Ursachen betrachtet. So sieht man, daß bei den Personenwagen "Fehler beim Überholen", "Nichtbeachten der Vorfahrt" und "Übermäßige Geschwindigkeit" etwa die gleiche Rolle spielen. Beim Lastkraftwagen heben sich aber die Fehler beim Überholen ganz erheblich heraus. Auch innerhalb der anderen genannten Gruppe zeigen sich ähnliche Gewichtsunterschiede der einzelnen Ursachen.

Tab. 6

Zahl der Ursachen beim Führer des Fahrzeuges

Art der Ursache	Insgesamt	davon bei Führern von						
		Krafrädern	Personenkraftwagen	Kraftomnibussen	Lastkraftwagen ¹	Mopeds	Fahrrädern	sonstigen Fahrzeugen
Ursachen insgesamt	20 778	2 573	8 929	361	4 484	1 300	2 634	497
darunter								
Nichtbeachten der Vorfahrt	3 398	325	1 673	43	507	227	579	44
Falsches Einbiegen oder Wenden	2 267	139	894	33	494	146	522	39
Fehler beim Überholen	4 503	514	1 736	150	1 300	222	438	143
Fahren auf der falschen Fahrbahn	1 205	203	407	15	195	130	241	14
Übermäßige Geschwindigkeit	2 918	646	1 503	29	453	150	117	20
Zu dichtes Auffahren	1 878	336	911	38	356	91	108	38
Unachtsames Zurück-, Ein- und Ausfahren	1 597	45	684	31	636	37	106	58
Veränderung der Ursachen insgesamt gegenüber 1955 in %	+ 12	- 1	+ 22	+ 16	+ 2	+ 45	- 1	+ 25
Ursachen je Verkehrsteilnehmer	0,52	0,43	0,51	0,46	0,58	0,58	0,57	0,47

1) einschl. Zugmaschinen

Übermäßige Geschwindigkeit als Ursache hat insgesamt um 13% zugenommen. Sie kam bei Lastkraftwagen um 8% und bei Radfahrern um 10% weniger vor als 1955, bei Krafradfahrern mit + 1% etwa gleich oft.

Die Zunahme um 67% bei den Mopedfahrern ist zwar groß, wird aber durch ihr geringes Gewicht gemildert. Am beachtlichsten ist der Anstieg um 26% bei den Personenwagen, auf die damit über die Hälfte der Nennungen dieser Ursache entfällt.

Alkoholeinfluß als Ursache

Die andere Unfallursache, die ein besonderes Interesse erfordert, ist der Alkoholeinfluß (Tab. 7). Er wird um ein Fünftel häufiger genannt als im Vorjahre. Das Anwachsen bei den einzelnen Teilnehmergruppen darf nur im Zusammenhang mit der Zunahme der Unfallbeteiligung gesehen werden. Mit Ausnahme der Radfahrer zeigen alle Gruppen ein überproportionales Anwachsen des Alkoholeinflusses. Bezieht man die Nennung des Alkoholeinflusses auf

die Zahl der Verkehrsteilnehmer, so erhält man für Omnibus- und Lastwagenfahrer besonders niedrige Zahlen. Das liegt weniger an der besonderen Widerstandsfähigkeit dieses Personenkreises gegenüber Anfechtungen, als vielmehr daran, daß sich ihre Fahrzeuge wenig als Fortbewegungsmittel für private Bierreisen eignen. Die besonders hohe Zahl bei den Mopedfahrern dürfte dagegen ihren Grund darin haben, daß diese Fahrzeugart in erheblichem Maße von Jugendlichen benutzt wird. Allgemein muß be-

Tab. 7

Alkoholeinfluß 1956

Art des Verkehrsteilnehmers	Anzahl der Verkehrsteilnehmer	Veränd. geg. 1955 in %	Ursache Alkoholeinfluß	Veränd. geg. 1955 in %	Ursache Alkohol je 100 Verkehrsteilnehmer
			Anzahl der Fälle		
Krafräder	5 947	+ 1	180	+ 7	3,0
Personenwagen	17 537	+ 20	450	+ 29	2,6
Kraftomnibusse	788	+ 8	6	.	0,8
Lastkraftwagen ¹	7 681	- 3	135	+ 31	1,8
Mopeds	2 238	+ 45	160	+ 52	7,1
Fahrräder	4 621	- 1	114	- 16	2,5
Fußgänger	3 175	+ 9	101	+ 20	3,2

1) einschl. Zugmaschinen

achtet werden, daß der Alkoholeinfluß die Unfallbereitschaft der Gruppen in unterschiedlichem Maße erhöht. So dürfte ein Zweiradfahrer durch Trunkenheit stärker gefährdet werden als ein Kraftwagenfahrer. Hierauf deutet die Zahl bei den Krafträdern. Der ganze Vergleich leidet aber darunter, daß man sich auf die Unfallbeteiligung der Gruppen beziehen muß und nicht, wie es richtiger wäre, auf ihre Verkehrsbeteiligung. Besonders dürfte sich dies bei den Fußgängern auswirken. Immerhin ist ihre hohe Vergleichszahl eine ernste Mahnung, wenn man ihnen auch zugute halten mag, daß sie in erster Linie sich selbst gefährden, da sie sich im Gegensatz zu Fahrzeugbenutzern nicht mit der Wucht eines Geschosses vorwärtszubewegen vermögen.

Personenschäden

Bei den Unfällen des Jahres 1956 wurden 428 Personen getötet, 5 000 schwer und 7 600 leicht verletzt. Als schwere Verletzung gilt die, die eine Überführung in stationäre Behandlung nötig macht, als getötet werden alle die gerechnet, die innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall versterben. Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Zahl der Unfallopfer um 5% erhöht (Tab. 8). Da die Zahl der Unfälle und auch die der Verkehrsteilnehmer um 10% gestiegen ist, ist also die Schwere der Unfälle, gemessen als Zahl der Verunglückten je Unfall, zurückgegangen. Diese Entwicklung war zu erwarten, da die für den städtischen Verkehr typischen reinen Sachschadensunfälle überdurchschnittlich zunehmen. Der relative Rückgang der Verunglücktenzahl zeigt je nach der Verkehrsbeteiligung gewisse Unterschiede. So nahm Verkehrsbeteiligung (Tab. 7) und Verunglückung sowohl bei Radfahrern als auch Fußgängern in gleichem Maße zu. Die Zuwachsrate der verunglückten Mopedfahrer war etwas geringer, als es ihrer gestiegenen Unfallbeteiligung entsprach. In sehr viel stärkerem Maße trifft dies aber für die Kraftradfahrer und die Kraftwagenbenutzer zu. Bei diesen steht einem Anstieg der Unfallbeteiligung von 12% ein solcher der Verunglücktenzahl von 9% gegenüber.

Die Zahl der Getöteten stieg gegenüber dem Vorjahre um 7%, die der Schwerverletzten um

Tab. 8 Getötete und Verletzte

Art der Verkehrsbeteiligung	Getötete	Schwer- verletzte		Verunglückte insgesamt	Veränd. geg. 1955 in %
		Schwer-	Leicht-		
Auf Krafträdern	82	1 455	2 196	3 733	- 4
Kraftwagen	87	1 023	1 590	2 700	+ 9
Mopeds	42	484	715	1 241	+ 41
Fahrrädern	68	848	1 683	2 599	- 1
Als Fußgänger	141	1 158	1 375	2 674	+ 9
Andere	8	28	72	108	- 11
Insgesamt	428	4 996	7 631	13 055	+ 5
davon					
Männer	340	3 516	5 610	9 466	+ 5
Frauen	88	1 480	2 021	3 589	+ 5

Tab. 9 Schwere der Personenschäden 1956

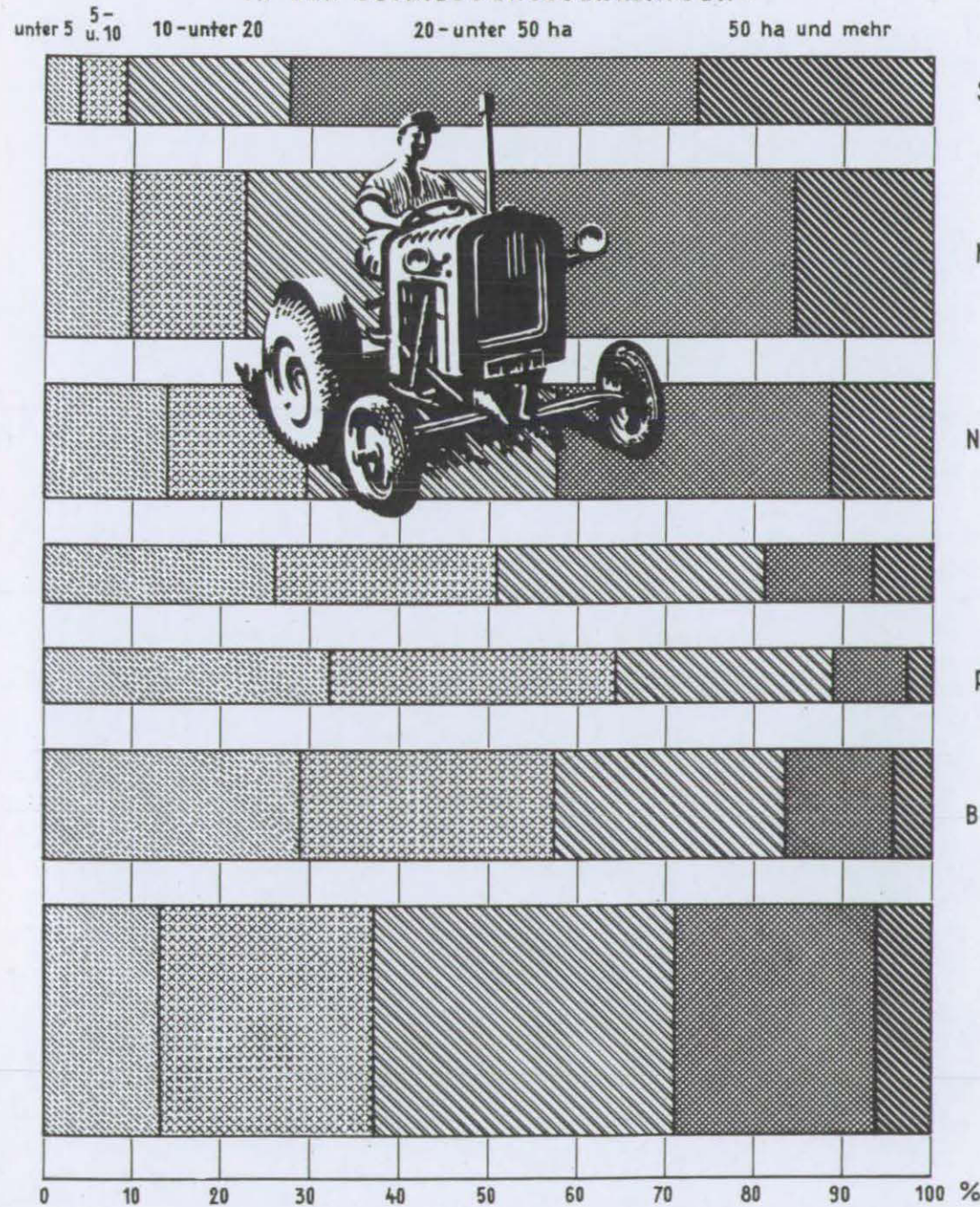
Art der Verkehrsbeteiligung	Bei Unfällen in			
	geschlossener Ortslage		nicht geschlossener Ortslage	
	Getötete	Leichtverletzte	Getötete	Leichtverletzte
	je 10 Schwerverletzte			
Auf Krafträdern	0,5	18,3	0,7	9,5
Kraftwagen	0,9	20,1	0,8	12,1
Mopeds	0,6	16,5	1,4	11,0
Fahrrädern	0,4	22,1	2,1	11,6
Als Fußgänger	1,0	12,5	2,5	8,7
Andere	3,3	24,4	2,0	28,0
Insgesamt	0,7	17,4	1,2	10,8

11%, dagegen die der Leichtverletzten nur um 1%. Dieser ungleiche Anstieg zeigt bereits deutlich, daß die Schwere der Personenschäden zugenommen hat. Man mißt sie, indem man die Zahl der Getöteten und der Leichtverletzten auf die der Schwerverletzten bezieht (Tab. 9). Abnahme der Verhältniszahl der Leichtverletzten und Zunahme der der Getöteten bedeutet dann einen Anstieg der Schwere der Personenschäden. Wegen der Kleinheit der Getötetenanzahl ist allerdings die zu ihr gehörige Verhältniszahl leicht zufälligen Schwankungen ausgesetzt, was für die Leichtverletzten nicht zutrifft, so daß ihre Verhältniszahl die sicherere Aussage treffen kann. Im Jahre 1955 entfielen in der geschlossenen Ortslage auf 10 Schwerverletzte 0,7 Getötete und 19,5 Leichtverletzte und in der nicht geschlossenen Ortslage 1,3 Getötete und 11,5 Leichtverletzte. Der Anstieg der Schwere umfaßt in der geschlossenen Ortslage alle Teilnehmergruppen, allerdings in etwas unterschiedlichem Maße. Die Tabelle zeigt, daß die Fußgänger und nach ihnen die Mopedfahrer besonders gefährdet sind, während die günstige Position der Radfahrer überrascht. In der nicht geschlossenen Ortslage sind die Personenschäden durchweg schwerer, auch sind die Unterschiede zwischen den Gruppen kleiner. Die Schäden der Mopedfahrer und Kraftwagenbenutzer sind etwas leichter geworden, bei allen anderen Gruppen haben sie aber zugenommen.

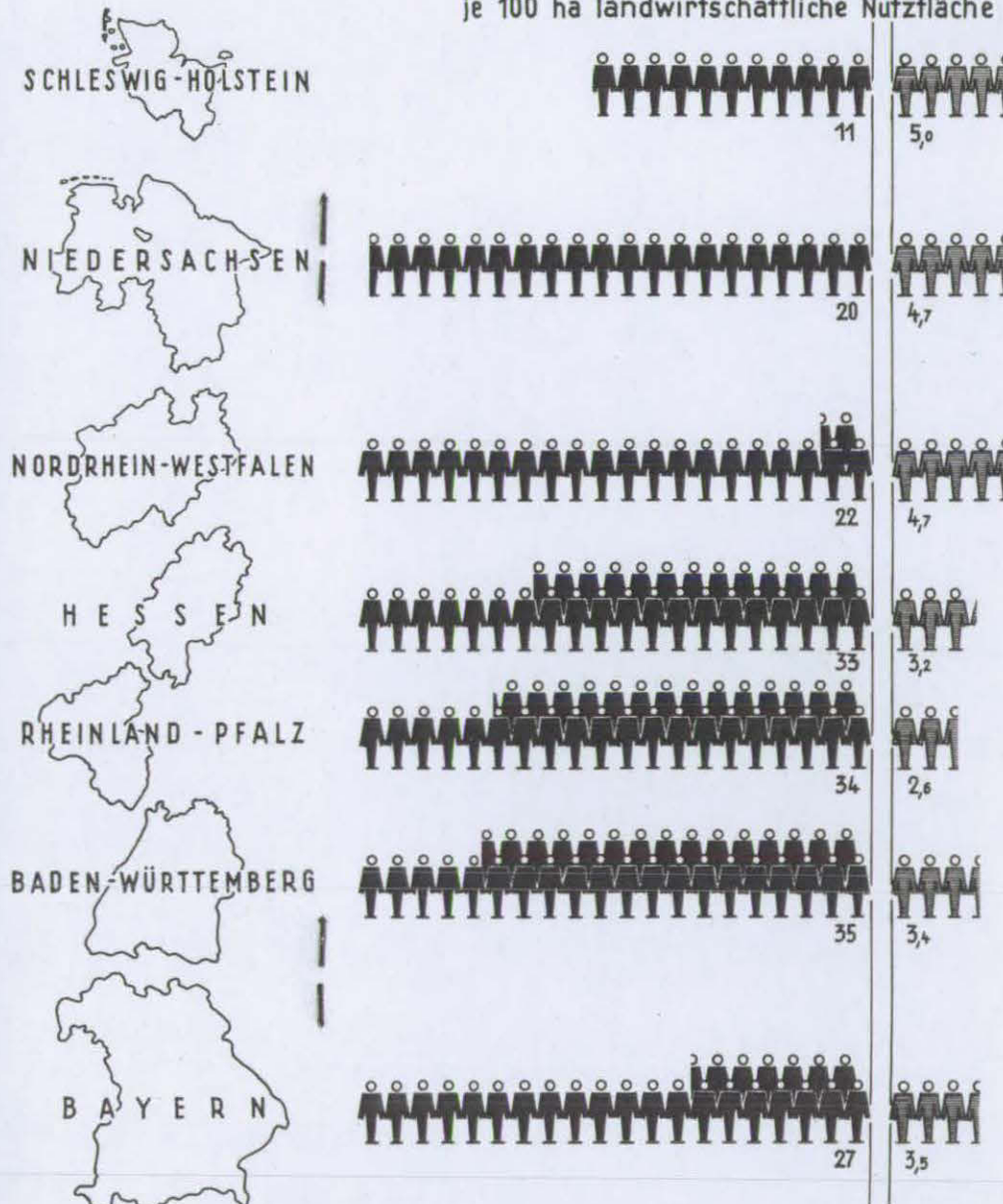
Von der Gesamtzahl der Verunglückten waren 11,4% Jugendliche unter 14 Jahren und 10,3% über 60jährige. Im Vorjahre waren es noch 11,5% bzw. 9,7%. Der Anteil der alten Leute ist also gestiegen. Da beide Gruppen am Kraftverkehr weniger beteiligt sind, wird das Bild klarer, wenn man sich auf die Fußgänger beschränkt. Von ihnen waren 37% Jugendliche und 24% alte Leute. Vergleicht man hiermit den Bevölkerungsanteil von 20% bzw. 17%, so wird einem die Dringlichkeit des Problems klar. Die Zunahme der verunglückten Jugendlichen um 4% zeigt gegenüber der allgemeinen Zunahme um 5% eine relative Besserung im Gegensatz zu den alten Leuten, von denen 12% mehr verunglückten. Der Schwerpunkt bei den Jugendlichen liegt in

DIE LANDWIRTSCHAFT IN DEN BUNDESLÄNDERN ¹⁾

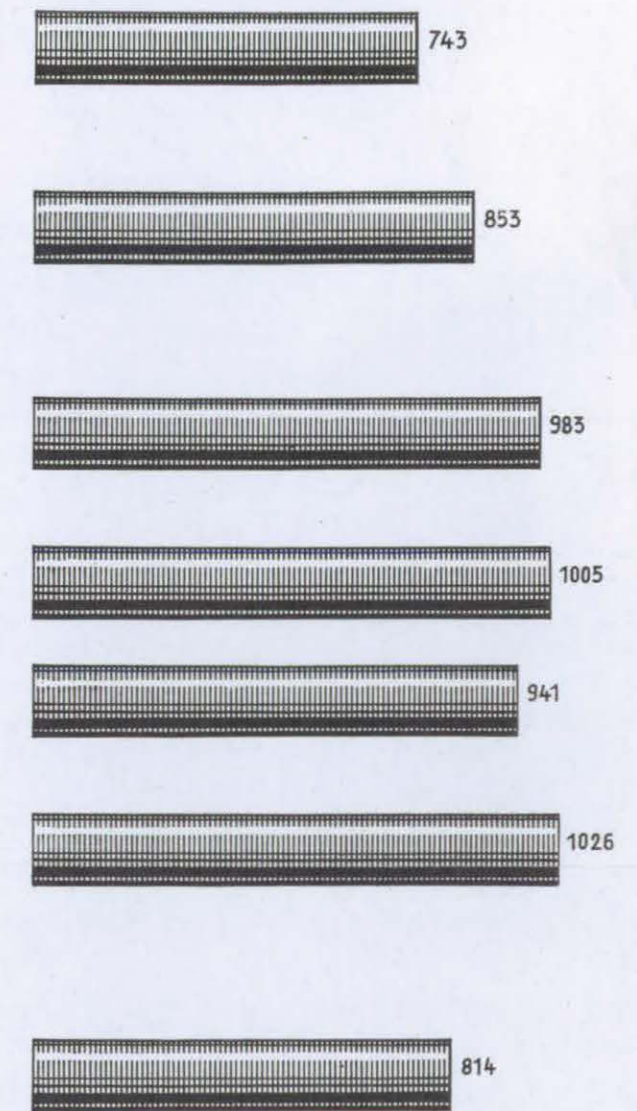
LANDWIRTSCHAFTLICHE NUTZFLÄCHE ²⁾ IN DEN BETRIEBSGRÖSSENKLASSEN :



STÄNDIG BESCHÄFTIGTE ARBEITSKRÄFTE ³⁾ Betriebsinhaber und seine Familienangehörigen | Familienfremde je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche



WERTSCHÖPFUNG ⁴⁾ in Land-u. Forstwirtschaft und Fischerei je ha landwirtsch. Nutzfläche in DM



In Schleswig-Holstein entfallen über zwei Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Betriebe mit 20 und mehr ha LN. Dieser Anteil wird von keinem anderen Bundesland auch nur annähernd erreicht. Der Anteil der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe mit unter 5 ha LN beträgt im Lande nicht einmal 5%. Am stärksten sind die Kleinbetriebe in Rheinland-Pfalz vertreten, wo sie etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf sich vereinigen. - Die unterschiedliche Betriebsgrößenstruktur in den einzelnen Ländern hat zur Folge, daß in Ländern mit einem großen Anteil kleinerer Betriebe die Zahl der Betriebsinhaber und ihrer Familienangehörigen je 100 ha LN wesentlich höher und die Zahl der familienfremden Arbeitskräfte entsprechend niedriger liegt als in Ländern mit vorwiegend größeren Betrieben.

So entfallen in Schleswig-Holstein auf 100 ha LN 11 Betriebsinhaber und Familienangehörige und 5 familienfremde Arbeitskräfte, während beispielsweise in Rheinland-Pfalz je 100 ha LN 34 Betriebsinhaber und Familienangehörige, aber nur 2,6 familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt sind. - Die Wertschöpfung je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche liegt in Schleswig-Holstein mit 743 DM wesentlich unter den entsprechenden Werten der mehr im Süden der Bundesrepublik gelegenen Bundesländer. Das liegt zum Teil daran, daß in diesen Ländern die Intensivkulturen wie Gemüse, Wein, Hopfen u. a. besonderes Gewicht haben zum anderen aber auch daran, daß das Preisniveau für einige anteilmäßig bedeutsame Produkte dort höher ist.

¹⁾ ohne Hamburg, Bremen und Saarland
²⁾ Mai 1957
³⁾ Statistik der Landarbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben; Juli 1956
⁴⁾ Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten in jeweiligen Preisen; vorläufiges Ergebnis 1956

Tab. 10 Verunglückte Jugendliche und alte Leute

Art der Verkehrsbeteiligung	Jugendliche					Personen von 60 Jahren und darüber		
	unter 6 Jahre		von 6 - 14 Jahren		insgesamt	m.	w.	insgesamt
	m.	w.	m.	w.				
Auf Kraftträdern	7	2	19	7	35	43	3	46
Kraftwagen	26	23	49	44	142	131	65	196
Mopeds	3	1	3	-	7	114	4	118
Fahrrädern	14	13	237	58	322	294	37	331
Als Fussgänger	277	166	303	220	966	330	310	640
Andere	-	2	7	6	15	11	3	14
Insgesamt	327	207	618	335	1 487	923	422	1 345

der Gruppe der Fußgänger (Tab. 10). Als Radfahrer treten besonders Jungen im Alter von 6 - 14 Jahren auf. Die nicht ganz kleine Gruppe der Kraftfahrzeugbenutzer, die im übrigen um 17% zugenommen hat, verdient insofern weniger Beachtung, weil die Jugendlichen hier nicht selbständig handelnd auftreten. Als Radfahrer

verunglückten 4% weniger Jungen und ein Viertel weniger Mädchen als im Vorjahre. Besonders große Zunahmen zeigten sich in der Gruppe der Fußgänger bei den Jungen unter 6 Jahren (+ 12%) und bei den Mädchen von 6 - 14 Jahren (+ 24%). Bei den alten Leuten sind wegen der anderen Verkehrsbeteiligung die Männer stärker gefährdet. Sie verunglückten 10% häufiger als im Vorjahre. Je etwa ein Drittel ihrer Verkehrsoffer entfiel auf die Gruppen Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrer. Von den Frauen dagegen verunglückten drei Viertel als Fußgänger und damit 16% mehr als im Vorjahre.

Vergleiche auch: "Die Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1955" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 9. Jahrgang, Heft 3, März 1957, Seite 83 ff. und "Die Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1957" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 10. Jahrgang N.F., Heft 2, Februar 1958, Seite 118 ff.

Dipl.-Math. G. Schaub

Von den insgesamt 579 000 am 25. September 1956 in Schleswig-Holstein ermittelten Normalwohnungen waren 309 000 (53 %) bis zum Ende des ersten Weltkrieges, 136 000 (24%) vorwiegend in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und 134 000 (23%) nach der Währungsreform erbaut worden. Mehr als jede fünfte Wohnung des Bestandes von 1956 entstand also in der Bauperiode nach der Währungsreform. — Unter den 270 000 vom Ende des ersten Weltkrieges bis zum Zählungsstichtag erstellten Wohnungen sind etwa 16 000 auf einem Baugrund errichtet, d. h. wieder aufgebaut worden, auf dem durch Kriegseinwirkung zerstörte Gebäude gestanden hatten. — Rund 136 000 (24 %) der 579 000 im Lande vorhandenen Normalwohnungen waren 1956 im Besitze oder Eigentum von Vertriebenenhaushalten, und weitere 44 000 (8 %) wurden von wohnungsgeschädigten Hauptmieter- oder Eigentümerhaushalten bewohnt. — Weit über vier Fünftel aller Wohnungen lagen in vorwiegend oder ausschliesslich zu Wohnzwecken errichteten Gebäuden, wobei die Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit 48 % den grössten Anteil an dem Normalwohnungsbestand des Landes beanspruchten. 11 % aller Wohnungen befanden sich in Bauernhäusern. — Von den vor 1918 errichteten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern waren 45 % und von den vorwiegend zwischen den beiden Weltkriegen errichteten Wohnungen waren 51 % Eigentümerwohnungen. — Die Wohnungen sind von Periode zu Periode an Räumen kleiner gebaut worden. In der Bauperiode bis 1918 betrug die Wohnungsgrösse durchschnittlich 3,8 Räume, in der Bauperiode nach der Währungsreform durchschnittlich 3,5 Räume. In diesem Rückgang findet vor allem der in den Jahren der grössten Wohnungsnot besonders intensive Bau von Kleinwohnungen seinen Niederschlag.

Der Normalwohnungsbestand in Schleswig-Holstein

(Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57)

Im Dezemberheft 1957 der "Statistischen Monatshefte" wurden bereits einige Ergebnisse aus der allgemeinen Erhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 veröffentlicht. Der folgende Bericht, dem Ergebnisse der 10%-Repräsentativstatistik vom 25. 9. 1956 zugrunde liegen, knüpft an diese Darstellung an und ergänzt die bisherigen Kenntnisse über die Struktur des Normalwohnungsbestandes insbesondere hinsichtlich Baualter und Gebäudeart sowie Grösse und Besitzverhältnis der Wohnungen.

1. Die Normalwohnungen nach Baualtersklassen
Das Baualter der Normalwohnungen wurde bei der Wohnungsstatistik 1956/57 nach folgenden drei Bauperioden unterschieden:

1. Vor dem 1. 7. 1918 (Ende des 1. Weltkrieges) bezugsfertig geworden;

2. vom 1. 7. 1918 bis zum 20. 6. 1948 (Tag der Währungsreform) bezugsfertig geworden;

3. nach dem 20. 6. 1948 bezugsfertig geworden.

Maßgebend für die Einreihung in eine dieser drei Gruppen war das Jahr der ursprünglichen Errichtung (Bezugsfertigstellung) des Gebäudes. Bei Wohnungen in beschädigten, aber wiederhergestellten Gebäuden galt als Baujahr ebenfalls der Zeitpunkt der ursprünglichen Errichtung, dagegen bei Wohnungen in totalzerstörten aber wiederhergestellten Gebäuden das Jahr des Wiederaufbaues.

Von den insgesamt 579 000 am 25. September 1956 in Schleswig-Holstein ermittelten Normalwohnungen waren 309 000 vor dem 1. Juli 1918,

Tab. 1 Der Normalwohnungsbestand Schleswig-Holsteins nach Gebäudeart, Besitzverhältnis und Baualter am 25. September 1956¹

Baualter	Wohnungen			Wohnungen in Bauernhäusern und Nebenerwerbsstellen und zwar		Wohnungen in Wohngebäuden					Wohnungen in massiven Nichtwohngebäuden	
	insgesamt	darunter Wohnungen im Besitz bzw. Eigentum von		Eigentümer-wohnungen	Miet-wohnungen	mit 1 und 2 Wohnungen ²		mit 3 und mehr Wohnungen			Eigentümer-wohnungen	Miet-wohnungen
		Vertriebenen	Wohnungsgeschädigten			Vom Eigentümer bewohnte Gebäude		Nicht vom Eigentümer bewohnte Gebäude	Eigentümer-wohnungen	Miet-wohnungen		
				Eigentümer-wohnungen	Miet-wohnungen	Eigentümer-wohnungen	Miet-wohnungen					
in 1 000												
Vor dem 1. 7. 1918 bezugsfertige Wohnungen	309,2	49,1	17,8	33,6	12,0	57,4	23,7	47,7	12,7	114,3	1,4	6,4
Vom 1. 7. 1918 bis zum 20. 6. 1948 bezugsfertige Wohnungen	136,1	21,4	12,8	6,3	1,9	42,9	10,5	31,1	1,5	39,2	0,3	2,4
Nach dem 20. 6. 1948 bezugsfertige Wohnungen	134,1	65,6	13,2	7,0	2,1	38,7	8,3	17,2	1,2	58,2	0,2	1,2
Insgesamt	579,5	136,2	43,9	46,9	16,1	139,0	42,5	95,9	15,5	211,7	1,9	10,0

1) nach den Ergebnissen der 10 % Erhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57. Sämtliche absoluten Werte sind hochgerechnet; kleinere Abweichungen gegenüber der Totalerhebung sind methodisch und rechnerisch bedingt
2) einschliesslich Behelfsheime mit 30 und mehr qm und Kleinsiedlerstellen

136 000 in der Zeit vom 1. 7. 1918 bis zum 20. 6. 1948 und 134 000 nach dem 20. Juni 1948 bezugsfertig gewesen. Von jeweils 100 Wohnungen des am Zählungstichtag vorhandenen Bestandes waren also 53 bis zum Ende des 1. Weltkrieges, 24 vorwiegend in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und 23 nach der Währungsreform erbaut worden. Allein mehr als jede fünfte Wohnung des derzeitigen Bestandes ist also in der Bauperiode nach der Währungsreform erbaut worden. Und diese Zahl ist noch insofern zu niedrig, als bei dieser Berechnung jene Wohnungen unberücksichtigt blieben, die - in teilweise kriegszerstörten Gebäuden liegend - zwar nach 1948 wieder hergestellt worden sind, aber auf Grund oben genannter Definition baualtersmäßig dem Jahr der ursprünglichen Errichtung des Gebäudes zugerechnet wurden.

Unter den 270 000 vom Ende des 1. Weltkrieges bis zum Zählungstichtag erstellten Wohnungen sind etwa 16 000 auf einem Baugrund errichtet, d. h. wiederaufgebaut worden, auf dem durch Kriegseinwirkung zerstörte Gebäude gestanden hatten. Diese Zahl erscheint zunächst gering, wird aber verständlich, wenn man bedenkt, daß von den Kriegszerstörungen im Lande hauptsächlich größere Städte betroffen wurden und in diesen Städten wiederum in besonderem Maße die Stadtkerne. In den Stadtzentren stehen aber vorwiegend Geschäfts- und Verwaltungsgebäude mit nur beschränkten Wohnmöglichkeiten, so daß die Zahl der zerstörten Wohnungen im Verhältnis zu der Zahl der zerstörten Gebäude gering ist. Hinzu kommt noch, daß viele Bauvorhaben, die bautechnisch als Wiederaufbau anzusprechen sind, unter den Neubauten nachgewiesen werden, da der Wiederaufbau ehemals

zerstörter Wohnflächen nach städtebaulichen Gesichtspunkten vollkommen neu gestaltet wurde.

2. Die Verteilung der Normalwohnungen auf die Geschädigtengruppen

Rund 136 000 oder 24% der 579 000 im Lande vorhandenen Normalwohnungen waren am 25. September 1956 im Besitze oder Eigentum von Vertriebenenhaushalten und weitere 44 000 oder 8% wurden von wohnungsgeschädigten Hauptmieter- oder Eigentümerhaushalten bewohnt. Berücksichtigt man, daß außerdem noch ein weiterer - wenn auch geringerer - Teil Normalwohnungen im Besitze oder Eigentum von Sowjetzonenflüchtlings und sonstigen Zugewanderten war, so wohnte am Zählungstichtag in mehr als jeder dritten Wohnung ein durch Krieg und Kriegsfolgen betroffener Haushalt als Wohnungsinhaber.

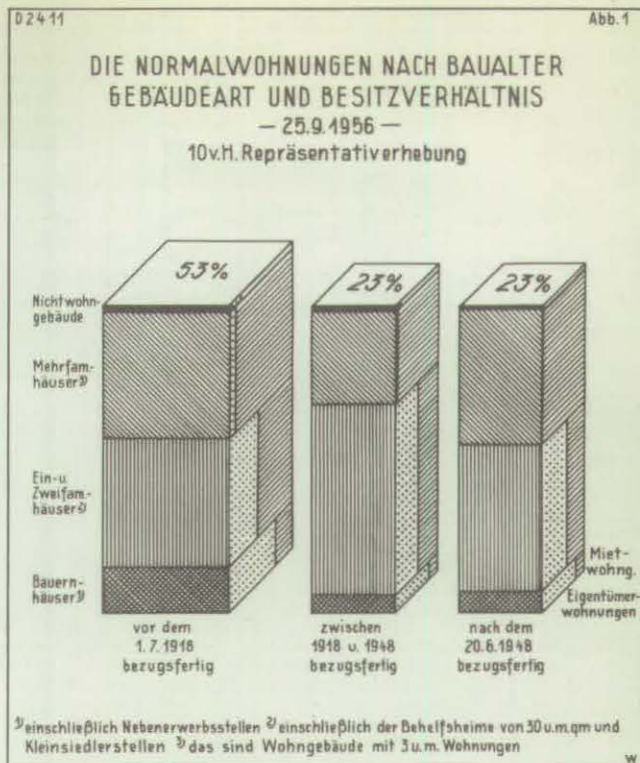
Bei einer Betrachtung der Verteilung der Normalwohnungen auf die drei Bauperioden in der Gliederung nach Geschädigtengruppen ergibt sich, daß mit abnehmendem Baualter die Anteile der Wohnungen, deren Inhaber Vertriebener oder Wohnungsgeschädigter war, zunehmen. Während von den vor dem 1. 7. 1918 bezugsfertig gewordenen Wohnungen nur 16% in Händen von Vertriebenen und 6% von Wohnungsgeschädigten waren, betragen die entsprechenden Anteile bei den nach der Währungsreform 1948 fertiggestellten Wohnungen 49 bzw. 10%. Gliedert man aus der letztgenannten Baualtersgruppe die öffentlich geförderten Wohnungen heraus, so zeigt sich, daß von diesen Wohnungen allein 55% im Besitze oder Eigentum von Vertriebenen und weitere 10% der Wohnungen von wohnungsgeschädigten Hauptmieter- oder Eigentümerhaus-

halten bewohnt wurden. In diesen Zahlen spiegeln sich deutlich die Auswirkungen des Wohnungsbaugesetzes zu Gunsten der durch den Krieg vom Wohnraumverlust betroffenen Personengruppen wider.

3. Die Verteilung der Normalwohnungen auf Gebäudearten

Dem Verwendungszweck der Gebäude entsprechend wurde für die Einreihung der Normalwohnungen in bestimmte Gebäudearten unterschieden zwischen Wohnungen in Bauernhäusern, Wohnungen in Wohngebäuden und Wohnungen in massiven Nichtwohngebäuden. Die Wohnungen in Wohngebäuden wurden außerdem noch unterteilt in Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.

Von den insgesamt 579 000 in Schleswig-Holstein festgestellten Normalwohnungen wurden 504 000 oder 87% in normalen Wohngebäuden, 63 000 oder 11% in Bauernhäusern und 12 000 oder 2% in massiven Nichtwohngebäuden erfaßt. Weit über vier Fünftel aller Wohnungen lagen in vorwiegend oder ausschließlich zu Wohnzwecken errichteten Gebäuden, wobei die Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit 48% den größten Anteil an dem gesamten Normalwohnungsbestand des Landes beanspruchten. Das beweist zugleich, daß in Schleswig-Holstein das Ein- bzw. Zweifamilienhaus den verbreitetsten Bautyp darstellt, während das Bauernhaus



nach der Zahl der Wohnungen relativ schwach vertreten ist. In diesem Zusammenhang muß allerdings erwähnt werden, daß zu den Einfamilienhäusern auch die Kleinsiedlerstellen gerechnet wurden, während die Nebenerwerbsstellen den Bauernhäusern zugeschlagen wurden.

Tab. 2 Die Normalwohnungen nach Gebäudearten und der Grösse der darinliegenden Wohnungen¹

Baualter	Räume je Wohnung	Wohnungen insgesamt	davon									
			Wohnungen in Bauernhäusern und Nebenerwerbsstellen und zwar		Wohnungen in Wohngebäuden				Wohnungen in massiven Nichtwohngebäuden			
			Eigentümerwohnungen	Mietwohnungen	mit 1 und 2 Wohnungen ²		mit 3 und mehr Wohnungen		Eigentümerwohnungen	Mietwohnungen	Eigentümerwohnungen	Mietwohnungen
					Vom Eigentümer bewohnte Gebäude	Nicht vom Eigentümer bewohnte Gebäude	Eigentümerwohnungen	Mietwohnungen				
in 1 000												
Vor dem 1. 7. 1918 bezugsfertige Wohnungen	1 und 2	38,7	0,5	2,2	3,3	5,3	6,5	0,8	18,9	0,1	1,1	
	3 und 4	196,1	15,0	6,8	34,3	16,4	30,5	8,2	80,9	0,6	3,5	
	5 u. mehr	74,4	18,1	3,0	19,8	2,0	10,7	3,7	14,5	0,8	1,9	
	zusammen	309,2	33,6	12,0	57,4	23,7	47,7	12,7	114,3	1,4	6,4	
Vom 1. 7. 1918 bis zum 20. 6. 1948 bezugsfertige Wohnungen	1 und 2	14,0	0,1	0,3	2,7	2,7	3,3	0,1	4,3	0,0	0,5	
	3 und 4	89,3	2,8	1,1	24,4	7,1	19,9	1,0	31,4	0,2	1,5	
	5 u. mehr	32,8	3,4	0,5	15,8	0,7	7,9	0,5	3,5	0,1	0,5	
	zusammen	136,1	6,3	1,9	42,9	10,5	31,1	1,5	39,2	0,3	2,4	
Nach dem 20. 6. 1948 bezugsfertige Wohnungen	1 und 2	17,8	0,1	0,5	1,6	2,8	2,4	0,1	10,1	0,0	0,1	
	3 und 4	96,5	4,5	1,5	25,6	5,2	11,8	1,0	46,0	0,1	0,8	
	5 u. mehr	19,8	2,4	0,1	11,5	0,3	2,9	0,2	2,1	0,0	0,3	
	zusammen	134,1	7,0	2,1	38,7	8,3	17,2	1,2	58,2	0,2	1,2	
Insgesamt	1 und 2	70,5	0,8	3,0	7,6	10,8	12,2	1,0	33,3	0,1	1,7	
	3 und 4	382,0	22,3	9,4	84,3	28,7	62,2	10,1	158,3	0,9	5,8	
	5 u. mehr	127,0	23,9	3,7	47,1	3,0	21,5	4,3	20,1	0,9	2,6	
	zusammen	579,5	46,9	16,1	139,0	42,5	95,9	15,5	211,7	1,9	10,0	

1) nach den Ergebnissen der 10 % Erhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57. Sämtliche absoluten Werte sind hochgerechnet; kleinere Abweichungen gegenüber der Totalerhebung sind methodisch und rechnerisch bedingt 2) einschliesslich Behelfsheime mit 30 und mehr qm und Kleinsiedlerstellen

Gegenüber den Bauernhäusern und den Wohngebäuden bieten die Nichtwohngebäude - wie schon die Bezeichnung erkennen läßt - nur geringe Wohnmöglichkeiten. So muß man sich unter den 12 000 Wohnungen, die am Zählungstichtag in solchen Gebäuden ermittelt wurden, vor allem die Dienstwohnungen von Pförtnern, Hausverwaltern, Hausmeistern und dergleichen sowie die Etagenwohnungen in den oberen Geschossen der größeren Geschäftshäuser in den Städten vorstellen.

Betrachtet man die Wohnungen unter dem Gesichtspunkt, in welcher der drei Bauperioden die Wohnungen einer Gebäudeart ihren höchsten Anteil an den während der Periode insgesamt errichteten Wohnungen erreichen konnten, so zeigt sich, daß die Wohnungen in Bauernhäusern und Nichtwohngebäuden am stärksten unter den vor 1918 erbauten Wohnungen vertreten sind, die Wohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern ihren Schwerpunkt bei den vorwiegend zwischen den beiden Weltkriegen errichteten Wohnungen haben und die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ihren größten Anteil bei den nach der Währungsreform erstellten Wohnungen erzielen konnten. Letzterer Tatbestand hängt offensichtlich mit der Massierung des Wohnungsbaues in den Mittel- und Großstädten des Landes zusammen, sei es auf Grund der besseren Arbeitsmöglichkeiten und der dementsprechend höheren Bedarfstendenzen, sei es auf Grund der Zerstörungen während des Krieges.

Aufschlußreich ist ebenfalls die Tatsache, daß von den rund 59 000 nach 1948 in Mehrfamilienhäusern erbauten Wohnungen allein über 70% öffentlich gefördert wurden, ein Anteil, der bei den Wohnungen der anderen Gebäudearten bei weitem nicht erreicht werden konnte.

4. Die Normalwohnungen nach dem Besitzverhältnis

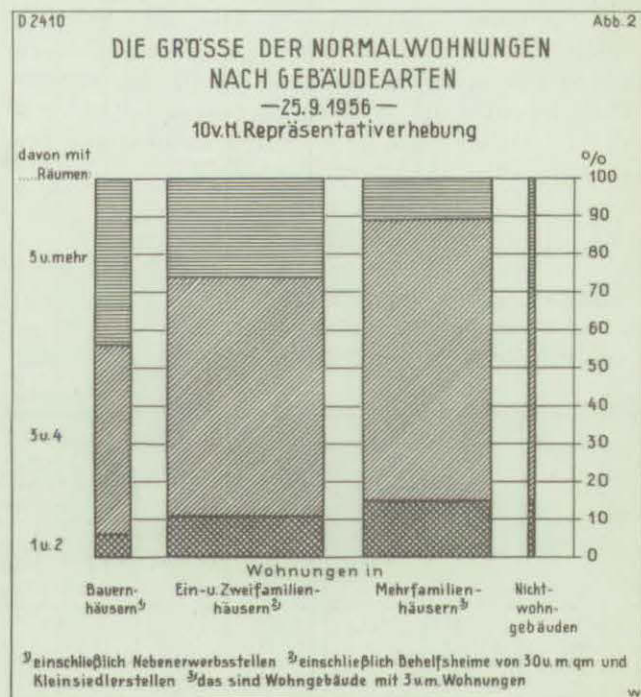
Interessant ist eine Betrachtung der Verteilung der Normalwohnungen auf die drei Baualtergruppen nach Gebäudearten und Besitzverhältnis. Es tritt dabei zutage, daß der Anteil der von Eigentümern selbst benutzten Wohnungen in Bauernhäusern erwartungsgemäß am höchsten (74%), bei den Ein- und Zweifamilienhäusern am zweitstärksten (50%) und bei den Nichtwohngebäuden und Mehrfamilienhäusern mit 16 bzw. 7% am geringsten war. Bei den Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern ist aber darauf hinzuweisen, daß rund 35% der Wohnungen in Gebäuden liegen, die nicht vom Eigentümer selbst bewohnt werden. Als Begründung hierfür ist anzunehmen, daß es sich bei einem Teil dieser Wohnungen um Dienst- oder Werkwohnungen privater und öffentlicher Unternehmungen handelt. Zu einem weiteren Teil sind es Wohnungen, die sich im Zeitpunkt der Zählung noch im Eigentum von Wohnungsbau- und Siedlungs-

gesellschaften befanden, die aber in vielen Fällen - dem Charakter der Unternehmen entsprechend - nach einigen Jahren durch Auflassung in das Eigentum der Bewohner überführt werden. So ist im Grunde genommen der Anteil der Eigentümerwohnungen bei den Ein- und Zweifamilienhäusern wesentlich höher einzuschätzen. Besonders eindrucksvoll ist der Anteil dieser Eigentümerwohnungen bei den nach der Währungsreform erbauten Ein- und Zweifamilienhäusern, bei denen schon am Zählungstichtag 60% aller Wohnungen Eigentümerwohnungen waren. Überhaupt zeigt sich, daß der Anteil an Eigentümerwohnungen bei dieser Gebäudeart von Bauperiode zu Bauperiode ständig zugenommen hat. So waren von den vor 1918 errichteten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern 45% und von den vorwiegend zwischen den beiden Weltkriegen errichteten Wohnungen 51% Eigentümerwohnungen. Für die Zukunft darf erwartet werden, daß sich diese "Kleineigentumsbildung" infolge der gesetzlich geförderten Eigenheimbestrebungen verstärkt fortsetzen wird.

5. Die Wohnungsgröße nach der Raumzahl

Die Kenntnis der Wohnungsgrößen ist in wohnungs- wie sozialpolitischer Hinsicht besonders wichtig. Im Zusammenhang mit den Belegungsverhältnissen gibt sie Auskunft über die mehr oder weniger starke Zusammenballung von Haushalten in den Wohnungen.

Betrachtet man zunächst die durchschnittliche Zahl der Räume je Normalwohnung, so zeigt sich in der Streuung dieser Zahl über die drei Baualterklassen, daß die Wohnungen von Periode zu Periode weniger Räume enthalten,



und zwar ist die Wohnungsgröße von durchschnittlich 3,8 Räumen in der ersten Bauperiode auf 3,5 in der dritten Bauperiode gesunken. In diesem Rückgang findet vor allem der in den Jahren der größten Wohnungsnot besonders intensive Bau von Kleinwohnungen seinen Niederschlag.

Bei den einzelnen Gebäudearten weichen von der durchschnittlichen Wohnungsgröße im Lande von 3,8 Räumen je Wohnung wesentlich nur die Wohnungen in Bauernhäusern ab, die mit einem Durchschnitt von 4,6 Räumen je Wohnung beträchtlich größer sind als beispielsweise die Wohnungen in normalen Wohngebäuden.

Gliedert man die Wohnungen nach der Zahl der darin liegenden Räume auf, so liegt in allen Bauperioden der Schwerpunkt unbestritten bei den Drei- und Vierraumwohnungen, die jeweils zu 63, 66 und 72% an den während einer Periode errichteten Wohnungen beteiligt sind. Es zeigt sich jedoch weiter, daß der Anteil der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen von 24% bei den vor 1918 bezugsfertigen Wohnungen auf 15% bei den nach der Währungsreform erbauten Wohnungen zurückgefallen ist.

Vergleiche auch: "Die Wohnverhältnisse im September 1956" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 9. Jahrgang N.F., Heft 7, Juli 1957, Seite 368 ff.

Dr. G.-R. Knüppel

Im Jahre 1956 wurden in Schleswig-Holstein rund 18 000 Ehen geschlossen, das sind rund 35 % weniger als 1948, dem Jahr mit der grössten Zahl von Eheschliessungen nach dem Kriege und rund 6 % mehr als 1954, dem Jahr mit den wenigsten Eheschliessungen. Auf je 1 000 Einwohner kamen 1956 7,9 Eheschliessungen; 1948 waren es 10,1 und 1954 7,3 gewesen. Die meisten Ehen wurden wie in den Vorjahren im August geschlossen. Vier Fünftel aller Ehen wurden zwischen "bisher Ledigen" eingegangen, 1953 waren es drei Viertel gewesen. Annähernd zwei Fünftel der Männer heirateten im Alter bis zu 25 Jahren. Bei den Frauen entfielen mehr als drei Fünftel aller Eheschliessungen auf diese Altersgruppe. — Bei den Geburten ergab sich 1956 erstmalig seit 1948 ein Anstieg der Lebendgeborenen. Von den insgesamt rund 32 200 Lebendgeborenen Kindern wurden 91 % ehelich und 9 % unehelich geboren. Auf 100 Mädchen entfielen 106,6 Knaben. — Die Zahl der Sterbefälle erreichte mit rund 25 200 die gleiche Höhe wie im Jahre 1954. Infolge des Bevölkerungsrückganges seit 1954 weist das Jahr 1956 aber mit 11,1 Gestorbenen auf je 1 000 Einwohner die höchste Sterbeziffer seit 1948 aus. Während die allgemeine Sterbeziffer im Jahre 1956 höher war als in den vorhergehenden Jahren, ging die Säuglingssterblichkeit — berechnet auf je 100 Lebendgeborene — von 3,9 im Jahre 1955 auf 3,7 im Jahre 1956 zurück.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1956

Im Jahre 1956 hat in Schleswig-Holstein die Zahl der Eheschließungen, der Lebendgeborenen, aber auch die Zahl der Gestorbenen gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Die sich hieraus für die Bevölkerungsbewegung ergebenden Veränderungen werden in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung festgehalten, aus der nachstehend einige wichtige Ergebnisse für das Jahr 1956 veröffentlicht werden.

1. Die Eheschließungen

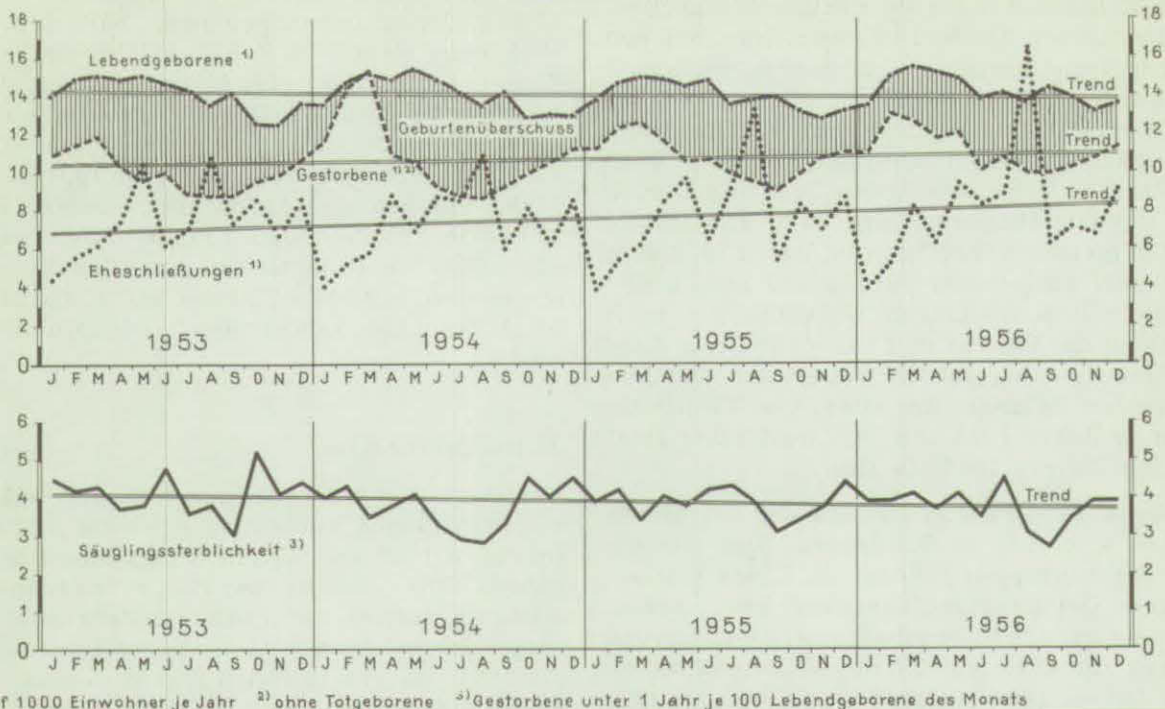
Im Jahre 1956 wurden in Schleswig-Holstein 18 019 Ehen geschlossen. Vergleicht man diese Zahl mit den Zahlen früherer Jahre, so ergibt

sich, daß das Maximum der Zahl der Eheschließungen während der Nachkriegszeit mit 27 734 im Jahre 1948 und das Minimum mit 17 072 Eheschließungen im Jahre 1954 lag. Seit 1954 ist aber die Zahl der bei den Standesämtern Schleswig-Holsteins registrierten Eheschließungen wieder im Steigen. Diese Entwicklung kommt noch besser zum Ausdruck, wenn durch Gegenüberstellung der Zahl der Bevölkerung und der Zahl der Eheschließungen sogenannte Eheschließungsziffern berechnet werden. So kamen auf je 1 000 Einwohner (mittlere Bevölkerungszahl des Jahres) im Jahre 1948 10,1, im Jahre 1954 7,3 und im Jahre 1956 7,9 Eheschließungen. Die Tatsache, daß die Zahl der Ehe-

Tab. 1 Die natürliche Bevölkerungsbewegung 1953 — 1956

Zeit	Eheschliessungen		Lebendgeborene				Gestorbene (ohne Totgeborene)				Geburtenüberschuss	
	absolut	je 1 000 Einw.	absolut	je 1 000 Einw.	darunter unehelich		absolut	je 1 000 Einw.	darunter unter 1 Jahr		absolut	je 1 000 Einw.
					absolut	je 100 Lebendgeborene			absolut	je 100 Lebendgeborene		
1953	17 843	7,5	33 724	14,1	3 641	10,8	23 979	10,1	1 387	4,1	9 745	4,1
1954	17 072	7,3	32 654	14,0	3 476	10,6	25 217	10,8	1 222	3,7	7 437	3,2
1955	17 401	7,6	31 878	13,9	3 202	10,0	24 478	10,7	1 229	3,9	7 400	3,2
1956	18 019	7,9	32 233	14,2	3 003	9,3	25 218	11,1	1 205	3,7	7 015	3,1

DIE NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1953 - 1956



¹⁾ auf 1000 Einwohner je Jahr ²⁾ ohne Totgeborene ³⁾ Gestorbene unter 1 Jahr je 100 Lebendgeborene des Monats

schließungen aus dem Jahre 1948 in den Folgejahren nicht wieder erreicht wurde, ist einmal darauf zurückzuführen, daß in den ersten Jahren nach 1945 die wegen des Krieges unterlassenen Eheschließungen nachgeholt wurden, zum anderen die Eheschließungen nach 1948 geburtschwächeren Jahrgängen angehörten. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Eheschließungsziffern in den nächsten Jahren wieder ansteigen werden, da dann die Eheschließenden wieder zu den stärker besetzten Geburtsjahrgängen nach 1934 zählen, die durch den zweiten Weltkrieg noch nicht so sehr vermindert wurden. Allerdings kann unter Umständen damit gerechnet werden, daß das Ansteigen der Eheschließungen in den nächsten Jahren durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hinausgeschoben wird, und zwar dann, wenn sich herausstellen sollte, daß die Ehen vielfach erst nach Ableistung der Wehrpflicht geschlossen werden.

Der jahreszeitliche Ablauf der Eheschließungen hat sich gegenüber den Vorjahren nur unwesentlich verschoben. Nach wie vor weist der August mit 16,4 Eheschließungen je 1 000 Einwohner von allen Monaten die höchste Eheschließungsziffer auf; dies ist aus steuerlichen Gründen zu erklären. Die nächsthöheren Eheschließungsziffern errechnen sich für die Monate, in deren Nähe kirchliche Festtage liegen, wie der März (8,1), der Mai (9,3) und der Dezember (9,0). Die jeweils nachfolgenden Monate haben - mit Ausnahme des Augusts - geringere Eheschließungsziffern.

Wenn man die Eheschließungen nach dem

beiderseitigen Familienstand vor der Ehe aufgliedert, so ergibt sich, daß im Jahre 1956 vier Fünftel der Ehen zwischen "bisher Ledigen" geschlossen wurden, 1953 waren es drei Viertel.

Die Eheschließenden nach dem Familienstand der Ehegatten vor der Eheschließung

Zeit	Von je 100 eheschließenden					
	Männern			Frauen		
	waren vor der Eheschließung					
	ledig	verwitwet ¹	geschiedenen ²	ledig	verwitwet ¹	geschiedenen ²
1938	89,7	5,4	4,9	92,3	2,8	4,9
1953	82,0	5,1	13,0	84,4	6,2	9,4
1955	83,2	4,9	12,0	86,4	4,2	9,5
1956	84,2	4,4	11,4	88,3	2,7	9,0

1) einschl. der Fälle, in denen der bisherige Ehepartner für tot erklärt worden ist 2) einschl. "frühere Ehe aufgehoben"

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, nimmt der Anteil der ledigen Männer und Frauen, die eine Ehe eingehen, von Jahr zu Jahr wieder zu. Allerdings liegen die Anteile bei den Ledigen im Jahre 1956 noch unter denen des Jahres 1938. Der Zunahme bei den Ledigen, die eine Ehe geschlossen haben, steht eine Abnahme der wiederheiratenden Witwer, Witwen und Geschiedenen gegenüber. Bei einem Vergleich mit dem Vorkriegsjahr 1938 fällt besonders die heute hohe Zahl der Eheschließungen von "Geschiedenen" auf. Eine Erklärung hierfür ist die Zunahme der Ehescheidungen nach dem Kriege. So kamen beispielsweise 1956 auf je 100 000 Einwohner 84 Ehescheidungen, während es im Jahre 1938 nur 76 waren.

Auch in den einzelnen Altersgruppen haben sich die Eheschließungsziffern im Jahre 1956 gegenüber den Vorjahren und dem Jahr 1938 sowohl bei den Männern wie bei den Frauen verschoben. Die niedrigeren Eheschließungsziffern bei den Männern im Alter bis zu 25 Jahren im Jahre 1938 werden verständlich, wenn man bedenkt, daß die heiratenden Männer damals den schwächer besetzten Geburtsjahrgängen 1915 - 1919 angehörten. Außerdem waren es Angehörige jener Geburtsjahrgänge, die nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1936 zum Wehrdienst eingezogen wurden und etwa beabsichtigte Eheschließungen teilweise bis nach Ableistung der Wehrpflicht zurückstellten. Eine Folge hiervon ist, daß der Anteil der eine Ehe eingehenden Männer im Alter von 25 bis 30 Jahren im Jahre 1938 mit 46% weit höher liegt als in den Jahren 1954 bis 1956.

Annähernd zwei Fünftel der Männer heirateten 1956 im Alter bis zu 25 Jahren. Die Männer dieser Altersgruppen gehörten z. T. den stärker besetzten Geburtsjahrgängen vor dem zweiten Weltkrieg an. Die Eheschließungsziffern bei den Männern im Alter von 30 bis 40 Jahren waren in den Jahren 1954 bis 1956 niedriger als 1938. 1938 gehörten die heiratenden Männer stärker besetzten Geburtsjahrgängen an, 1956 dagegen den schwach besetzten Jahrgängen des ersten Weltkrieges. Außerdem hatten die Angehörigen dieser Geburtsjahrgänge während des zweiten Weltkrieges starke Verluste.

Bei den Frauen zeigt sich, daß mehr als drei Fünftel aller Eheschließungen auf die Altersgruppe bis zu 25 Jahren entfallen. 1938 waren es 44%. Auch hier wirkte sich die unterschiedliche Besetzung der Geburtsjahrgänge während des ersten Weltkrieges bzw. nach dem Jahre 1933 aus. Der Rückgang der Eheschließungsziffern der Frauen im Alter von 30 bis 40 Jahren ergibt sich zum Teil aus der bereits erwähnten geringeren Zahl von Wiederverheiratung verwitweter Frauen gegenüber den Vorjahren und auch daraus, daß die für eine Heirat in Frage kommenden männlichen Jahrgänge sehr schwach besetzt sind.

Tab. 3 Die Eheschließenden nach Altersgruppen

Altersgruppen	Männer				Frauen			
	in %							
	1938	1954	1955	1956	1938	1954	1955	1956
bis 21 Jahre	0,5	2,9	3,2	3,6	12,1	21,9	23,9	24,6
21 b. u. 25 "	15,9	31,8	32,6	35,1	32,2	34,2	35,1	38,5
25 " " 30 "	46,0	32,2	33,1	33,1	32,4	21,7	20,1	18,4
30 " " 40 "	28,2	17,8	16,8	15,7	17,8	14,9	13,6	12,4
40 und mehr Jahre	9,5	15,3	14,2	12,5	5,6	7,4	7,3	6,2

2. Die Geburten

Die Geburtenziffer - berechnet auf 1 000 Einwohner der mittleren Jahresbevölkerung - be-

trug im Jahre 1956 14,2 gegenüber 13,9 im Jahre 1955 und 16,6 im Jahre 1948.

Im Jahre 1956 wurden in Schleswig-Holstein 32 233 Kinder lebendgeboren. Seit dem Jahr 1948 stieg damit die Zahl der lebendgeborenen Kinder erstmalig etwas an. 29 230 dieser lebendgeborenen Kinder waren ehelich und 3 003 unehelich, das sind 9,3 uneheliche Kinder auf 100 Lebendgeborene gegenüber 10,0 im Jahre 1955. Von den lebendgeborenen Kindern waren 16 628 männlichen und 15 605 weiblichen Geschlechts. Somit ergab sich eine Geschlechterproportion von 106,6 Knaben auf 100 Mädchen. Im Jahre 1956 kamen auf 100 Mädchen 107,6 Knaben.

3. Die Sterbefälle

Nachdem die Zahl der Gestorbenen von 1954 auf 1955 gering zurückgegangen war, hatte sie im Jahre 1956 mit 25 218 die gleiche Höhe des Jahres 1954. Die Sterbeziffer - berechnet auf 1 000 Einwohner der mittleren Jahresbevölkerung - ist jedoch mit 11,1 um 0,4 Punkte höher als 1955, da die Bevölkerung in diesem Zeitraum zurückgegangen ist. Das Jahr 1956 weist damit die höchste Sterbeziffer seit 1948 aus. In der Nachkriegszeit hatten nur die Jahre 1945 (21,1), 1946 (14,5) und 1947 (11,7) höhere Sterbeziffern. Auch die Sterbeziffern der Jahre 1951 und 1953 lagen mit 10,1 unter der Ziffer des Jahres 1956, obgleich am Anfang dieser beiden Jahre Grippeepidemien ausgebrochen waren, die viele Sterbefälle zur Folge hatten. Wenn man den jahreszeitlichen Verlauf der Sterbeziffern verfolgt, liegen im Jahre 1956 die Sterbeziffern fast in allen Monaten über denen des Jahres 1955.

Während die allgemeine Sterbeziffer im Jahre 1956 also höher war als in den vorhergehenden Jahren, ist die Säuglingssterblichkeit - berechnet auf je 100 Lebendgeborene - von 3,9 im Jahre 1955 auf 3,7 im Jahre 1956 zurückgegangen. Auch die Zahl der in den ersten 28 Lebenstagen Gestorbenen ist weiter zurückgegangen. Auf 100 Lebendgeborene starben im Jahre 1956 2,4 gegenüber 2,5 im Jahre 1955.

Eine Aufteilung der gestorbenen Personen nach Altersgruppen ergibt, daß bei beiden Geschlechtern gegenüber früheren Jahren mehr Personen erst im Alter von über 65 Jahren gestorben sind. Beim weiblichen Geschlecht haben auch die Gestorbenen im Alter von 45 bis 65 Jahren zugenommen. Da in der Zwischenzeit - trotz rückläufiger Zahl der Gesamtbevölkerung - die Zahl der über 65jährigen Personen sicherlich weiter zugenommen hat, läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit sagen, ob die Sterblichkeit dieser Altersgruppe generell zugenommen hat. Ob eine solche Zunahme wirklich stattgefunden

Die Gestorbenen¹ nach Altersgruppen und nach dem Familienstand

Tab. 4

- Gesamte Wohnbevölkerung -

Altersgruppen	Gestorbene insgesamt		davon waren									
			ledig		verheiratet		verwitwet ²		geschieden ³		unbekannten Familienstandes	
	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956
männlich												
0 b. u. 1 Jahr	691	687	691	687	-	-	-	-	-	-	-	-
1 " " 5 Jahre	120	91	120	91	-	-	-	-	-	-	-	-
5 " " 10 "	53	58	53	58	-	-	-	-	-	-	-	-
10 " " 20 "	186	145	186	144	-	1	-	-	-	-	-	-
20 " " 45 "	663	648	235	255	388	366	9	8	31	19	-	-
45 " " 65 "	3 043	3 131	167	217	2 569	2 588	179	195	128	131	-	-
65 und mehr Jahre	7 810	8 244	342	374	4 411	4 619	2 922	3 121	135	130	-	-
insgesamt	12 566	13 004	1 794	1 826	7 368	7 574	3 110	3 324	294	280	-	-
weiblich												
0 b. u. 1 Jahr	538	518	538	518	-	-	-	-	-	-	-	-
1 " " 5 Jahre	68	75	68	75	-	-	-	-	-	-	-	-
5 " " 10 "	38	29	38	29	-	-	-	-	-	-	-	-
10 " " 20 "	85	76	84	76	1	-	-	-	-	-	-	-
20 " " 45 "	600	518	138	128	376	308	505	48	38	34	-	-
45 " " 65 "	2 283	2 360	241	269	1 424	1 399	505	589	113	103	-	-
65 und mehr Jahre	8 300	8 638	594	642	2 057	2 042	5 478	5 776	171	178	-	-
insgesamt	11 912	12 214	1 701	1 737	3 858	3 749	6 031	6 413	322	315	-	-

1) ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und ohne gerichtliche Todeserklärungen 2) einschl. der Fälle, in denen der bisherige Ehepartner für tot erklärt worden ist 3) einschl. "frühere Ehe aufgehoben"

hat, läßt sich nur feststellen, wenn die Zahl der Gestorbenen zu der Zahl der in diesen Altersgruppen Lebenden in Beziehung gesetzt wird. Die Besetzung der Altersgruppen ist aber jetzt noch nicht bekannt. Nach Vorliegen dieser Unterlagen wird auf diese Zusammenhänge noch näher eingegangen werden.

4. Die Eheschließungen, Geborenen und Gestorbenen in Schleswig-Holstein nach Kreisen

Die Eheschließungsziffern weisen 1956 bei einem Vergleich der kreisfreien Städte und der Landkreise untereinander keine größeren Unterschiede auf. Lübeck hatte mit 8,8 Eheschließungen auf 1 000 Einwohner die höchste und Eiderstedt mit 6,2 die niedrigste Eheschließungsziffer.

Bei den Lebendgeborenen ergab sich eine größere Schwankungsbreite. In den kreisfreien Städten lag die Geburtenziffer mit 12,3 unter dem Landesdurchschnitt (14,2). Kiel hatte mit 11,6 Lebendgeborenen auf je 1 000 Einwohner die niedrigste Geburtenziffer. Innerhalb der Landkreise lagen die Geburtenziffern zwischen 13,2 in Eutin und 17,5 in Husum.

Ebenso wie bei den Eheschließungsziffern weisen die Sterbeziffern keine wesentlichen Unterschiede auf.

5. Die natürliche Bevölkerungsbewegung in den Bundesländern

Interessante Rückschlüsse auf die natürliche Bevölkerungsbewegung in den einzelnen Bundes-

Tab. 5 Die natürliche Bevölkerungsbewegung in den Bundesländern im Jahre 1956

Bundesländer	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung kamen			Auf 100 Lebendgeborene kamen			Auf 100 lebendgeborene Mädchen kamen ... Knaben
	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	unehelich Lebendgeborene	im ersten Lebensjahr ¹	in den ersten 28 Lebenstagen	
					Gestorbene (ohne Totgeborene)		
Schleswig-Holstein	7,9	14,2	11,1	9,3	3,8	2,4	106,6
Hamburg	9,1	10,8	11,7	8,8	2,9	1,9	106,6
Niedersachsen	8,4	16,0	10,6	7,1	3,4	2,3	106,2
Bremen	8,9	13,6	10,9	9,4	3,4	2,7	106,5
Nordrhein-Westfalen	9,1	16,2	11,0	5,2	4,3	2,9	106,4
Hessen	8,9	14,9	11,1	6,8	3,3	2,3	106,2
Rheinland-Pfalz	9,0	18,8	11,3	5,9	4,4	2,7	106,9
Baden-Württemberg	9,1	17,4	10,5	7,8	3,5	2,4	105,7
Bayern	8,8	16,6	11,3	10,8	4,1	2,5	106,8
Bundesgebiet (ohne Saarland)	8,9	16,2	11,0	7,3	3,9	2,6	106,4

1) unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten

ländern ermöglicht die Tabelle 5, in der einige der wichtigsten Ziffern der natürlichen Bevölkerungsbewegung für die einzelnen Länder des Bundesgebietes dargestellt werden.

Vergleiche auch: "Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1955"

in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 8. Jahrgang, Heft 11, November 1956, Seite 331 ff. und "Eheschliessungen, Geborene und Gestorbene im Jahre 1956" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 9. Jahrgang N.F., Heft 7, Juli 1957, Seite 376 ff.

H. Klindt

Kurzberichte

Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1957

- Zahl und Kapital der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung -

Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfasst Unternehmungen der folgenden Rechtsformen:

1. Aktiengesellschaften
2. Kommanditgesellschaften auf Aktien
3. Gesellschaften mit beschränkter Haftung
4. Bergrechtliche Gewerkschaften
5. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Während des Berichtszeitraumes bestanden in Schleswig-Holstein jedoch nur Kapitalgesellschaften in der Form von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Bis zum Jahresende 1957 waren in den Handelsregistern der Amtsgerichte in Schleswig-Holstein 1 011 Kapitalgesellschaften mit einem Nominalkapital von 378 Mio DM eingetragen; hinzu kommt noch eine Aktiengesellschaft, die ihr Grundkapital in Höhe von 3 Mio RM bisher nicht in DM umgestellt hat.

Im Berichtszeitraum hat sich die Zahl der Kapitalgesellschaften um 2 Unternehmen erhöht; an Nominalkapital ergab sich ein Zuwachs von 41,5 Mio DM.

In der Rechtsform einer Aktiengesellschaft wurden 71 Gesellschaften (Ende 1956: 70) mit einem Grundkapital von insgesamt 208 Mio DM geführt. Das Nominalkapital wurde im Verlauf von 1957 um 19 Mio DM aufgestockt. Hieran waren 5 Gesellschaften mit Kapitalerhöhungen von zusammen knapp 20 Mio DM maßgeblich beteiligt; eine Gesellschaft hat ihr Grundkapital um 0,9 Mio DM herabgesetzt.

Am 31. Dezember 1957 bestanden 940 Gesellschaften m. b. H. (Ende 1956: 939). Das Nominalkapital hat sich gegenüber dem Stande des Vorjahres um 23 Mio auf 170 Mio DM erhöht. Diese Zunahme ergibt sich im wesent-

lichen durch 49 neu registrierte Gesellschaften m. b. H. mit einem Stammkapital von 15 Mio DM; 34 Gesellschaften haben ihr Kapital erhöht, und zwar um 11 Mio DM. 61 Gesellschaften m. b. H. mit nur 4 Mio DM Nominalkapital sind dagegen in den Handelsregistern der Amtsgerichte in Schleswig-Holstein gelöscht worden; darunter befanden sich 17 Unternehmen, die infolge Umwandlung in eine andere Rechtsform - darunter 9 in eine Kommanditgesellschaft - oder durch Fusion (2) von dem Gesamtbestand abgesetzt wurden, sowie 10, die ihren Geschäftssitz in ein anderes Bundesland verlegt haben. 7 Gesellschaften m. b. H. haben demgegenüber ihren Sitz aus dem übrigen Bundesgebiet nach Schleswig-Holstein verlagert.

Die durchschnittliche Kapitalausstattung der Kapitalgesellschaften ist, wie schon in den Vorjahren, auch 1957 weiter angestiegen. Das Nominalkapital hat sich bei den Aktiengesellschaften im Laufe des Jahres 1957 von 2,7 Mio DM auf 2,9 Mio DM, bei den Gesellschaften m. b. H. von 157 000 DM auf 181 000 DM erhöht.

Stärkere Zunahmen des Nominalkapitals traten in der Energiewirtschaft (+ 15 Mio DM) und im Wirtschaftsbereich des verarbeitenden Gewerbes (+ 16 Mio DM) auf.

Vergleiche auch: "Die Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein 1950 - 1954" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jahrgang, Heft 11, November 1955, Seite 369 ff., "Die Gesellschaften m. b. H. in Schleswig-Holstein 1953 - 1955" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 8. Jahrgang, Heft 3, März 1956, Seite 70 ff. und "Die Kapitalgesellschaften im Jahre 1957" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 10. Jahrgang N.F., Heft 3, März 1958, Seite 168 ff.

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1956	1957			1957/58			
		Monats-Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 589 ^a	2 253 ^b	2 252	2 253	2 255	2 264
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*absolut	1000	856 ^c	636 ^d	635	636	637	638
in % der Wohnbevölkerung		33,1 ^a	28,2 ^b	28,2	28,2	28,2	28,2
Zugewanderte ²⁾										
*absolut	1000	135 ^c	135 ^e
in % der Wohnbevölkerung		5,2 ^a	6,0 ^b
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*absolut		2 078	1 502	700	929	1 555	1 555
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6 ^a	8,0 ^{bf}	3,7	5,4	8,1	8,1
Lebendgeborene ⁴⁾										
*absolut		3 448	2 686	2 861	2 651	2 986	2 726
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		16,0 ^a	14,5 ^{bf}	15,0	15,3	15,6	14,2
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt		2 059	2 102	2 335	2 019	2 368	2 604
*absolut		2 059	2 102	2 335	2 019	2 368	2 604
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5 ^a	11,2 ^{bf}	12,2	11,7	12,4	13,5
darunter										
im ersten Lebensjahr		172	100	106	90	79	99
*absolut		172	100	106	90	79	99
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,7	3,7	3,4	2,6	3,6
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*absolut		+ 1 389	+ 585	+ 526	+ 632	+ 618	+ 122
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4 ^a	+ 3,1 ^{bf}	+ 2,8	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,6
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	5 614	6 099	5 398	6 765	6 116
darunter										
Vertriebene		2 173	1 602	2 034	1 760	2 236	1 739
Zugewanderte		.	961	735	612	702	673
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 702	5 913	5 095	5 916	6 121
darunter										
Vertriebene		9 662	2 308	1 970	1 603	1 821	1 953
Zugewanderte		.	709	486	443	485	530
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	-1 088	+ 186	+ 303	+ 849	- 5
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 706	+ 64	+ 157	+ 415	- 214
Zugewanderte		.	+ 252	+ 249	+ 169	+ 217	+ 143
*Umsüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	10 155	8 311	6 971	8 954	8 472
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt		31 221	22 471	20 323	17 464	21 635	20 709
absolut		31 221	22 471	20 323	17 464	21 635	20 709
je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		201 ^a	176 ^{bf}	150	141	160	152
darunter										
Umsiedler		6 329 ^g	1 276	1 075	737	542	1 137	879	439	498
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	842	809	496	313	685	408	243	252
Baden-Württemberg		2 602	81	70	28	18	67	25	25	24
Rheinland-Pfalz		2 928	36	16	28	19	9	8	9	3
Hessen		238	20	10	13	14	12	9	12	21
Hamburg		41	285	165	158	178	364	429	150	198
Bremen		9	12	5	14	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	705 ⁺	.	.	717	699	.	.	714
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	477 ⁺	.	.	484	457	.	.	473
*Arbeitslose										
insgesamt		210	73	102	84	64	91	93	90	73
absolut	1000	210	73	102	84	64	91	93	90	73
je 100 Arbeitnehmer		25,2	9,3	13,1	10,8	8,2	11,5	11,8	11,4	...
darunter										
*Männer	1000	146 ^h	44	74	56	38	67	70	67	49
Vertriebene	1000	119 ^h	27 ⁺	.	.	22	30	.	.	25

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saarland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umsüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956 b) berechnet auf Grund der ab 25.9.1956 zurückgeschriebenen und ab 26.9.1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956 c) am 13.9.1950 (Volkszählung) d) am 25.9.1956 (Wohnungszählung) e) am 30.6.1956 f) auf Normaljahr berechnet (365 Tage) g) ohne Anrechnungsfälle h) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1957			1957/58			
		Monats-Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Des.	Jan.	Febr.	März
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ⁱ	1 072 ⁱ	.	.	.	1 094	.	.	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ⁱ	431 ⁱ	.	.	.	431	.	.	.
*Schweine	1000	1 031 ⁱ	1 210 ⁱ	.	.	1 212	1 298	.	.	p ¹ 257
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ⁱ	122 ⁱ	.	.	130	135	.	.	p 138
darunter										
*trächtig	1000	68 ⁱ	78 ⁱ	.	.	84	85	.	.	p 86
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	11	12	9	10	13	11	9	...
*Kälber	1000 St	14	7	8	9	14	8	7	7	...
*Schweine	1000 St	45	70	93	78	78	112	100	88	...
darunter										
*Hauschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^j	15 ^k	37	28	20	45	36	28	...
*Gesamtschlachtgewicht										
(einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	7,9	8,4	7,0	8,1	9,2	8,8	7,9	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	2,4	2,6	2,0	2,1	2,7	2,4	2,0	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,1	5,2	4,5	5,4	6,0	5,9	5,4	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	225	239	225	220	224	235	236	...
*Kälber	kg	26	40	44	41	37	44	46	47	...
*Schweine	kg	98	93	94	90	92	90	93	90	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	132	118	111	144	123	129	123	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,2	8,8	9,2	10,8	9,2	9,6	10,2	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	86	84	83	84	84	85	84	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	158	153	155	156	166	162	163	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	132	127	129	130	139	135	135	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 636	19 115	20 320	24 168	25 346	24 781	23 224	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	44,5	33,8	35,4	45,8	53,7	51,3	47,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	13,0	13,5	13,5	13,7	17,2	15,2	15,5	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	78	64	64	82	92	84	70	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 050	5 627	8 127	13 031	11 953	12 157	11 288	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	26	24	23	26	26	27	24	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	61	52	55	66	71	71	65	...
*Stromerzeugung (netto) der ind. Anlagen	Mio kWh	11	19	17	17	19	22	23	19	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	404	353	348	417	486	434	410	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	52	33	26	52	72	56	64	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion										
einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^m	197	163	181	r 200	232	r 201	206	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	524	568	572	550	586	596	584	...
Industrie der Steine und Erden		111	176	92	152	175	125	75	94	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	131	91	108	163	176	160	169	...
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien		99	130	109	118	128	117	127	128	...
Mineralölverarbeitung		117	581	522	606	619	574	642	597	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	580	608	668	656	608	713	743	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	134	118	126	132	86	r 78	87	...
papierherzeugenden Industrie		102	234	230	247	252	228	232	228	...
Schiffbaues		126	255	66	160	261	309	288	299	...
Maschinenbaues		134	239	155	167	227	411	r 234	263	...
elektrotechnischen Industrie		144	327	177	184	290	467	r 375	391	...
feinmechan. u. optischen Industrie		159	505	480	387	523	688	523	578	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenin- dustrie (einschl. Sportwaffen)		119	150	152	154	r 148	144	r 142	157	...
lederherzeugenden Industrie		97	113	146	143	126	128	r 137	154	...
Schuhindustrie		102	183	210	214	214	196	214	239	...
Textilindustrie		118	199	219	202	r 215	210	226	209	...
Bekleidungsindustrie		115	134	126	144	150	123	r 137	140	...
Fleischwarenindustrie		137	171	170	158	155	189	r 186	171	...
fischverarbeitenden Industrie		143	222	188	247	141	177	151	203	...
Molkereien u. Milchverarb. Industrie		102	105	90	91	113	100	r 107	106	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	184	167	208	203	171	214	214	...
Bauproduktion		92	158	84	123	r 155	130	77	94	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) d. öfftl. Kraftwerke	Mio kWh	66	98	103	98	104	121	119	102	...
*Stromverbrauch ¹⁵⁾	Mio kWh	70	117	130	118	128	155	157	138	...
*Gaserzeugung (brutto) der öfftl. Werke ¹⁶⁾	Mio obm	11	16	17	15	17	18	19	16	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases i) Dezember j) ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 k) ø Winterhalbjahr 1956/57 = 28 m) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1957			1957/58			
		Monats-Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe¹⁷⁾										
*Beschäftigte		39 835	48 594	33 526	43 226	51 064	37 084	30 938	32 285	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	8 728	4 525	6 294	8 538	6 380	4 072	4 539	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 233	2 126	3 086	4 180	2 904	1 832	2 116	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	17,2	8,9	12,3	17,1	15,9	9,1	10,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,1	1,1	1,1	1,1	1,5	1,3	1,3	...
*Umsatz	Mio DM	24,3	53,5	39,2	35,9	50,1	67,5	37,0	35,1	...
Baugenehmigungen¹⁸⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁹⁾		726	751	775	619	802	642	450	507	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	337	253	297	387	418	368	391	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	37,9	33,8	29,5	38,3	61,6	42,4	54,7	...
darunter										
für Wohngebäude	Mio DM	16,9	27,8	26,2	21,6	30,8	29,0	20,8	21,9	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	769	672	558	717	942	737	879	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	527	483	377	537	477	344	364	...
*Wohnungen ²⁰⁾		2 306	1 857	1 765	1 341	1 874	1 531	1 149	1 164	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 646	1 594	1 145	1 586	1 365	931	978	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen ²¹⁾		1 478	1 919	500	967	474	7 231	564	332	...
Wohnräume ²²⁾		4 926	6 994	1 718	3 301	1 737	26 703	2 165	1 345	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1957=100	.	.	83	79	90	149	93	86	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	87	85	97	125	94	90	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	80	68	78	189	92	72	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	81	78	86	169	94	90	...
*Sonstige Waren		.	.	82	84	96	147	96	95	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM ²³⁾	824	397	469	350	281	298	251	187	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 422	120	183	643	1 908	1 518	359	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	5 858	4 025	5 642	5 946	9 385	6 801	6 300	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	24 117	29 405	27 761	27 886	28 501	28 462	24 409	...
Ausfuhr nach Warengruppen²⁴⁾										
*insgesamt	Mio DM	7,2	59,9	30,2	29,3	75,6	78,7	53,8	69,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,6	4,0	3,9	4,9	6,7	4,0	4,0	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	54,4	26,2	25,4	70,6	72,0	49,9	65,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,8	1,5	2,2	2,1	1,8	2,2	2,3	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,5	4,7	3,4	6,7	5,5	5,4	4,5	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	48,0	20,0	19,9	61,8	64,7	42,2	58,2	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,9	2,5	2,6	3,0	4,2	2,7	2,4	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	45,1	17,5	17,3	58,7	60,5	39,5	55,8	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern²⁴⁾										
Norwegen	Mio DM	0,3	9,7	2,1	0,7	10,7	17,1	3,9	20,3	...
Griechenland	Mio DM	0,4	1,1	0,5	0,1	0,3	0,3	0,3	9,2	...
UdSSR	Mio DM	-	11,5	0,1	0,3	7,4	0,8	0,7	5,7	...
Niederlande	Mio DM	0,6	3,7	2,9	3,5	12,7	5,9	6,5	4,3	...
Dänemark	Mio DM	0,8	3,2	5,6	3,1	4,1	3,7	3,4	3,5	...
Schweden	Mio DM	0,6	2,8	1,4	1,9	5,3	3,0	12,1	3,2	...
USA	Mio DM	0,3	2,0	1,8	2,3	2,2	1,3	1,5	1,8	...
Großbritannien	Mio DM	0,1	1,8	1,2	1,0	1,2	13,3	3,9	1,6	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt²⁴⁾										
Güterempfang	1000 t	141	p 319	240	189	250	330	260	264	...
Güterversand	1000 t	86	p 115	128	113	96	99	116	76	...
Binnenschifffahrt²⁴⁾										
*Güterempfang	1000 t	.	109	102	74	118	106	111	105	...
*Güterversand	1000 t	.	155	91	113	126	93	83	112	...
Nord-Ostsee-Kanal²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	5 200	4 952	4 229	4 772	4 950	4 682	3 919	...
darunter										
deutsche	%	64,0	61,7	63,0	64,7	64,0	59,9	65,5	65,1	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 633	2 555	1 973	2 104	2 909	2 569	2 116	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	29,6	28,0	31,9	31,4	25,0	27,7	28,3	...

17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet); ab Februar 1958 = vorläufige Zahlen 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955 Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956 nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955 Normal- und Notwohnungen; ab 1956 nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; 1956 - 1958: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) früher VE = Verrrechnungseinheiten (1 VE = 1 DM West) 24) 1957/58 = vorläufige Zahlen 25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe"

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950		1956		1957			1957/58		
		Monats-Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
noch: VERKEHR											
noch: Nord-Ostsee-Kanal											
Güterverkehr											
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 922	3 748	2 912	2 915	4 006	3 432	2 709	...	
darunter											
auf deutschen Schiffen	%	20,1	31,8	30,8	32,2	34,8	28,6	29,2	30,5	...	
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 999	2 012	1 554	1 758	2 187	1 959	1 422	...	
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 924	1 736	1 358	1 157	1 819	1 473	1 287	...	
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
*insgesamt		1 244	2 483	1 759	2 182	3 492	2 204	2 216	2 569	...	
darunter											
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	508	95	229	550	71	67	102	...	
*Personenkraftwagen		398	1 317	1 142	1 404	2 131	1 473	1 494	1 675	...	
*Kombinationskraftwagen		.	97	79	92	138	113	149	130	...	
*Lastkraftwagen		247	261	188	224	278	269	178	249	...	
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle insgesamt		826	1 900	1 562	1 372	1 674	2 423	1 858	p1 913	p1 871	
davon											
*nur mit Personenschaden		417	118	94	79	111	87	523	p 538	p 546	
mit Personen- und Sachschaden		409	742	471	444	584	644	1 335	p1 375	p1 325	
nur mit Sachschaden		409	1 040	997	849	979	1 692	1 335	p1 375	p1 325	
*Getötete Personen 26)		17	36	33	23	30	41	23	p 17	p 16	
*Verletzte Personen		493	1 052	673	609	837	940	626	p 660	p 666	
Fremdenverkehr 27)											
*Fremdenmeldungen	1000	44 ⁿ	100 ⁿ	46	47	55	38	49	49	...	
darunter											
*Auslandsgäste	1000	2 ⁿ	15 ⁿ	3	3	5	4	4	4	...	
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ⁿ	571 ⁿ	138	143	175	126	142	150	...	
darunter											
*Auslandsgäste	1000	5 ⁿ	32 ⁿ	6	6	10	10	8	9	...	
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) 28)											
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	741 ^q	2 392 ^q	2 406	2 465	2 500	2 675	2 713	
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 ^q	864 ^q	868	871	886	860	854	
darunter											
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ^q	858 ^q	861	865	882	852	849	
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ^q	1 528 ^q	1 539	1 594	1 614	1 815	1 859	
darunter											
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	265 ^q	1 305 ^q	1 320	1 374	1 384	1 577	1 615	
*Einlagen der Nichtbankenkundschaft insgesamt 28)	Mio DM	408 ^q	1 476 ^q	1 520	1 555	1 590	1 831	1 834	
darunter											
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ^q	616 ^q	626	642	648	819	796	
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ^q	704 ^q	719	730	753	871	895	
darunter											
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ^q	470 ^q	479	487	494	573	588	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	38	53	37	51	98	61	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	30	38	25	29	63	38	
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	15	15	15	13	9	9	
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	5	2	3	3	1	
Wechselproteste	Anzahl	682	1 136	875	778	896	659	553	
	Wert	517	697	556	574	679	444	373	
ÖFFENTLICHE FÜRSORGE 29)											
*Laufend Unterstützte in der offenen Fürsorge											
*Parteien	1000	56 ^t	47 ^t	.	.	51 ^u	47 ^v	
Personen											
*absolut	1000	90 ^t	67 ^t	.	.	73 ^u	66 ^v	
*je 1 000 Einwohner		34,9 ^t	29,4 ^t	.	.	32,2 ^u	29,0 ^v	
Aufwand 30)											
insgesamt											
*absolut	1000 DM	15 499 ⁺	20 771 ⁺	.	.	26 501 ^w	24 328 ^y	
je Einwohner	DM	6,02 ⁺	9,15 ⁺	.	.	11,67 ^w	10,74 ^y	
darunter für											
Offene Fürsorge											
*Laufende Unterstützung	1000 DM	7 388 ⁺	7 976 ⁺	.	.	9 806 ^w	9 150 ^y	
Einmalige Unterstützung	1000 DM	.	1 923 ⁺	.	.	2 164 ^w	2 301 ^y	
*Geschlossene Fürsorge	1000 DM	3 900 ⁺	7 300 ⁺	.	.	9 148 ^w	7 662 ^y	

+) = Vierteljahresdurchschnitt

26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) 1957/58 = vorläufige Zahlen

28) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) einschl. Tbc-Hilfe 30) einschl. Sonderleistungen

n) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt); Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr Mts.-Ø = 61 000 Fremden-

meldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1956: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr 1956 Mts.-Ø =

149 000 Fremdenmeldungen mit 986 000 Übernachtungen q) Stand: 31. 12. t) aus 4 Stichtagen u) Stand: 31. 3. 1957

v) Stand: 31. 12. 1957 w) 4. Rechnungsvierteljahr 1956 y) 3. Rechnungsvierteljahr 1957

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1957			1957/58			
		Monats-Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
STEUERN ³¹⁾										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	71 977	86 586	54 612	68 188	79 095	83 323	60 385	72 103
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatz-	1000 DM	14 580	27 080	33 921	22 274	23 635	27 685	34 822	24 957	23 543
ausgleichsteuer	1000 DM	281	858	929	736	840	876	922	810	852
*Beförderungsteuer	1000 DM	1 381	6 444	7 827	6 660	6 642	7 164	7 693	6 841	6 767
*Zölle	1000 DM	27 474	35 537	42 876	24 496	36 501	42 000	39 562	27 542	39 675
*Verbrauchssteuern	1000 DM	22 295	28 503	34 820	18 514	29 398	34 098	32 372	21 403	32 036
darunter										
*Tabaksteuer ³²⁾	1000 DM	951	2 058	1 033	447	569	1 371	324	236	1 266
*Notopfer Berlin	1000 DM									
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben ³³⁾	1000 DM	5 569	6 503	3 792	1 713	2 706	2 828	3 118	9 796	2 174
*Landessteuern ³⁴⁾	1000 DM	14 273	34 514	42 725	22 889	42 809	64 702	36 547	22 350	51 219
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	11 505	19 498	7 213	410	13 178	17 384	8 532	3 711
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	12 608	13 583	6 033	27 904	32 014	9 655	3 000	28 670
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	374	731	74	106	817	541	51	58
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	3 646	2 706	1 514	8 416	12 618	2 261	1 811	12 281
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 450	526	2 712	584	496	642	3 095	637
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	2 723	3 248	2 512	3 017	3 286	3 663	2 872	3 505
*Biersteuer	1000 DM	248	305	245	342	252	356	337	402	297
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	45 952 ⁺	47 324 ^{z)}	.	.	51 951 ^{a)}
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 555 ⁺	6 652 ^{z)}	.	.	6 678 ^{a)}
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	10 938 ⁺	11 318 ^{z)}	.	.	11 397 ^{a)}
*Gewerbesteuer nach Ertrag	1000 DM	9 066 ⁺	25 181 ⁺	25 978 ^{z)}	.	.	29 949 ^{a)}
und Kapital	1000 DM	1 799 ⁺	3 279 ⁺	3 376 ^{z)}	.	.	3 927 ^{a)}
*Lohnsummensteuer	1000 DM	3 335 ⁺	5 296 ⁺	5 350 ^{z)}	.	.	5 699 ^{a)}
*Sonstige Steuern	1000 DM			
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	107	111	108	107	103	102	p 101	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	129	131	130	130	134	134	p 134	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	121	124	124	124	125	r 126	126	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51 =100	100 ^{b)}	127 ^{c)}	127	125	124	r 132	p 132	p 133	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	255	.	258
Einkaufspreise landwirtschaftlicher	1950/51 =100	100 ^{b)}	121 ^{c)}	122	123	123	122	124	p 125	...
Betriebsmittel (Ausgabenindex)										
Einzelhandelspreise	1950=100	100	106	108	108	108	111	111	111	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁵⁾	1950=100	100	113	114	114	114	118	119	119	119
darunter										
Ernährung	100	119	120	120	119	119	125	127	126	126
Wohnung	100	117	118	118	118	118	119	120	120	120
Heizung und Beleuchtung	100	132	135	135	135	139	140	142	142	142
Bekleidung	100	97	99	99	99	100	103	104	104	104
Hausrat	100	105	108	108	108	108	111	111	111	111
LOHNE DER INDUSTRIEARBEITER ³⁶⁾										
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste										
*Männer	DM	64,16	102,12	.	96,12
darunter										
*Facharbeiter (Leistungsgruppe 1)	DM	68,90	110,40	.	103,86
*Frauen	DM	37,09	59,05	.	59,24
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste										
*Männer	Pf	130,4	205,3	.	210,5
darunter										
*Facharbeiter (Leistungsgruppe 1)	Pf	139,8	220,5	.	224,6
*Frauen	Pf	80,8	126,3	.	131,5
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit										
*Männer	Std	49,2	49,7	.	46,1
*Frauen	Std	45,9	46,8	.	44,7

+) = Vierteljahresdurchschnitt

31) Rechnungsjahr 32) ohne Abgabe auf Postsendungen 33) 1950 nur Soforthilfe-Abgaben 34) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 35) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 36) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar z) 1.10. - 31.12.1956

a) 1.10. - 31.12.1957 b) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) c) Wirtschaftsjahr 1956/57 (Juli - Juni)

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT									
Wohnbevölkerung insgesamt	JD	1000	2 611	2 521	2 458	2 385	2 325	2 290	2 271 ^a
darunter									
Vertriebene ²⁾									
absolut	JD	1000	912	839	754	699	653	630	618 ^a
in % der Wohnbevölkerung			34,9	33,3	30,7	29,3	28,1	27,5	27,2
Zugewanderte ³⁾									
absolut	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135 ^a
in % der Wohnbevölkerung			4,0	4,0	5,3	5,5	5,7	5,8	5,9
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾	30.9.	1000	650	633	653	667	683	716	741
darunter in den Wirtschaftsbereichen									
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88	86	81
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294	318	334
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140	148	158
Arbeitslose									
insgesamt									
absolut	30.9.	1000	178	157	119	90	75	57	45
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7
darunter									
Dauerarbeitslose ⁵⁾	30.9.	1000	58	72	58	44	35 ^b	16 ^b	17 ^b
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR									
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ⁶⁾⁷⁾									
absolut	1.5.	1000	467	436	407	384	359	346	330
je 1 000 Einwohner	1.5.		177	172	165	160	154	151	145
INDUSTRIE⁸⁾									
Beschäftigte									
absolut	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158
je 1 000 Einwohner			41,7	45,7	48,2	52,7	58,4	64,4	69,5
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	534
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156
Umsatz ⁹⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840
darunter									
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627
Index der industriellen Produktion									
einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN									
Baufertigstellungen									
Wohnungen ¹⁰⁾									
absolut	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7
Wohnräume ¹¹⁾									
absolut	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0
HANDEL									
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1955=100	100	108
Ausfuhr nach Warengruppen									
absolut	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3
VERKEHR									
Kraftfahrzeugbestand									
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1000	66 ^c	88 ^c	112	139	r 167	188	204
darunter									
Krafträder	1.7.	1000	22 ^c	31 ^c	41	52	r 63	70	72
Pkw ¹²⁾	1.7.	1000	20 ^c	27 ^c	34	42	r 54	65	75
Lkw	1.7.	1000	16 ^c	19 ^c	23	26	28	28	27
STEUERN									
Bundessteuern									
absolut	Rj. (JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380
Landessteuern ¹³⁾									
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182
Gemeindesteuern									
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	205
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	90

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj. = Rechnungsjahr 2) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952 wie Anmerkung 1, Tab. a 3) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte 6) Stand 1950 - 1952: 15. 5. 7) ohne Minderheitsschulen 8) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrielerichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 9) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 10) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1956: Normalbau 11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 12) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 13) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer a) Fortgeschriebene Wohnbevölkerung nach dem Stand vom 30. 6. 1956 b) Stand: 31. August c) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung* am 31. 12. 1957					Industrie ²⁾		Baufertigstellungen im Jahre 1957	
	insgesamt	darunter		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Beschäftigte am 28. 2. 1958	Umsatz ³⁾ in Mio DM im Febr. 1958	Normalwohnungen	Normalwohnräume ⁴⁾
		Vertriebene ¹⁾		1939	1950				
		absolut	in %						
Flensburg	94 132	22 879	24,3	+ 32,8	- 8,5	7 143	20,7	831	2 846
Kiel	260 868	55 303	21,2	- 4,7	+ 2,5	34 241	66,7	3 494	11 200
Lübeck	230 061	73 815	32,1	+ 48,6	- 3,4	34 087	55,9	2 418	8 994
Neumünster	72 608	20 390	28,1	+ 34,2	- 1,2	12 500	21,0	600	2 191
Eckernförde	66 373	20 954	31,6	+ 55,1	- 23,4	1 425	2,8	596	2 152
Eiderstedt	19 322	3 728	19,3	+ 27,7	- 26,2	349	0,7	121	420
Eutin	88 911	31 183	35,1	+ 72,6	- 17,0	3 286	9,6	946	3 686
Flensburg-Land	62 155	14 231	22,9	+ 39,1	- 21,2	665	1,4	389	1 415
Hsgt. Lauenburg	129 744	46 087	35,5	+ 78,2	- 13,6	8 663	13,7	1 314	5 086
Husum	61 295	11 397	18,6	+ 29,1	- 21,9	885	1,4	413	1 611
Norderdithmarschen	58 519	14 931	25,5	+ 32,0	- 24,5	908	1,8	406	1 627
Oldenburg (Holstein)	77 090	23 408	30,4	+ 45,6	- 22,6	1 059	7,4	755	2 721
Pinneberg	202 551	63 819	31,5	+ 81,8	+ 1,3	19 081	59,4	2 719	10 179
Plön	106 782	29 710	27,8	+ 58,4	- 14,1	1 494	5,1	1 074	3 868
Rendsburg	155 800	43 499	27,9	+ 56,8	- 15,9	9 127	14,6	1 063	4 097
Schleswig	98 451	22 857	23,2	+ 26,9	- 23,0	3 571	18,6	520	1 938
Segeberg	91 280	29 039	31,8	+ 69,9	- 18,0	4 176	11,3	779	3 132
Steinburg	122 722	36 457	29,7	+ 42,5	- 21,4	8 574	21,4	850	3 161
Stormarn	133 901	45 190	33,7	+ 97,2	- 8,6	6 382	56,0	1 500	5 336
Süderdithmarschen	73 596	17 995	24,5	+ 36,3	- 25,1	3 986	18,3	547	1 973
Südtondern	58 185	11 069	19,0	+ 25,8	- 19,0	1 075	2,5	487	1 884
Schleswig-Holstein	2 264 346	637 941	28,2	+ 42,5	- 12,7	162 677	410,4	21 822	79 517

*) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956 fortgeschrieben

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im Jahre 1957						Öffentliche Fürsorge ⁵⁾						
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden		Wohnungen		Lfd. unterstützte Personen in der offenen Fürsorge am 31. 12. 1957		Gesamtaufwand im 3. Rechnungsquartaljahr 1957				
	insgesamt	dar.	insgesamt	dar.	insgesamt	in ganzen Wohngebäuden	absolut	je 1 000 Einw.	insgesamt	darunter für			je Einw. in DM
		Für Wohngebäude		in Wohngebäuden		laufende Unterstützungen d. öff. Fürsorge				einmalige	geschlossene Fürsorge		
	1 000 DM		1 000 cbm										
Flensburg	18 897	13 690	332	239	806	769	3 204	34,0	911	432	110	167	9,68
Kiel	80 950	48 621	1 408	820	2 708	2 524	7 852	30,1	2 337	1 018	177	637	8,97
Lübeck	54 126	40 435	957	682	2 263	2 124	6 819	29,6	2 144	901	272	432	9,31
Neumünster	17 057	12 966	314	221	738	673	1 884	25,9	414	161	85	88	5,73
Eckernförde	14 462	12 837	311	250	726	636	2 418	36,4	714	303	86	137	10,72
Eiderstedt	3 693	1 997	67	35	144	119	560	29,0	137	71	24	12	7,10
Eutin	20 214	14 567	381	265	909	789	2 898	32,6	864	330	132	138	9,70
Flensburg-Land	11 248	9 640	251	187	490	459	1 415	22,8	409	134	44	89	6,61
Hsgt. Lauenburg	28 942	22 527	594	406	1 372	1 183	3 520	27,1	940	387	104	180	7,24
Husum	11 995	8 673	240	164	471	391	1 421	23,2	441	170	62	68	7,19
Norderdithmarschen	8 539	6 528	179	118	360	309	1 739	29,7	528	221	69	85	9,01
Oldenburg (Holstein)	27 995	19 239	514	331	1 124	995	2 264	29,4	623	252	82	90	8,09
Pinneberg	79 082	59 602	1 377	958	3 100	2 803	4 044	20,0	1 268	484	119	327	6,26
Plön	32 501	23 066	640	412	1 379	1 269	2 932	27,5	899	337	199	76	8,42
Rendsburg	46 294	38 207	870	638	1 887	1 772	4 226	27,1	1 152	534	135	155	7,39
Schleswig	18 063	14 755	351	255	791	710	2 825	28,7	821	334	102	142	8,32
Segeberg	19 795	13 343	391	240	776	673	1 781	19,5	591	218	52	113	6,46
Steinburg	20 587	15 212	395	245	817	717	3 776	30,8	1 052	416	151	142	8,60
Stormarn	29 685	23 404	583	406	1 462	1 047	2 559	19,1	796	344	96	166	5,94
Süderdithmarschen	13 398	7 522	303	128	466	386	2 323	31,6	603	260	91	46	8,19
Südtondern	19 903	14 922	508	409	611	513	1 074	18,5	367	125	46	87	6,30
Schleswig-Holstein ⁶⁾	577 426	421 753	10 966	7 409	23 400	20 861	65 634	29,0	24 328	9 150	2 301	7 662	10,74

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) bei "Öffentliche Fürsorge": einschl. Landesfürsorgeverband, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

Bezeichnung	Zeit Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹ in 1000	31.12.1957	50 813	2 264	1 787	6 496	664	15 193	4 600	3 314	7 302	9 193
darunter Vertriebene ² in % der jeweiligen Wohnbevölkerung	"	18,0	28,2	13,3	25,6	14,7	15,4	18,4	8,5	17,6	19,1
Veränderung in % 31.12.1957 gegenüber VZ 1939	"	+ 29,2	+ 42,5	+ 4,4	+ 43,1	+ 18,0	+ 27,3	+ 32,2	+ 12,0	+ 33,3	+ 29,8
" " " " " VZ 1950 ³	"	+ 7,9	- 12,2	+ 13,9	- 3,8	+ 21,5	+ 17,0	+ 8,1	+ 12,5	+ 15,4	+ 0,8
Bevölkerungsdichte ³ , Einwohner je qkm	"	207	144	2 391	137	1 645	447	218	167	204	130
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴ in 1000	31.12.1957	18 186	699	746	2 160	263	6 047	1 585	991	2 722	2 973
Arbeitslose in 1000	28. 2.1958	1 325	90	31	223	14	273	110	94	116	374
je 100 Arbeitnehmer ⁵	"	6,8	11,4	3,9	9,3	4,9	4,3	6,5	8,8	4,1	11,3
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen d.betr.Landes	31.12.1957	21,6	32,9	8,1	28,3	11,7	14,7	20,9	8,8	26,7	22,4
Landwirtschaft											
Erzeugung von Kuhmilch ⁶ in 1000 t	Febr. 1958	1 288	123	2	251	2	210	90	62	175	373
in kg je Kuh und Tag	"	8,3	10,2	10,5	9,4	9,5	9,7	8,1	6,6	7,3	7,4
Industrie											
Beschäftigte ⁷ in 1000	31. 1.1958	7 208	162	221	625	105	2 818	588	330	1 300	1 059
je 1000 Einwohner	"	142	72	124	96	159	185	128	99	178	115
Umsatz ⁷ insgesamt in Mio DM	Jan. 1958	16 500	434	815	1 658	286	6 824	1 228	754	2 516	1 985
darunter Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 426	56	103	258	73	983	225	110	359	260
Produktionsindex ⁸ (arbeitsmäßig; 1950 = 100)	"	p 200	206	202	p 206	p 230	"	"	214	211	p 195
Bauwirtschaft⁹ und Wohnungswesen											
Beschäftigte in 1000	31. 1.1958	802	31	25	91	13	329	67	38	109	97
je 1000 Einwohner	"	16	14	15	14	20	22	15	12	15	11
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt in Mio	Jan. 1958	113	4	4	11	2	48	10	5	16	13
darunter für Wohnungsbauten in %	"	41	45	34	43	43	41	41	37	45	41
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁰ absolut	Jan. 1958	30 565	1 149	1 161	3 233	590	11 465	2 594	2 078	4 431	3 864
je 10 000 Einwohner	"	6,0	5,1	6,5	5,0	8,9	7,6	5,7	6,3	6,1	4,2
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) absolut	"	12 886	564	498	1 545	397	5 496	1 138	577	1 622	1 049
je 10 000 Einwohner	"	2,6	2,5	2,8	2,4	6,2	3,7	2,5	1,8	2,3	1,1
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM ¹¹	Jan. 1958	2 600 ^b	54	97	245	70	1 032	238	125	376	255
Verkehr											
Strassenverkehrsunfälle insgesamt	3.Vj.1957	182 211	8 243	11 236	20 242	3 309	53 298	17 904	11 083	26 068	30 828
je 10 000 Einwohner	"	36	36	63	31	50	35	39	34	36	34
Getötete Personen absolut	"	3 619	112	78	449	26	1 079	286	276	557	756
je 1000 Unfälle	"	20	14	7	22	8	20	16	25	21	25
Steuern											
Steueraufkommen je Einwohner in DM											
Landessteuern ¹²	3.Rvj.1957	95	52	219	70	137	110	100	58	104	76
Bundessteuern ¹³	"	109	107	420	79	271	115	78	86	102	77
Gemeindesteuern	"	35	26	54	30	53	42	34	25	37	26
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen je Einwohner in DM	31. 1.1958	540	395	807	487	646	575	510	473	564	515
Fürsorge											
Öffentliche Fürsorge ¹⁴ Aufwand je Einwohner in DM	2.Rvj.1957	5,80	7,64	8,92	5,22	8,80	6,82	5,34	4,08	5,06	4,71
Lfd.unterstützte Personen d.off. Fürsorge je 1000 Einwohner	30. 9.1957	15,8	26,5	15,7	16,5	22,4	17,0	16,7	12,3	12,8	13,4
Thc-Hilfe Aufwand je Einwohner in DM	2.Rvj.1957	0,55	0,54	0,62	0,71	1,04	0,42	0,56	0,94	0,74	0,34
Lfd.unterstützte Personen je 1000 Einw.	30. 9.1957	1,8	1,7	2,8	2,4	3,9	1,6	1,5	2,0	2,0	1,0

*) ohne Saarland und Berlin (West)

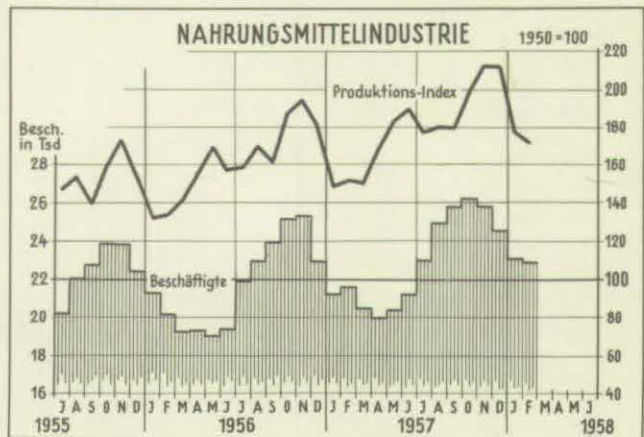
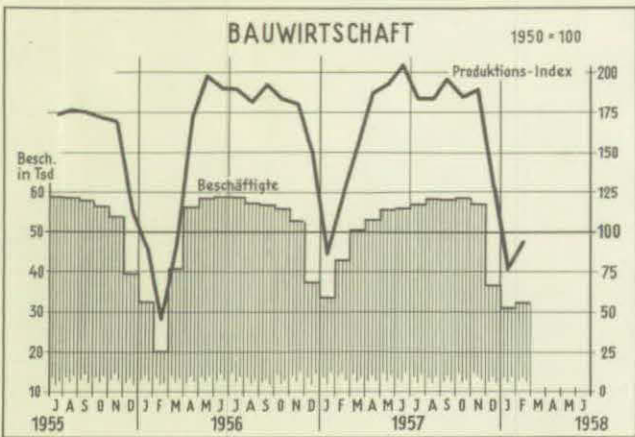
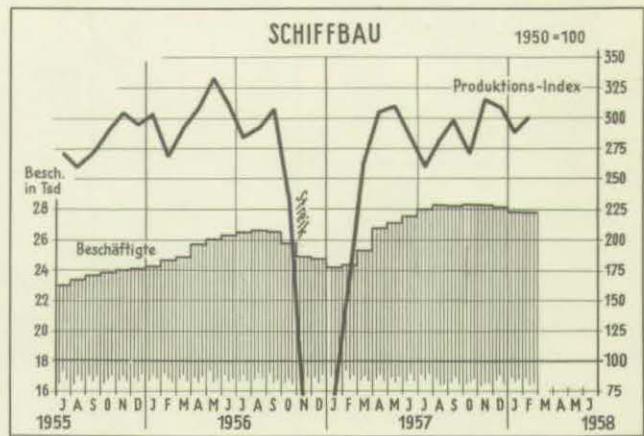
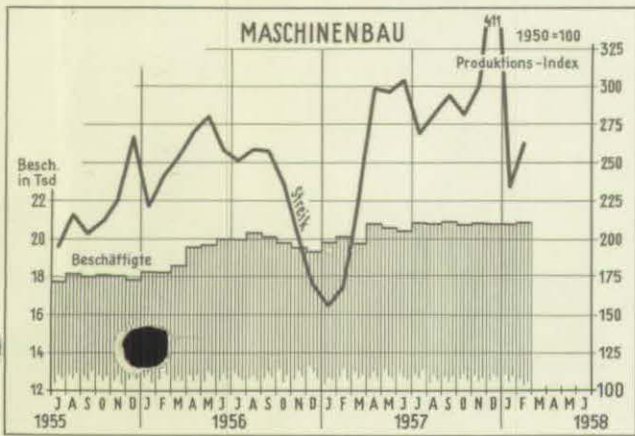
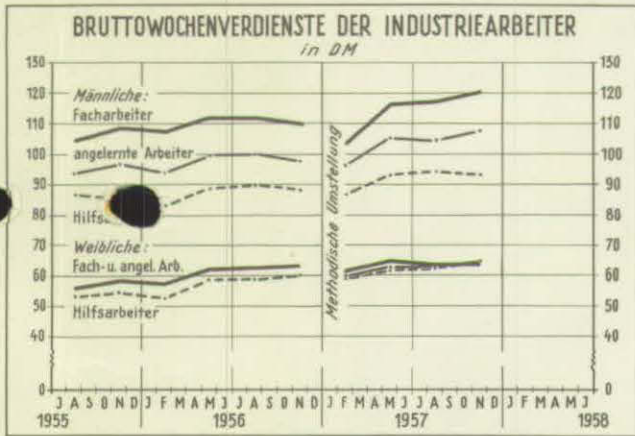
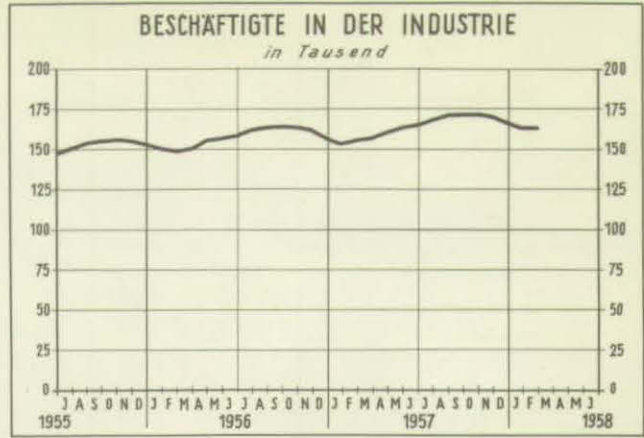
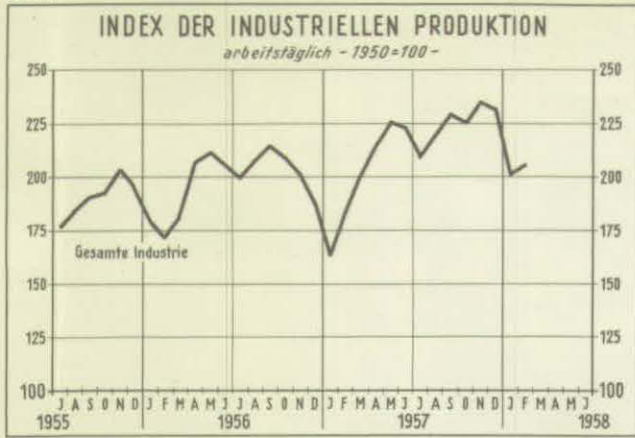
1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand vom 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Gebietsstand: 30. 6. 1957

4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) vorläufige Zahlen 7) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 8) Gesamtindex (ohne Bau) 9) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 10) in baupolitisch genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 11) vorläufige Zahlen 12) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (33 1/3 % im Rechnungsjahr 1957) 13) einschl. Notopfer Berlin 14) ohne "Sonstige Leistungen"

a) berechnet auf die rückwirkend berichtete Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmont Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN B*

D-2425



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Heft 1/1958

- Vorausberechnung 6 – Vorausberechnungen wirtschaftlich relevanter Grössen – Teil I –
- Die Struktur des Wohnungsbedarfs in Schleswig-Holstein Studierende an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel
- Die Konsumgenossenschaften 1954 – 1956
- Die Beherbergungskapazität in den Fremdenverkehrsorten
- Der Anbau auf dem Ackerland 1957

Heft 2/1958

- Die Getreideernte und ihre Verwertung 1956/57
- Die Entwicklung der Nutztviehhaltung
- Der Gütertransport auf Kraftfahrzeugen 1954
- Die Verschuldung der öffentlichen Hand – Stand: 31. 3. 1957 –
- Die klassifizierten Strassen

Statistische Berichte

Im März 1958 sind erschienen:

- Bevölkerungsentwicklung
- Bevölkerung in Schleswig-Holstein – Jahr 1956 – Ausländer in Schleswig-Holstein – Stand: 31. Dezember 1957 –
- Gesundheitswesen
- Neuerkrankungen an den wichtigsten meldepflichtigen Krankheiten in Schleswig-Holstein – Jahr 1957, Februar 1958 –
- Bodenbenutzung und Anbau
- Beabsichtigter Anbau von Gemüse zum Verkauf in Schleswig-Holstein – Jahr 1958 –
- Viehwirtschaft
- Schlachtungen in Schleswig-Holstein – Jahr 1957, Januar 1958 –
- Milcherzeugung und -verwendung in Schleswig-Holstein – Jahr 1957, Januar 1958 –
- Industrie
- Industrielle Produktion in Schleswig-Holstein – Jahr 1956 –
- Baugewerbe
- Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein (Monatliche Bauberichterstattung) – Januar 1958 –
- Gebäude und Wohnungen
- Erteilte Baugenehmigungen in Schleswig-Holstein – Januar 1958 –
- Handel
- Umsätze im Einzelhandel in Schleswig-Holstein (Schnellbericht) – Februar 1958 –
- Umsätze im Einzelhandel in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis) – Januar 1958 –
- Warenverkehr Schleswig-Holsteins mit Berlin (West) und mit dem Währungsgebiet der DM-Ost – Jahr 1957 –
- Ausfuhr
- Ausfuhr Schleswig-Holsteins – Dezember 1957, Januar 1958 –

Heft 3/1958

- Die allgemeinbildenden Schulen 1955 bis 1957
- Die Umsätze im Jahre 1956 und ihre Entwicklung
- Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1957
- Die Wanderungsbewegung in Schleswig-Holstein in den Jahren 1954 – 1956
- Anbau von Zwischenfrüchten und Futterpflanzen zur Samengewinnung
- Die Spargelder bei den schleswig-holsteinischen Sparkassen 1950 – 1956
- Anhaltende Baukonjunktur in Schleswig-Holstein
- Die Streiks im Jahre 1957

- Schienen- und Strassenverkehr
- Strassenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein (Vorläufiges Ergebnis) – Februar 1958 –
- Strassenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis) – 4. Vierteljahr 1957, Jahr 1957, Januar 1958 –
- Güterverkehr in Schleswig-Holstein auf den Eisenbahnen – Jahr 1955 –
- Schiffsverkehr
- Binnenschifffahrt in Schleswig-Holstein (Güterverkehr in den Häfen) – 4. Vierteljahr 1957 –
- Binnenschifffahrt in Schleswig-Holstein (Teil 2: Güterverkehr nach Verkehrsbezirken) – Jahr 1956 –
- Geld und Kredit
- Zahlungsschwierigkeiten in Schleswig-Holstein (Teil 1) – Jahr 1957 –
- Öffentliche Finanzen
- Gemeindefinanzen in Schleswig-Holstein (aus der Vierteljahresstatistik) Teil 2: Stand und Bewegung der kommunalen Inlandschulden – 1. bis 3. Rechnungsvierteljahr 1957 –
- Steuern
- Veranlagte Einkommen in Schleswig-Holstein (Vorläufige Ergebnisse der Statistik der Einkommensteuerveranlagung 1954) – Jahr 1954 –
- Umsätze und ihre Besteuerung (Ergebnisse der Jahresumsatzsteuerstatistik 1955) – Jahr 1955 –
- Preise
- Erzeuger- und Grosshandelspreise für Agrarerzeugnisse in Schleswig-Holstein – Januar 1958 –
- Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein – Februar 1958 –
- Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet – Januar 1958 –

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602, Hausapp. 85. Schriftleitung: m.d.W.d.G.b. Dr. G.-R. Knüppel, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein – Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen